

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

HERAUSGEGEBEN VOM **STATISTISCHEN REICHSAMT**, BERLIN, LÜTZOW-UFER 6/8
VERLAG VON REIMAR HOBING, BERLIN SW 61, GROSSBEERENSTR. 17

Jahrgang 1

19. April 1921

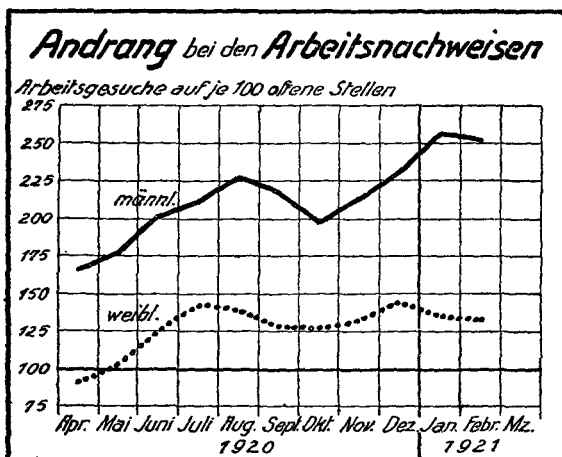
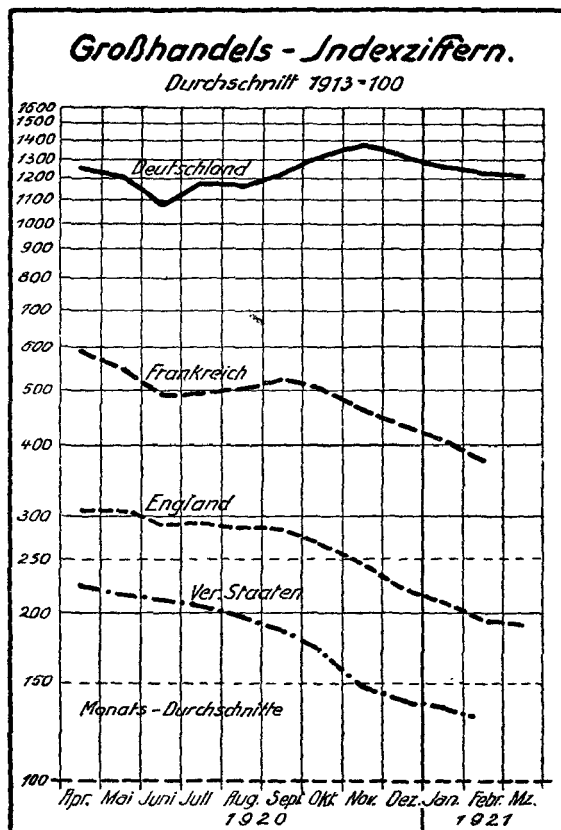
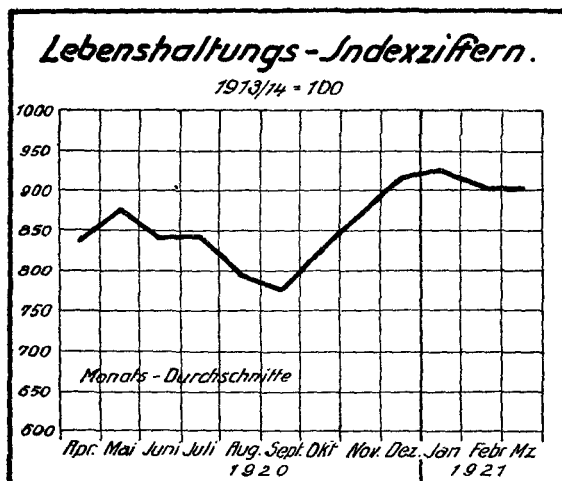
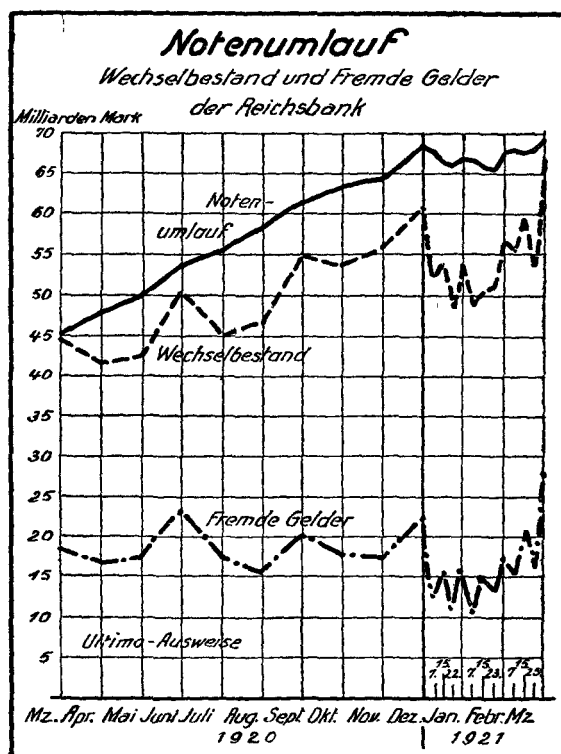
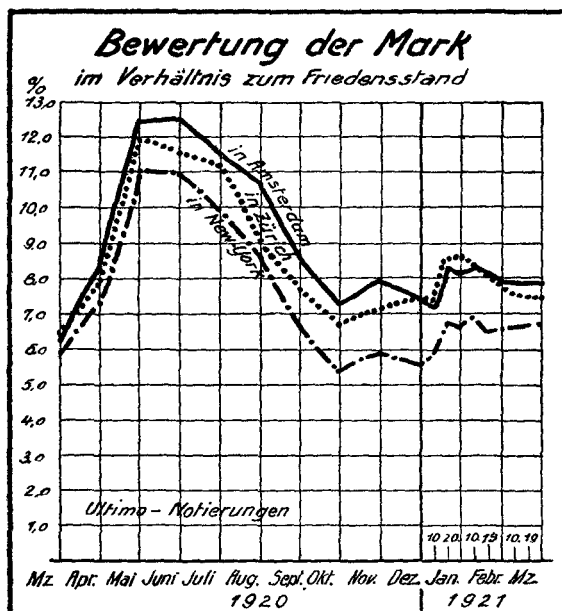
Nummer 4

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite		Seite
Deutsche Wirtschaftskurven	154	Vom Erzeuger- zum Verbraucherpreis	
Gütererzeugung und Verbrauch		Zur Entwicklung der Verteilungskosten im	
Das deutsche Saargebiet	155	Fisch- und Fleischhandel	179
Der deutsche Viehstand am 1. De-		Die Wohnungsmieten und die Preise für Gas	
zember 1920	158	und Elektrizität im Januar 1921	183
Fangergebnisse der deutschen See- und Boden-		Ergebnisse der Gehaltserhebung	184
seefischerei im Februar 1921	159	Deutsche Bergarbeiterlöhne 1913 bis	
Stand der Herbstsaaten Anfang April 1921	159	1920	187
Der Rückgang der Ernteerträge in Deutschland	160	Geld- und Finanzwesen	
Braustoffverbrauch und Biererzeugung im		Zur Entwicklung der Reichseisen-	
3. Viertel des Rechnungsjahres 1920	160	bahnen	189
Die deutsche Kohlenförderung im Februar 1921	161	Die Kaufkraft der Mark in New York	192
Der deutsche Stahlwerksverband	161	Kurse deutscher und fremder Staatsanleihen	193
Der Auftragsbestand des amerikanischen Stahl-		Der Postscheckverkehr im Februar 1921	193
trusts	162	Bewegung der Wechselkurse	193
Handel und Verkehr		Einnahmen des Reichs im Februar 1921	194
Der Ausbau der deutschen Wasser-		Neugründungen und Kapitalerhöhungen von	
straßen	162	Aktiengesellschaften u. Gesellschaften m.b.H.	
Der Nahrungsmittel- und Rohstoffbezug Deutsch-		im März 1921	194
lands im Jahre 1920	166	Neu eröffnete Konkurse im März 1921	195
Die Einfuhr an Rohtabak, Zigarren und		Zulassungen von Wertpapieren zum Börsen-	
Zigaretten im 3. Viertel des Rechnungs-		handel im Februar 1921	195
jahres 1920	167	Gebiet und Bevölkerung	
Der Außenhandel Sowjetrußlands	167	Die Bewegung der Bevölkerung im	
Entwicklung des internationalen Handels		Deutschen Reich während des zweiten	
1920/21	168	Vierteljahrs 1920	196
Die Einnahmen der deutschen Haupteisen-		Die hauswirtschaftliche Tätigkeit nach	
bahnen im Februar 1921	169	der Berufszählung von 1907	197
Preise und Löhne		Neue Bevölkerungszahlen	199
Die Teuerung im März 1921	170	Volkszählung in Sowjetrußland	199
Die Berechnungen der Lebenshal-		Verschiedenes	
tungskosten durch d. Städte-Statistik		Der Anteil der männlichen und weiblichen	
(Fortsetzung)	172	Wähler	200
Großhandelspreise: Bewegung der Groß-		Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts	
handelspreise wichtiger Waren — Inlands-		im Deutschen Reichsanzeiger	200
preis, Valuta, Auslandspreis — Börsen-			
preise — Zur Weltwirtschaftskrise	175		

Deutsche Wirtschafts-Kurven.



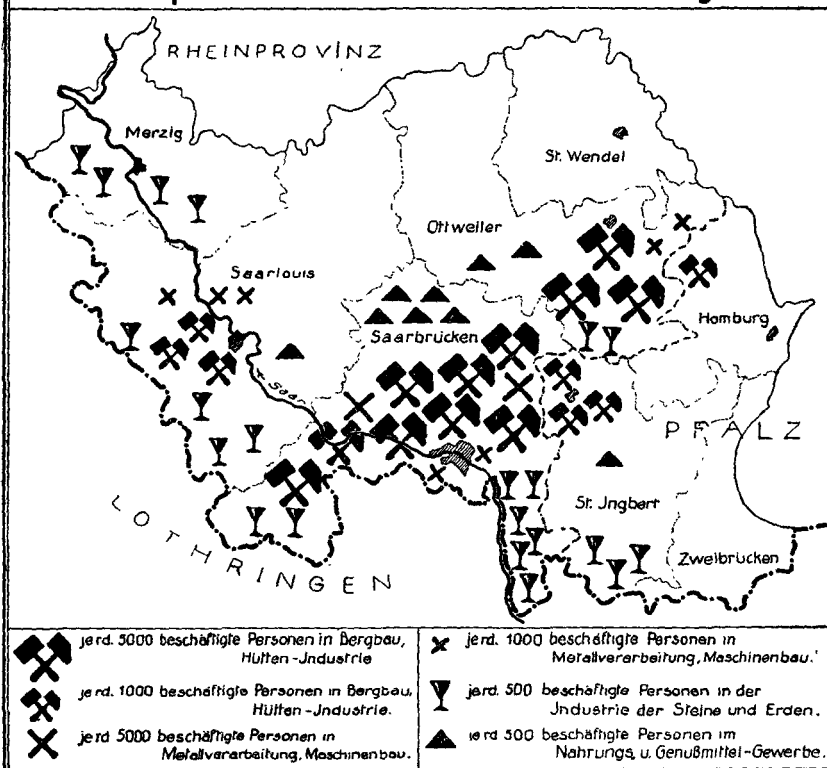
GÜTERERZEUGUNG u. VERBRAUCH

Das deutsche Saargebiet.

Mit dem Tage der Ratifikation des Friedensvertrages von Versailles endigt in der Wirtschaftsgeschichte des deutschen Saargebiets eine Epoche glänzenden Aufstiegs unter Führung deutschen Geistes und deutscher Tatkraft. Bei formeller Einhaltung des Paragrapheninhalts des Friedensvertrages beginnt mit diesem Tage der Versuch, das Volk und die Wirtschaft des Saargebiets aus seiner natürlichen Verbindung mit dem östlichen Hinterlande zu lösen und nach dem Westen umzustellen. Das ist von neuem das Unterfangen, die alten Wünsche zu verwirklichen, die schon Ludwig XIV., die Revolutionszeit und Napoleon III. verleiteten, das rein deutsche Saargebiet für Frankreich zu fordern. Der diesmal in dem Friedensvertrag von Versailles erhobene Anspruch entspringt dem Bedarf an Kohle, der gerade in Höhe der Saarproduktion durch die Angliederung Elsaß-Lothringens entstanden ist. Den neuesten Schritt auf dem Wege zur Verwelschung des Saargebiets stellt der Beschluß der Regierungskommission des Saargebiets vom 16. März 1921 dar, im Saargebiet die Frankenwährung vom 1. Mai 1921 an einzuführen. Damit wird neben der bereits bestehenden Zollgrenze eine weitere nur schwer übersteigbare Mauer zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland gezogen. Die Folgen werden die auf den Bezug aus Deutschland fast ganz angewiesenen, ungefähr 700 000 Einwohner des Saargebiets und seine nur durch die Absatzmöglichkeit im Osten blühende Industrie bald und schwer zu erfahren haben. Nach Ermittlungen des „Schutzverbandes für Handel und Gewerbe im Saargebiet“ kam die saarländische Einfuhr im Februar 1921 ganz überwiegend, fast für alle

Waren mit über 90—100 v. H., aus Deutschland. Nur Eisenerze, Lebensmittel, Rotwein, Liköre und Textilien machen eine Ausnahme. Aber auch hier wurden mit Ausnahme der Eisenerze mehr als 50 v. H. aus Deutschland eingeführt. Der Rest stammt im wesentlichen aus Elsaß-Lothringen. Über die Ausfuhr aus dem Saargebiet sind neuere

Die Hauptindustrien im Deutschen Saargebiet.



Zahlen nicht bekannt. Der deutschen Statistik ist es vor der Hand nicht möglich, im Saargebiet Aufzeichnungen vorzunehmen. Vor Ausbruch des Krieges gingen an Kohle noch nicht 10 v. H. der Saarproduktion nach Frankreich, Belgien und Luxemburg. Etwas über 10 v. H. nach Elsaß-Lothringen und annähernd 10 v. H. nach Italien und der Schweiz. Die übrigen Kohlen wurden, soweit sie nicht im Saargebiet selbst verbraucht wurden (ca. 35 v. H.), in dem heutigen Deutschland abgesetzt. Eisen und Stahl fanden noch wesentlich weniger als Kohle in den westlichen

Ländern Absatz. Noch nicht 1 v. H. der gesamten Eisenproduktion ging nach Frankreich. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den anderen größeren Industriezweigen des Saargebiets, der Glasfabrikation und der keramischen Industrie. Die Ausfuhr der Glasfabrikation richtete sich hauptsächlich nach der Schweiz und Holland. Die keramische Industrie versandte ihre Waren ausschließlich nach Deutschland.

Also nur für die Eisenindustrie besteht eine wesentliche Abhängigkeit des Saargebiets von dem neuen Frankreich. Im übrigen ist Deutschland das Hauptabsatzgebiet des Saarlandes und sein Erhalter. Daran haben auch die bisherigen Maßnahmen der Franzosen nicht viel ändern können. Daß dies auch in Zukunft nicht anders wird, hat die volle Kenntnis der Bedeutung des kleinen Saargebiets für Deutschland zur Voraussetzung. Über die Größe des Saargebiets, seine Einwohner und seine Industrie sind schon wiederholt Zahlen veröffentlicht worden. Eine größere Zusammenstellung amtlichen Materials bringt das neue Statistische Jahrbuch des Deutschen Reichs, aus dem im wesentlichen die folgenden Angaben entnommen sind.

Der preußische Teil des Saarlandes, der die Kreise Saarbrücken, Ottweiler, Saarlouis und Gebiete der Kreise Merzig und St. Wendel umfaßt, zählte am 1. Dezember 1910 571 872 Einwohner. Für den Volkszählungstermin 1919, an dem in diesem Gebiet keine Zählung stattfand, wird die Bevölkerung auf 589 773 Einwohner berechnet. Das bayerische Gebiet des Saarlandes, bestehend aus dem Kreis St. Ingbert und Teilen der Kreise Homburg und Zweibrücken hatte 1910 eine Bevölkerung von 80 946 Einwohnern und nach der Volkszählung von 1919 eine solche von 85 998 Einwohnern. Das lothringische Gebiet des Saarlandes ist an Frankreich abgetreten. Auf der kleinen Fläche des Saargebietes von 182 132 ha leben also z. Z. ungefähr 700 000 Menschen, das sind mehr als 384 auf einen qkm. Von den Einwohnern sprachen am 1. Dezember 1910 nur 342 französisch als Muttersprache. Zum evangelischen Glauben bekannten sich 181 512 Einwohner oder 27,8 v. H., zum römisch-katholischen Glauben 466 313 oder 71,4 v. H., 3764 Einwohner (0,6 v. H.) waren Juden.

Dem Berufe nach gehörten nach der Berufszählung von 1907 12,8 v. H. der Bevölkerung zur Landwirtschaft, 62,9 v. H. zur Industrie und zum Bergbau und 9,9 v. H. zum Handel. Für das ganze Reich war 1907 der Anteil der Abteilung Industrie und Bergbau 42,8 v. H. Der Anteil dieser Gruppe im Saargebiet ist also um 20,1 v. H. höher als im Reichsdurchschnitt. Seit 1907 wird noch eine weitere Verschiebung zugunsten dieser

Gruppe eingetreten sein. Allein die Belegschaft der Kohlenbergwerke beträgt heute über 70 000 Personen (Ende Januar 1921: 71 679) gegenüber rund 55 000 im Jahre 1913.

Über die Verbreitung der einzelnen Industriezweige liegen vollständige Nachweise ebenfalls nur aus dem Jahre 1907 vor. Die gewerbliche Betriebszählung lieferte davon folgendes Bild:

Die gewerblichen Betriebe im Saarbecken nach der Betriebszählung von 1907.

Gewerbe- abteilungen und Gewerbe- gruppen	Zahl der 1907 gezählten		Zahl der beschäftigten	
	Haupt- betriebe	Neben- betriebe	Per- sonen	darunter Arbeiter
Gesamtsumme	23 399	4 008	155 828	121 688
A. Gärtnerei, Tierzucht .	124	24	308	150
B. Industrie, einschließl. Bergbau .	12 161	879	131 038	112 721
C. Handel und Verkehr .	10 996	3 070	23 920	8 753
D. Musik, Theater . .	118	35	562	64
I. Kunst- und Handelsgärtnerei	113	4	292	148
II. Tierzucht, Fischerei . . .	11	20	16	2
III. Bergbau, Hüttenwesen .	52	—	62 112	60 024
IV. Steine und Erden	471	30	12 416	11 468
V. Metall- verarbeitung .	912	97	12 790	11 432
VI. Maschinen, Instrumente .	503	59	7 387	6 213
VII. Chemische Industrie . . .	76	2	703	497
VIII. Leuchtstoffe, Seifen usw. . .	47	3	567	444
IX. Textilindustrie	107	13	829	685
X. Papierindustrie	104	10	771	618
XI. Lederindustrie	211	22	584	331
XII. Holz- und Schnitzstoffe .	1 229	127	3 174	1 763
XIII. Nahrungs- u. Genußmittel	2 099	160	6 213	3 204
XIV. Bekleidung	3 888	168	6 150	2 052
XV. Reinigung . .	785	108	1 326	506
XVI. Baugewerbe	1 542	67	15 171	12 876
XVII. Photographi- sche Gewerbe	102	9	796	595
XVIII. Künstleri- sche Gewerbe	33	4	49	13
XIX. Handels- gewerbe	7 039	2 210	14 854	5 415
XX. Versicherungs- gewerbe	198	255	256	15
XXI. Verkehrs- gewerbe	737	200	2 716	1 890
XXII. Gast- und Schankwirtsch.	3 022	405	6 094	1 438
XXIII. Musik, Theater	118	35	562	64

Von der Gesamtzahl der Industriearbeiter waren also schon 1907 53,3 v. H. im Bergbau, Hütten- und Salinenwesen beschäftigt. Weitere 15,7 v. H. gehörten der Metallverarbeitung an. Die Industrie der Steine und Erden, also insbesondere die Glasindustrie und die keramische Industrie gab 10,2 v. H. der Arbeiterschaft Verdienstmöglichkeit.

Die geographische Verteilung der hauptsächlichsten Industriezweige zeigt die Karte.

Ein Verlust dieses reichen Industriebezirks würde für das durch den Friedensvertrag von Versailles schon stark verkleinerte Deutschland von größter Bedeutung sein. Auf dem Gebiet des Bergbaues, Hütten- und Salinenwesens würde Deutschland, nachdem es bereits durch die bisherigen Abtretungen 5,5 v. H. seiner Arbeiterschaft verloren hat, nochmals 7,3 v. H. verlieren.

Die Produktion an Kohle und Metallen Deutschlands würde nach dem Stand vom Jahre 1913 um folgende Mengen und Werte verkleinert werden:

Produktionsart	Menge t	Wert 1000 M	Produktionsart	Menge t	Wert 1000 M
Steinkohlenbergbau	13 217 082	159 731	Schweißisenwerke	12 592	1 185
Kokereien	1 777 274	33 512	Flußisenwerke	2 079 856	181 677
Hochöfenwerke	1 371 389	82 194	Walzwerke	1 529 740	214 741
Eisengießereien	92 131	14 587	Schwefelsäurefabriken	6 377	239

Das sind bezogen auf die Produktion im Jahre 1913 auf dem Gebiete des heutigen Deutschland:

Produktionsart	der Menge nach v. H.	der Werte nach v. H.	Produktionsart	der Menge nach v. H.	der Werte nach v. H.
Steinkohlenbergbau	7,1	7,6	Schweißisenwerke	6,0	5,9
Kokereien	5,2	5,6	Flußisenwerke	14,0	13,3
Hochöfenwerke	10,6	9,3	Walzwerke	12,8	12,1
Eisengießereien	2,9	2,2	Schwefelsäurefabriken	0,4	0,4

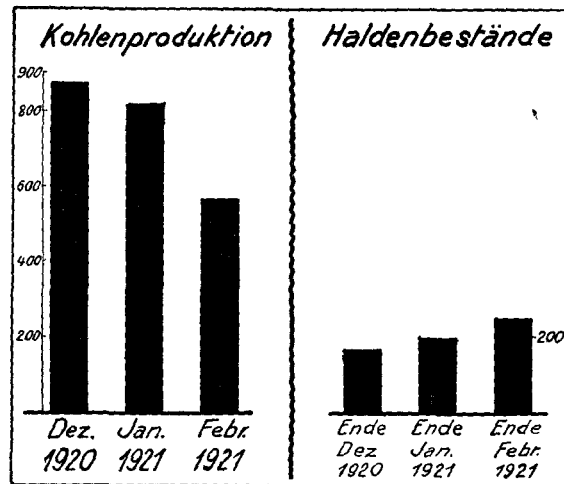
Durch die ausgeführten Abtretungen hat Deutschland bereits

2,3 v. H. seiner Steinkohlenproduktion
0,6 v. H. seiner Koksproduktion
23,0 v. H. der Erzeugnisse der Hochöfenwerke
3,5 v. H. „ „ „ Eisengießereien
0,8 v. H. „ „ „ Schweißisenwerke
13,4 v. H. „ „ „ Flußisenwerke
9,1 v. H. „ „ „ Walzwerke
3,1 v. H. „ „ „ Schwefelsäurefabriken

verloren. Eine Wegnahme des Saargebiets würde also zum Teil wesentlich einschneidender auf die gesamte Wirtschaft Deutschlands einwirken, als der bisherige Verlust an Gebiet und Bevölkerung. Aus den Zahlen ist aber auch ersichtlich, wie sehr bereits jetzt Deutschland unter der Abschnürung des Saargebiets leiden und wie außerordentlich schwer das Saarland kämpfen muß, um seine Produktionsmengen in Richtungen zu leiten, in denen ein Bedarf an diesen Stoffen zum Teil nicht vorhanden ist. Für die Kohle drückt sich diese Erscheinung schon jetzt deutlich in den Produktionsziffern aus. Während 1913 monatlich durch-

schnittlich 1 101 400 t gefördert wurden, 1920: 784 200 t, im Dezember 1920: 873 000 t, im Januar 1921: 818 000 t, wurden im Februar 1921 nur noch 564 315 t gefördert. Dabei vergrößerte sich der Haldenbestand von Ende Dezember 1920 mit 163 993 t auf 196 095 t Ende Januar und 246 159 t Ende Februar d. Js.

Abnahme der Kohlenproduktion und Zunahme der Haldenbestände Dezember 1920 — Februar 1921.



Bei dem ausgesprochen industriellen Charakter des Saarlandes tritt die landwirtschaftliche Produktion so weit zurück, daß das Saarland zu erheblichem Teil auf die Einfuhr an Nahrungsmitteln angewiesen ist. Der Ertrag war 1913 an

Winter- und Sommerweizen	94 957 dz
„ „ Sommerroggen	398 953 dz
„ „ Sommergerste	43 539 dz
Hafer	374 246 dz
Kartoffeln	3 081 842 dz
Futterrüben	1 099 929 dz
Klee, Luzerne und Wiesenheu	1 839 778 dz

Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen danach nur 0,8 dz Getreide, während in ganz Deutschland auf einen Kopf im Jahre 1913 3,1 dz entfielen. Der Bestand an Vieh war sehr gering. Auf den Kopf der Bevölkerung kamen nur 0,1 Stück Rindvieh, in Deutschland indessen 0,3.

Die Bedeutung des Saargebiets ruht demnach hauptsächlich in seinen Kohlenschätzen und seiner blühenden Industrie. Nach ihnen, die einer rein deutschen Bevölkerung, deutschem Gewerbetleiß und deutscher Unternehmungslust ihre ganze Entwicklung verdanken, geht das welsche Verlangen. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Mutterlande wird jedoch die fremden Hoffnungen, wenn es nach Ablauf der 15 Jahre zur Abstimmung kommt, allen Bestrebungen zum Trotz, zu schanden machen.

Der deutsche Viehstand am 1. Dezember 1920.

Der Viehbestand in Deutschland betrug am 1. Dezember 1920, verglichen mit dem Stande nach der Zählung vom 1. Dezember 1919 und 1. Dezember 1913:

	1. 12. 20.	1. 12. 19.	1. 12. 13. (jetzt. Gebiet)
Pferde ¹⁾	3 581 380	3 465 234	3 821 000 ¹⁾
Rindvieh	16 789 844	16 317 329	18 648 271
Schafe	6 139 299	5 340 527	4 991 959
Schweine	14 149 462	11 517 875	22 775 120
Ziegen	4 451 463	4 139 601	3 256 853
Federvieh	60 751 686	51 021 698	

Gegenüber der Zählung vom 1. Dezember 1919 zeigt sich bei allen Viehgattungen eine Zunahme. Sie ist am erheblichsten bei den Schweinen, bei denen eine Vermehrung der Bestände am raschesten möglich ist.

Hinter dem Friedensstande bleiben Rindvieh und Schweine, die wertvollsten Viehgattungen für die Ernährung des Volkes, noch immer recht erheblich zurück. An Rindern wurden im Dezember 1920 10 v. H., an Schweinen 38 v. H. weniger gezählt als bei der letzten Friedenszählung im Dezember 1913. Dabei ist noch besonders zu beachten, daß die Stückzahl allein kein richtiges Bild von der Entwicklung des Viehbestandes gibt, und zwar sowohl bei Rindern und Schweinen wie auch bei den übrigen Viehgattungen, die eine günstigere Entwicklung und sogar eine Vermehrung aufweisen. Der heutige Viehbestand bleibt in seiner Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit wesentlich hinter dem hohen Stande zurück, zu dem er durch planmäßige Züchtung und Ernährung vor dem Kriege gehoben worden war. Die Durchschnittserträge an Fleisch sind heute viel geringer als früher, die Milchergiebigkeit der Kühe ist vor allem wegen der Schwierigkeiten der Ernährung sehr zurückge-

¹⁾ Zum Teil nach der Zählung von 1912 geschätzt, da die Pferde 1913 nicht überall gezählt wurden.

gangen. Wie wenig ein Vergleich lediglich nach der Stückzahl die tatsächliche Entwicklung des Viehbestandes ersehen läßt, ergibt sich daraus, daß das Durchschnittsschlachtgewicht

bei den Rindern im Mittel	Okt. 19/Sept. 20	155 kg,
	vor dem Kriege	250 "
bei den Kälbern im Mittel	Okt. 19/Sept. 20	31 "
	vor dem Kriege	40 "
bei den Schafen im Mittel	Okt. 19/Sept. 20	17 "
	vor dem Kriege	22 "
bei den Schweinen im Mittel	Okt. 19/Sept. 20	75 "
	vor dem Kriege	85 "

betrug. Der Rückgang ist demnach überall sehr erheblich.

Die Zählung vom Dezember 1920 gibt auch eine eingehende Gliederung der Viehgattungen nach Altersklassen. Für das Reich im ganzen wurden folgende Ergebnisse festgestellt:

I. Pferde		IV. Schweine	
unter 3 Jahren (einschließl. Fohlen)	612 776	unt. 8 Woch. (Ferkel)	2 625 326
3 bis noch nicht 5 J. alt	348 652	8 Wochen bis noch nicht 1/2 J. alt	5 791 491
5 Jahre und älter	2 619 952	1/2 J. bis noch nicht 1 J. alt im ganzen	3 894 168
<u>Zusammen</u>	<u>3 581 380</u>	davon Zuchteber	116 838
II. Rindvieh.		Zuchtsauen	631 597
Kälber unter 3 Monate alt	1 304 640	alle and. Schweine	3 145 743
3 Mon. bis noch nicht 1 Jahr	2 844 356	1 J. u. älter Schweine im ganzen	1 838 477
1 J. bis noch nicht 2 Jahre	2 839 952	davon Zuchteber	53 534
2 J. und ältere Bullen, Stiere, Ochsen	1 017 415	Zuchtsauen	1 045 325
2 J. u. älter. Kühe	8 783 481	alle and. Schweine	739 118
darunter Milchkühe	7 865 632	<u>Zusammen</u>	<u>14 149 462</u>
<u>Zusammen</u>	<u>16 789 844</u>	V. Ziegen.	
III. Schafe.		Unter 1 J. alte und Ziegenlämmer	1 398 226
Schafe und Lämmer unter 1 Jahr	1 927 245	1 J. u. älter Ziegen u. Ziegenböcke	3 123 237
1 Jahr alte u. ältere Schafe	4 212 054	<u>Zusammen</u>	<u>4 451 463</u>
<u>Zusammen</u>	<u>6 139 299</u>	VI. Federvieh.	
		Gänse	5 506 727
		Enten	2 378 050
		Hühner	52 866 909
		<u>Zusammen</u>	<u>60 751 686</u>

Die Ergebnisse für die einzelnen Länder sind im Deutschen Reichsanzeiger Nr. 61 vom 14. März 1921 veröffentlicht. Die Hauptziffern gibt folgende Übersicht wieder:

Ergebnisse der Viehzählung am 1. Dezember 1920 in den Ländern.

Länder und Landesteile	Viehbesitzende Haushaltungen	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine	Ziegen	Federvieh	Kaninchen
Preußen	4 060 567	2 492 896	9 144 786	4 007 742	9 355 739	2 645 968	37 370 978	3 824 809
Bayern	768 910	365 026	3 667 244	741 483	1 740 703	431 691	9 131 530	520 860
Sachsen	375 447	159 723	720 783	102 373	453 716	390 781	3 052 360	1 033 129
Württemberg	311 409	101 785	987 093	269 305	416 028	148 543	2 707 056	189 152
Baden	268 321	63 192	623 418	79 562	418 639	179 410	2 010 326	281 732
Thüringen	209 352	72 801	383 440	176 159	393 029	248 618	1 728 066	496 462
Hessen	166 676	56 418	279 271	87 215	284 719	153 005	1 309 170	163 228
Mecklenburg	117 246	126 698	403 232	391 180	425 926	34 244	1 030 788	55 967
Braunschweig	69 957	30 490	100 785	110 444	188 029	70 527	542 793	42 939
Oldenburg	74 869	51 922	305 208	63 497	169 190	29 101	725 267	33 115
Übr. Deutschland . .	144 067	60 429	174 584	110 339	303 744	119 575	1 143 352	199 148
Deutsches Reich . .	6 566 821	3 581 380	16 789 844	6 139 299	14 149 462	4 451 463	60 751 686	6 840 541

Fangergebnisse der deutschen Seefischerei und Bodenseefischerei im Februar 1921.

An frischen Fischen lieferte die deutsche Fischerei aus der Nord- und Ostsee im Februar ds. Js. 153 018 dz. Dies sind gegen den Vormonat Januar 45 859 dz (43 v. H.) mehr.

Von den wichtigeren Fischgattungen sind an Land gebracht worden:

Heringe	49 033 dz
Kabeljau	30 558 "
Schellfische	22 707 "
Köhler u. Pollack	10 868 "

Gegen den Vormonat Januar wurden an diesen Fischgattungen mehr erbeutet:

Heringe	13 816 dz
Kabeljau	14 614 "
Schellfische	4 957 "
Köhler u. Pollack	2 200 "

zusammen: 35 587 dz

= 78 v. H. des Gesamtmehrertrags an Fischen.

Der Erlös für die im Februar aus der Nord- und Ostsee angebrachten Fische erreichte 38,9 Millionen Mark. Davon trafen auf:

Heringe	7,1 Mill. Mk.
Kabeljau	7,7 " "
Schellfische	8,8 " "
Köhler u. Pollack	2,5 " "

Danach ist der Erlös gegen Januar mit 41,8 Mill. M. um 2,9 Mill. M. (6,9 v. H.) zurückgegangen. Auf 1 dz bezogen fiel der Erlös gegen Januar (390 M.) um 136 M. (35 v. H.) auf 254 M. Für die wichtigeren Konsumfische ergibt sich eine Verminderung des Erlöses wie folgt:

	Erlös für 1 dz		Im Februar	
	Januar	Februar	weniger	v. H.
	Mk.	Mk.	Mk.	
Heringe	202	144	58	28,7
Kabeljau	532	252	280	52,6
Schellfische	544	387	157	28,9
Köhler u. Pollack	455	230	225	49,5

Der Rückgang der Erlöse soll auf die großen Zufuhren und auf verminderte Nachfrage zurückzuführen sein.

Einschließlich der sonst noch angebrachten Seetiere (Schaltiere usw.) und der aus Seetieren gewonnenen Erzeugnisse betrug der Gesamterlös für die Fänge der Nord- und Ostseefischerei im Februar 40 Mill. M. gegen 42,4 Mill. M. im Januar 1921.

Aus der Fischerei deutscher Fischer im Bodenseegebiet fielen im Februar an 39 dz Fische im Werte von 35 000 M. gegen 18 dz im Werte von 15 000 M. im Januar. Es zeigt sich somit hier im Gegensatz zu den Fängen in der Nord- und Ostsee, daß der durchschnittliche Erlös für einen Doppelzentner Fische gestiegen ist und zwar von 833 M. im Januar auf 905 M. im Februar.

Stand der Herbstsaaten Anfang April 1921.

Über den Stand der Saaten wird von den landwirtschaftlichen Vertrauensmännern zu Beginn jedes Monats an das Statistische Reichsamt berichtet. Nach den Anfang April eingegangenen

Mitteilungen ergibt sich über die Entwicklung der Saaten folgendes Bild:

Länder	Bewertungsziffern (Noten): 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel (durchschnittl.), 4 = gering, 5 = sehr gering		
	Winterweizen	Winterspelz (auch mit Beimischung von Roggen oder Weizen)	Winterroggen
Preußen	2,7	2,7	2,7
Bayern	2,3	2,2	2,2
Sachsen	2,5	.	2,5
Württemberg	2,6	2,5	2,4
Baden	2,6	2,3	2,3
Thüringen
Hessen
Mecklenburg-Schwerin	2,9	.	3,0
Braunschweig	2,7	—	2,3
Oldenburg	2,5	.	2,5
Anhalt
Mecklenburg-Strelitz	3,2	3,0	3,3
Deutsches Reich (einschl. der nicht genannten Länder) April 1921	2,6	2,4	2,7
Dagegen im Dezember 1920	3,1	2,8	3,0
" " November 1920	2,8	2,3	2,7
" " April 1920	2,8	2,5	3,1
" " " 1919	2,6	2,5	2,6
" " " 1918	2,5	2,3	2,4
" " " 1917	3,1	2,5	3,1
" " " 1916	2,3	2,2	2,3

Das trockene, kalte Wetter, das schon im Oktober eingesetzt hatte, brachte bereits im November die eigentliche Winterkälte. Kurz vor Weihnachten schlug die Wetterlage um, und es trat eine im Verhältnis zur Jahreszeit milde Witterung in allen Teilen Deutschlands ein. Aus Süddeutschland, Thüringen und Sachsen wird über kühle und frostige Nächte im Februar und März trotz verhältnismäßig hoher Tagestemperaturen berichtet.

Nach den Niederschlägen im Dezember und Januar, die auch nicht allzu ergiebig waren, ist die Witterung vorwiegend trocken geblieben, so daß die Berichte aus allen Gebieten über mangelnde Erdfeuchtigkeit klagen. Aus dem Rheingebiet und aus Süddeutschland wird schon vereinzelt über Versiegen von Quellen und Wassermangel der Bachläufe berichtet. Der Anfang des April hat inzwischen Niederschläge gebracht.

Infolge des trockenen Wetters ist die Frühjahrsbestellung erheblich vorwärts gekommen. In den milden Gegenden Süddeutschlands war sie zur Zeit der Berichtsabgabe beendet, und frühe Sommersaaten waren bereits aufgelaufen.

Der milde und trockene Winter hat zur Vermehrung der Feldmäuse, über deren Auftreten noch im Dezember geklagt wurde, in starkem Maße beigetragen. Besonders in Süddeutschland und Sachsen haben sie bemerkenswerten Schaden angerichtet.

Die Auswinterung ist unbedeutend und Umpflügungen werden nur in kaum nennenswertem Umfang notwendig sein.

Die Herbstsaaten haben sich infolge des gelinden Winters und des milden, sonnigen Frühjahrs-

wetters im März gut herausgemacht. Die frühbestellten Saaten stehen durchweg gut, zeigen gute Bestockung und dichten Stand. Die späteren Saaten, von denen ein großer Teil Ende November noch nicht aufgelaufen war, haben sich infolge der günstigen

Witterung im großen und ganzen gut erholt, wenn sie auch noch einen lückigen Bestand aufweisen.

Als Reichsnote ergab sich für Winterweizen 2,6 gegen 3,1 Anfang Dezember, Winterspelz 2,4 (2,8) und Winterroggen 2,7 (3,0).

Der Rückgang der Ernteerträge in Deutschland.

Im 3. Heft von „Wirtschaft und Statistik“ ist im Anschluß an die Ergebnisse des Erntejahres 1920 der Rückgang der Ernteerträge in Deutschland gegenüber der Friedenszeit besprochen worden. Dabei wurde ausgeführt, daß unter den hauptsächlichsten Ursachen des Rückgangs, der langjährigen mangelhaften Bestellung infolge der fehlenden Arbeitskräfte und den fehlenden Düngemitteln während und zum Teil nach dem Kriege, vor allem der landwirtschaftliche Großbetrieb zu leiden hat und daß die Gebiete mit stark verbreitetem Großbetrieb meist auch die stärksten Ernterückgänge aufweisen. Die vergleichenden Zahlenunterlagen wurden für die 1920 vorhandenen Gebiete angegeben unter Gegenüberstellung der Zahlen des letzten Friedensjahres 1913, für das allein die Umrechnungen für die gleichen durch die Abtretungen veränderten Gebietsteile vorliegen. Nimmt man zum Ausgleich anormaler Einzelergebnisse längere Jahresreihen, so können für diese Gebietsteile nur annähernde Angaben gemacht werden. Die nebenstehende Übersicht gibt den Rückgang der Ernteerträge im Durchschnitt der letzten vier Erntejahre 1917—1920 gegenüber den letzten 10 Jahren vor dem Kriege (neben dem Rückgang 1920 gegenüber 1913) an.

Auch diese Zahlenreihen zeigen, daß in den Gebieten mit stark verbreitetem Großbetrieb der Rückgang der Ernteerträge von Roggen im allgemeinen am höchsten ist. Die Unterschiede sind nicht so groß wie bei Gegenüberstellung der einzelnen Erntejahre 1913 und 1920, aber hier wie dort erscheinen die geringen Rückgänge in den Gebieten

mit wenig, die höheren Rückgänge in den Gebieten mit mehr landwirtschaftlichem Großbesitz.

Die Verbreitung des landwirtschaftlichen Großbetriebes und der Rückgang der Hektarerträge von Roggen im Durchschnitt 1917/20 gegenüber 1904/13.

Länder u. preuß. Provinzen geordnet nach dem Anteil des landw. Großbetriebes an der landw. Fläche	Auf die landwirtsch. Großbetriebe entfallen % der landw. Fläche	Hektarertrag von Roggen			
		1904/13		Rückgang ¹⁾	
		1904/13	1917/20	1917/20 gegenüber 1904/13	1920 gegenüber 1913
		t	t	%	%
Hohenzollern . .	1,4	1,33	1,23	7,5	6,4
Württemberg . .	1,7	1,46	1,22	16,4	22,4
Bayern m. Pfalz .	2,2	1,59	1,26	20,8	30,5
Oldenburg . . .	2,8	1,67	1,28	23,4	35,1
Baden	3,0	1,60	1,21	24,4	34,3
Rheinland . . .	3,3	1,97	1,55	21,3	34,9
Westfalen . . .	4,1	1,86	1,54	17,2	32,0
Hessen	4,5	2,06	1,65	19,9	32,5
Hessen-Nassau . .	5,9	1,89	1,52	19,6	32,5
Hannover . . .	6,6	1,83	1,37	25,1	37,4
Thüringen . . .	10,8	1,82	1,35	25,8	37,4
Sachsen	13,8	2,08	1,65	20,7	37,1
Schlesw.-Holst. .	16,4	1,97	1,28	31,6	46,2
Braunschweig . .	19,3	2,24	1,57	29,9	41,8
Sachsen (Prov.) .	26,0	1,88	1,31	30,3	37,1
Schlesien . . .	32,7	1,65	1,25	24,2	47,3
Brandenburg . .	32,8	1,59	1,16	27,0	46,4
Grenzmark . . .					
Westpr.-Pos. . .	36,5	1,64	1,20	26,8	53,9
Ostpreußen . . .	38,1	1,59	1,25	21,4	28,4
Pommern	51,2	1,69	1,25	26,0	53,5
Mecklenburg . .	59,8	1,88	1,29	31,4	52,5

¹⁾ Kursiv-Ziffern für die 7 Gebiete mit den geringsten, fette Ziffern für die Gebiete mit den stärksten Rückgängen.

Braustoffverbrauch und Biererzeugung in den Brauereien der deutschen Biersteuergemeinschaft im 1. bis 3. Viertel des Rechnungsjahres 1920.

Das Gebiet der deutschen Biersteuergemeinschaft umfaßt das innerhalb der Zolllinie liegende Gebiet des Deutschen Reiches und einige außerhalb der Zolllinie liegende badische Gemeinden.

Im 1. und 2. Viertel des Rechnungsjahres 1920 durften die Bierbrauereien aus Rücksicht auf die Versorgung des deutschen Volkes mit Brotgetreide in der Regel nur 15 Hundertteile der Malzmenge zur Herstellung von Bier verwenden, die sie in der entsprechenden Zeit der Jahre 1912 und 1913 durchschnittlich verwendet hatten. Vom 1. Oktober 1920 ab wurde die Quote auf 30 Hundertteile erhöht.

Zur Herstellung von Bier sind in den beiden ersten Vierteljahren 914 481 dz Malz und außerdem 18 910 dz Zuckerstoffe verbraucht worden. Im 3. Vierteljahr betrug der Braustoffverbrauch 598 936 dz Malz und 6071 dz Zuckerstoffe. In den drei Vierteljahren (1. April bis 31. Dezember 1920)

wurden 1 496 527 dz Malz und 24 943 dz Zuckerstoffe zur Biererzeugung verwendet. Der weitaus größte Teil des Braumalzes bestand aus Gerstenmalz (94 v. H.). Die stärksten Verbraucher von Gerstenmalz sind die bayerischen Brauereien. Sie verarbeiteten im 3. Viertel des Rechnungsjahres 1920 260 543 dz (rund die Hälfte der Gerstenmalzmenge aller Brauereien der Biersteuergemeinschaft). Während dieser Braustoff zur Herstellung von untergärrigem und von obergärrigem Bier verwendet werden darf, sind anderes Malz als Gerstenmalz (Weizenmalz usw.) sowie Zuckerstoffe im allgemeinen nur zur Bereitung von obergärrigem Bier zugelassen.

An Bier sind in dem 1. und 2. Viertel des Rechnungsjahres 1920 12 421 058 hl hergestellt, d. h. versteuert oder steuerfrei abgelassen worden. Im 3. Vierteljahr erreichte die Biererzeugung 5 039 387 hl. Während in den beiden ersten Vierteljahren noch ganz überwiegend Einfachbier erzeugt wurde, bestand die im 3. Vierteljahr erzeugte Biermenge zu 85 v. H. aus Vollbier mit einem Stammwürzege-

halt von 8 v. H. Der Art der Gärung nach, der es unterworfen war, waren von der erzeugten Gesamtmenge (17 512 439 hl) 66 v. H. untergäriges, der Rest obergäriges Bier.

Steuerpflichtig ist das Bier, sobald es aus der Brauerei zum Verbrauch entfernt oder in der Brauerei getrunken wird. Die Biersteuer wird nach Steuersätzen erhoben, die je nach der Größe der Biererzeugung der Brauerei 10—12,50 M. für 1 hl betragen. Die Steuersätze ermäßigen sich für Einfachbier und erhöhen sich für Starkbier je um die Hälfte. Bier, das in das Zollaussland ausgeführt wird, und der sogenannte Haustrunk (an Angestellte oder Arbeiter der Brauerei gegen Entgelt oder unentgeltlich abgegebenes Bier) ist steuerfrei.

Die nachstehende Übersicht bringt die Hauptergebnisse der Biersteuerstatistik über Braustoffverbrauch und Biererzeugung im 3. Viertel des Rechnungsjahres 1920 nach Bezirken der Landesfinanzämter.

**Braustoffverbrauch und Biererzeugung
in den Brauereien der Biersteuergemeinschaft
im 3. Vierteljahr des Rechnungsjahres 1920.**

Landesfinanz- amtsbezirke	Zur Biererzeugung wurden verwendet			Erzeugtes Bier hl
	Malz		Zucker- stoffe dz	
	im ganzen dz	davon Gerstenmalz dz		
Königsberg .	6 434	5 882	524	64 451
Stettin	5 114	4 452	180	49 933
Oppeln	7 808	6 847	893	36 944
Breslau	15 026	12 330	513	128 913
Brandenburg .	8 983	7 467	225	71 870
Groß-Berlin .	47 777	45 798	1 113	430 140
Mecklenburg- Lübeck . . .	4 998	3 691	72	42 556
Unterelbe . .	3 147	3 013	61	30 146
Schleswig- Holstein . .	10 199	8 920	87	91 523
Unterweser .	6 075	5 942	446	41 382
Oldenburg . .	463	463	3	3 756
Hannover . .	15 925	13 977	152	145 231
Münster . . .	41 469	40 107	264	305 862
Düsseldorf . .	23 015	21 801	229	216 280
Köln	16 841	16 076	63	144 565
Cassel	7 766	7 320	48	126 327
Thüringen . .	14 804	12 998	141	126 668
Magdeburg . .	21 902	17 568	197	198 580
Dresden . . .	13 286	11 915	597	114 901
Leipzig	14 718	12 897	262	139 632
München . . .	140 447	140 209	—	1 144 928
Nürnberg . . .	91 578	91 552	—	725 878
Würzburg . . .	28 795	28 782	—	235 087
Stuttgart . . .	26 158	26 130	—	212 798
Karlsruhe . . .	14 926	14 848	—	130 784
Darmstadt . .	11 282	10 658	1	85 252
Zusammen				
3. Viertelj. 1920	598 936	571 643	6 071	5 039 387
Im 1. bis 3. Viertelj. 1920*)	1 496 527	1 412 969	24 943	17 512 439

*) Einschließlich der Berichtigungen aus den Vorvierteljahre.

Die deutsche Kohlenförderung im Februar 1921
steht, wie die Übersicht in Nummer 3 Seite 111 zeigt, etwa auf der gleichen Höhe wie im Januar. Die Herstellung von Koks weist eine geringe Abnahme, die Brikett-Fabrikation eine kleine Zunahme auf. Die Steinkohlenerzeugung des Saargebiets ist infolge der Einlegung von Feierschichten von 817 907 auf 564 315 t zurückgegangen. Die arbeitstägliche Förderung ist sowohl im Ruhrbezirk als auch in Oberschlesien etwas gestiegen. Die Haldenbestände haben im Ruhrgebiet von 1 087 000 auf 1 006 000 t, in Oberschlesien von 430 000 auf 383 000 t abgenommen.

Die Lieferungen an die Entente sind im Umfange des bisherigen Solls von 2 Mill. t annähernd voll geleistet worden; sie betrugen in 1000 t im

	Dez. 1920	Jan. 1921	Febr. 1921
Steinkohle	986,8	1055,8	1213,7
Koks	436,0	394,7	481,5
Braunkohlen-Briketts	131,3	98,2	33,8
Insgesamt	1554,1	1548,7	1729,0
auf Steinkohle um- gerechnet	1693,5	1680,2	1889,4

Die geforderte Mehrlieferung von 450 000 t monatlich, die sich aus der Nachlieferung der Rückstände und durch die Erhöhung des Monatssolls auf 2,2 Mill. t ergeben, konnte indessen nicht erfüllt werden.

Der deutsche Stahlwerksverband, dessen Vertrag mit den Verbandswerken zum 30. Juni 1920 gekündigt wurde, entstand im Jahr 1904 durch den Zusammenschluß des Halbzeugverbandes, des Trägerverbandes, der deutschen Schienengemeinschaft und der deutschen Schwellengemeinschaft. Der Verband wurde als Aktien-Gesellschaft mit dem Sitz in Düsseldorf gegründet mit der Hauptaufgabe des An- und Verkaufs von Eisen- und Stahlerzeugnissen aller Art. Er stellt ein sog. Generalkartell dar, das zwei Gruppen von Erzeugnissen umfaßt:

1. A-Produkte, d. s. Halbzeug, Eisenbahnmaterial, Formeisen,
2. B-Produkte, d. s. alle sonstigen Walzwerk-erzeugnisse.

Während für die B-Produkte nur eine Kontingentierung des Angebots besteht, werden die A-Produkte vom Verband als Selbstkäufer gekauft und verkauft.

Der Versand an A-Produkten (Rohstahlgewicht) in den einzelnen Geschäftsjahren stellte sich in 1000 t wie folgt:

Geschäftsjahr	Geschäftsjahr	
1904/05	1912/13	6 394,6
1905/06	1913/14	6 124,3
1906/07	1914/15	3 393,5
1907/08	1915/16	3 281,9
1908/09	1916/17	—
1909/10	1917/18	2 107,0
1910/11	1918/19	1 697,0
1911/12	1919/20	1 286,3

Die Zahlen zeigen bis 1907 eine Zunahme, in den Jahren 1908/10 infolge der ungünstigen Konjunktur

einen Rückgang des Versandes, und von da an bis 1912/13 wieder eine bedeutende Steigerung. Das am 30. Juni 1914 abgelaufene Geschäftsjahr stand so dann schon im Zeichen des allgemeinen Rückgangs des Wirtschaftslebens. Während der nun folgenden Kriegs- und Revolutionsjahre ging der Versand, besonders auch nach dem Ausland, infolge der Schwierigkeit der Beschaffung von Roh- und Brennstoffen, zufolge Verkehrsschwierigkeiten, der gesunkenen Arbeitsleistungen, der politischen Wirren usw. immer mehr zurück, so daß im Geschäftsjahr 1919/20 der Versand an A-Produkten nur $\frac{1}{2}$ des Rekordjahrs 1912/13 ausmachte. Nur 11 v. H. des Versandes konnte nach dem Ausland abgegeben werden gegenüber 34 v. H. im Geschäftsjahr 1913/14. Ein wesentlicher Grund für die Abnahme des Versandes in den Geschäftsjahren 1918/19 und 1919/20 war auch der Rückgang der Gesamtproduktion infolge des Ausscheidens der lothringischen und luxemburgischen Werke im April und der Saarwerke zu Ende Juli 1919.

Von dem Gesamtversand von 1 236 319 t im Geschäftsjahr 1919/20 entfielen 314 762 t auf Halbzeug, 586 814 t auf Eisenbahnmateriale und 384 743 t auf Formeisen.

Der Auftragsbestand des amerikanischen Stahl-trusts hat im März d. J. abermals eine starke Abnahme erfahren. Die Zahl der unerledigten Aufträge

betrug zu Ende

	1919	1920		1920	1921
	1000 tons			1000 tons	
Oktober	6 473	9 837	Januar	9 285	7 573
November	7 128	9 021	Februar	9 502	6 934
Dezember	8 265	8 143	März	9 892	6 285

Wie der Auftragsbestand im 1. Vierteljahr 1920 eine stetige Zunahme zeigt, die das Steigen der Konjunktur widerspiegelt, so lassen die abnehmenden Auftragsbestände der ersten 3 Monate 1921 Rückschlüsse auf die ständige Konjunkturverschlechterung in den Vereinigten Staaten zu.

Die englische Eisen- und Stahlerzeugung zeigt im März einen weiteren starken Rückgang gegenüber dem Vormonat und gibt damit ein Bild von den erhöhten Absatzschwierigkeiten der englischen Montanindustrie.

Die Produktion betrug

	Roheisen		Stahlknüppel und Gußeisen	
im	1921	1920	1921	1920
	1000 tons		1000 tons	
Januar	642	665	493	754
Februar	464	645	484	798
März	386	699	358	840

Insgesamt stellte sich demnach die Erzeugung an Roheisen im 1. Vierteljahr 1921 auf 1,49 Mill. tons gegenüber 2,01 Mill. tons im 1. Vierteljahr 1920, die Erzeugung an Stahlknüppeln und Gußeisen auf 1,34 Mill. gegenüber 2,39 Mill. tons.

HANDEL UND VERKEHR

Der Ausbau der deutschen Wasserstraßen.

In der Geschichte der deutschen Wasserstraßenpolitik der Vorkriegszeit bilden zwei Daten die bemerkenswertesten Abschnitte. Der 1. April 1905 brachte das preußische Wasserstraßengesetz; die darin vorgesehenen bedeutsamen neuen Flußverbesserungen und Kanäle sind zum größten Teil während des Krieges oder kurz zuvor Wirklichkeit geworden, wie der Berlin-Stettiner Groß-Schiffahrtsweg, der Rhein-Hannover-Kanal, der Umbau des Bromberger Kanals u. a. Das zweite Datum war der 24. Dezember 1911, der Tag des Schiffahrtsabgabengesetzes, mit dem das Deutsche Reich als solches an Stelle der Einzelstaaten mit ihren vielfach widerstrebenden Interessen aktive Wasserstraßenpolitik zu treiben begann. Hat auch der Krieg die damaligen großzügigen Pläne zum überwiegenden Teil nicht zur Reife gelangen lassen, so ist doch der Grundgedanke jenes Gesetzes, daß die wichtigsten Fragen des Wasserstraßen- und Kanalbaues, soweit die Wasserstraßen Bedeutung für den zwischenstaatlichen und zwischenbundesstaatlichen Verkehr haben, Sache des Reichs sein müssen, im neuen Deutschland leitend geworden: mit dem 1. April 1921 sind alle schiffbaren Wasserstraßen in Deutschland, die dem allgemeinen Verkehr dienen, aus der Hoheit der ein-

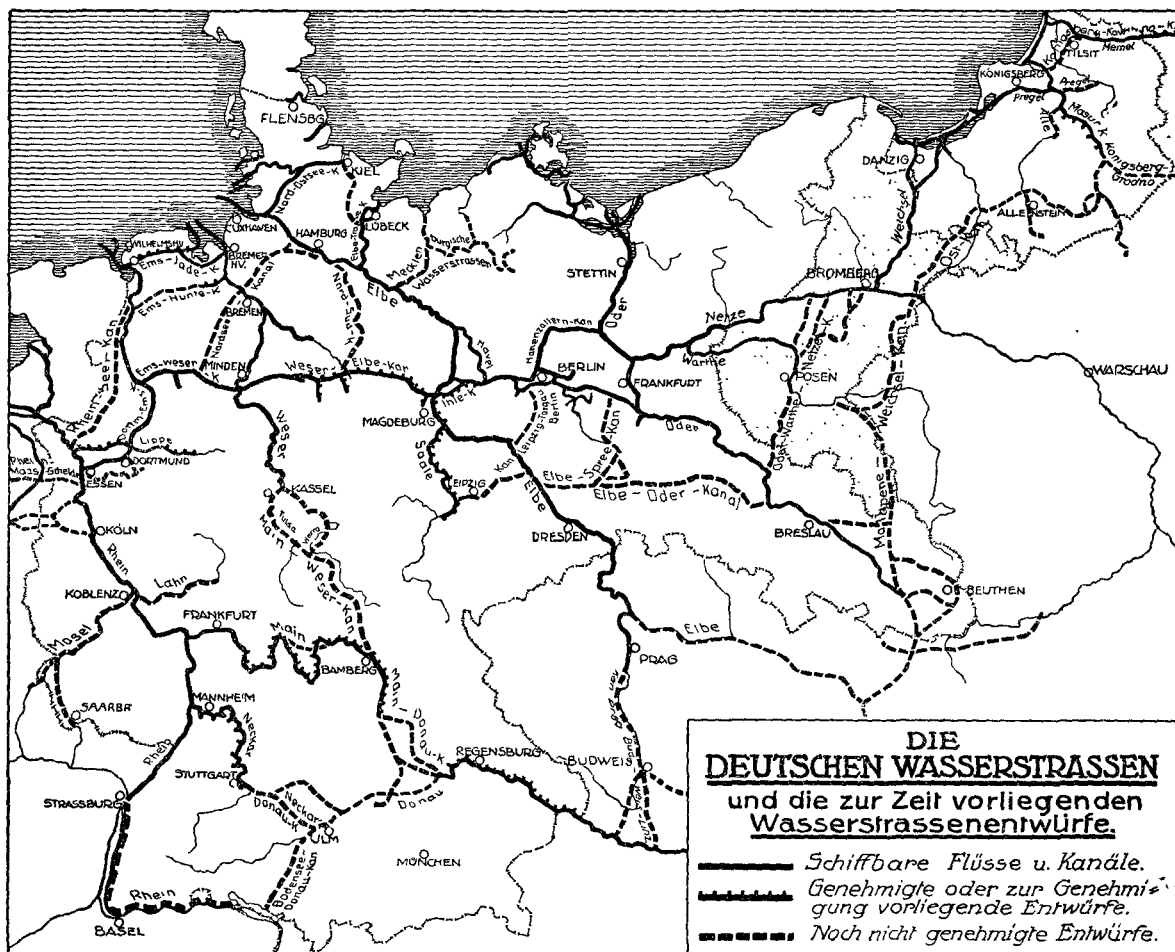
zelnen Bundesstaaten in die des Deutschen Reichs übergegangen. Der Versailler Frieden hat inzwischen freilich die sämtlichen großen deutschen Ströme, was nie zuvor einem Kulturland angetan worden war, unter internationale Verwaltung gestellt und zum Teil sogar, wie die Weichsel und die Memel, aus dem Territorialbestande des Deutschen Reichs herausgelöst, dazu eine große Zahl von Binnenschiffen den deutschen Eigentümern genommen. Nur die Hoffnung, daß deutsche Tüchtigkeit dereinst aus dem Elend der Gegenwart einen gangbaren Aufstieg zu neuer Höhe finden wird, gibt ein Recht dazu, gegenwärtig zu betrachten, welche nächstliegenden Zukunftsaufgaben die deutsche Binnenschiffahrt und der deutsche Kanalbau zu lösen haben.

Was zunächst den Rhein betrifft, so liegt seine Zukunft in den Händen seines neuen Souveräns, der 20-köpfigen Straßburger Rheinkommission, in der die bisherigen Uferstaaten Deutschland, Holland und die Schweiz nur mit 9, die Ententemächte hingegen mit 11 Stimmen vertreten sind. Welche neuen Arbeiten im Rheinstrom und in seinen seitlichen Wasserstraßen fortan auszuführen sein werden, entscheidet die Straßburger Kommission. Es wird innerhalb

dieser Kommission noch harte Kämpfe um die Schiffbarkeit des Oberrheins geben. Frankreich, das die Schweiz nach Möglichkeit zu sich herüberziehen möchte, wird dahin wirken, die Schiffsstraßen oberhalb Straßburgs verfallen zu lassen; England, Deutschland, Holland und Belgien, die an der freien Schifffahrt bis Basel und über den jetzigen Endpunkt Rheinfelden hinaus großes Interesse haben, werden der Schweiz in ihrem Kampf um den unverbauten Strom beistehen, vielleicht auch Italien, dem der

billige Wasserweg bis Basel hinauf für seine Kohlenbezüge aus Deutschland von Wert ist. Falls die Schiffbarmachung des Oberrheins bis zum Bodensee künftig zustande kommt, wird sogleich als unumgänglich notwendige Ergänzung der Plan des Bodensee-Donau-Kanals aufleben müssen (Friedrichshafen—Ulm), den manche als vielleicht wichtigsten mitteleuropäischen Kanal der Zukunft betrachten.

Der wichtigste Strom, der künftig französisches



und deutsches Gebiet verbindet, wird die Mosel sein. Die Schifffahrtsverhältnisse dieses Flusses waren von jeher recht eigenartig, da der obere nach Frankreich hineinführende Lauf gut schiffbar war, während der untere auf deutschem Boden noch der Kanalisierung entbehrte, obwohl sie im Frankfurter Frieden vom 10. Mai 1871 bereits vereinbart worden war. Für den Austausch von Kohlen, Koks und Erz zwischen dem westfälischen Kohlengbiet und dem lothringischen, luxemburgischen und französischen Minetterevier ist die kanalisierte, für 1000 oder 1200 t-Schiffe fahrbare Mosel, die durch wechselnde Anschauungen in den beteiligten Kreisen der Regierung und der Industrie um Jahrzehnte verschoben wurde, naturgemäß von ganz besonderer

Bedeutung. Allmählich hat sich die Überzeugung durchgerungen, daß die Schaffung eines frachtverbilligenden Wasserweges sowohl für das Ruhrrevier als auch für Lothringen-Luxemburg nützlich ist, und die wirtschaftlichen Bedürfnisse haben sich nach der Abtrennung Lothringens von Deutschland wenig geändert. Die Verwertung der Wasserkräfte — ein Ziel, das der zukünftigen Wasserwirtschaft Deutschlands ein besonderes Merkmal aufdrücken wird — wird auch hier günstigen Einfluß ausüben und namentlich für die Saar eine bessere geldliche Lage schaffen. Die Kanalisierung der Mosel kann mit einer Ausnutzung von Wasserkraft im Betrage von 400 Millionen Kilowatt jährlich verbunden werden. Die hiervon zu erwartenden Einnahmen

sind so groß, daß die Kosten des weitaus größten Teils der Gesamtanlage dadurch zu decken sind. Auch die Saarkanalisation ist sorgsam geprüft worden und nach den Vorarbeiten sind für sie gleichfalls günstige Ergebnisse zu erwarten.

Besser geworden sind auch die Aussichten eines Kanals vom Rhein zur Maas und Schelde, mit dem sich bislang freilich nur die Privatinitiative beschäftigt hat. Da aber Belgien erhebliches Interesse an dem Kanal hat und Deutschland durch Art. 361 des Versailler Friedens verpflichtet worden ist, den künftigen Wünschen Belgiens zu entsprechen, so wird die Schaffung dieses Wasserweges wohl schon in wenigen Jahren ins Auge zu fassen sein, wobei es zunächst noch zweifelhaft bleibt, welcher der vorhandenen drei Entwürfe (Hentrich: östl. Krefeld—Antwerpen, Valentin: Düsseldorf—Antwerpen, Schneiders: Köln—Antwerpen) ausgeführt werden wird. Von den rechtsrheinischen Kanalbauten und Kanalplänen bietet die besten Aussichten auf baldige Fertigstellung die Vollendung des von früher her noch schwebenden Wesel-Datteln-Kanals mit Fortsetzung nach Lippstadt, durch den das ganze Lippegebiet sowohl an den Rhein bei Wesel wie an den Dortmund-Ems-Kanal bei Datteln angeschlossen wird. Weiter soll die Ruhr bis Hagen hinauf kanalisiert werden, wobei sowohl das Verkehrsbedürfnis wie der Wunsch, billige Kraft zu gewinnen, mitspielen. Auch die Kanalisierung der Lahn wird in Verbindung mit der Wasserkraftnutzung wieder in Erwägung gezogen.

Am meisten erörtert unter allen ans Rheingebiet anknüpfenden Kanalplänen sind aber zurzeit neben dem Rhein-Schelde-Kanal die Pläne eines Rhein-Donau-Kanals, wobei sowohl der Main wie der Neckar als vermittelnder Übergang benutzt werden können. Der Main-Donau-Kanal würde im großen ganzen, unter Abschneidung der großen Mainschleifen, dem vorhandenen, völlig veralteten Rhein-Donau-Übergang folgen und somit bei Kelheim in die Donau einmünden. Die Mainmündung ist bereits für 2000 t-Schiffe befahrbar gemacht; den Kanal selbst sollen 1200 t-Schiffe benutzen können, was zur Folge hätte, daß auch die Donau für so große Schiffe ausgebaut werden müßte. In Bayern ist eine sehr starke Bewegung im Gange, diesen Kanal baldigst herzustellen, der das Rheingebiet und die Balkanländer in direkte schiffbare Verbindung miteinander bringen und somit von geradezu mitteleuropäischer Bedeutung sein würde. Die Ausführung dieser Kanalpläne würde auch gewaltige Mengen elektrischer Kraft gewinnen lassen.

Daneben wird in Württemberg stark geworben für einen Neckar-Donau-Kanal, der auch für Baden großes Interesse hat, da er Mannheim zur Kopfstation des neuen Überganges macht, aber auch für das wichtigste bayerische Industriegebiet bei Augsburg und Kempten, das an den württembergischen, bei Ulm mündenden Kanal viel leichter Anschluß gewinnen könnte als an den bayerischen Main-Donau-Kanal. Neueren Vorschlägen gemäß würde der Übergang vom Neckar zur Donau sich auf

den Lauf des Fils-Flusses stützen, um von Plochingen aus über die Schwäbische Alb hinweg, unter Anwendung von sogenannten Tauchschleusen, zur Donau zu verlaufen, wobei eine Meereshöhe von über 500 m Höhe überschritten werden müßte. Mit der Kanalisierung könnte die ausgiebigste Gewinnung von Wasserkraften Hand in Hand gehen, wodurch sich die sonst zu wenig günstigen finanziellen Aussichten derartig verbessern ließen, daß eine Rentabilität auch der kostspieligsten Kanalanlage gesichert erscheint.

Der bisher nur von privater Seite angeregte Weser-Main-Donau-Kanal wird unter Umständen in Zukunft sich zu einem festeren Plan verdichten, da es nicht ausgeschlossen scheint, daß ein lediglich dem deutschen Wirtschaftsleben zugute kommender Weser-Donau-Kanal (die Weser ist nicht internationalisiert) fortan mehr Anklang findet als der von vornherein zur Internationalisierung verurteilte Donau-Main-Kanal. Neuerdings wird auch von Frankfurt a. M. für einen vom Untermain zur Werra laufenden Kanal agitiert.

Rasch zu erheblicher Bedeutung gelangt ist ein zuerst 1918 in Bremen aufgenommener Plan, einen direkten Kohlenzufuhrkanal vom Ruhrkohlengebiet nach Bremen und Hamburg zu bauen. Dieser Nordseehafenkanal soll vom Ems-Weser-Kanal in Bramsche nördlich Osnabrück abzweigen (Bramscher-Kanal) und ziemlich gradlinig nach Bremen und über die Weser hinaus durchs Hammegebiet nach Stade und zur Elbmündung führen. Die sehr großen Interessen der führenden Hansestädte sichern dem auf 1000 t-Schiffe berechneten Kanal fortlaufend erhöhte Beachtung. Oldenburg strebt statt dessen einen Ems-Hunte-Kanal zwischen Dörpen an der Ems und Kampe an der Hunte an, der im wesentlichen die gleichen Zwecke wie der von Bremen begehrte Bramscher-Kanal anstrebt, aber sich mit letzterem an Bedeutung nicht wohl messen kann.

Das unbedingt aussichtsreichste unter allen schwebenden Projekten ist trotz der großen Finanznot von Reich und Ländern die Vollendung des Mittellandkanals zwischen Hannover und der Elbe. Das Fehlen dieses Kanals hat sich im Kriege als wirtschaftlich und militärisch derartig verhängnisvoll erwiesen, daß keine andere Aufgabe deutscher Binnenschifffahrt diesem Kanalbau an Wichtigkeit auch nur annähernd gleichkommt. Der in den Jahren 1899—1904 so erbitterte Widerstand der ostelbischen Politiker und der Provinz Schlesien gegen diesen Kanal dürfte unter den heutigen gänzlich veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen aufgegeben sein, sodaß die Erkenntnis von dem ungeheuren Werte der einzigen Wasserstraße zwischen West- und Ostdeutschland heute von keiner Sonderpolitik mehr grundsätzlich bedroht wird. Lediglich hinsichtlich der Art der zweckmäßigsten Führung des letzten Stückes des Mittellandkanals gingen die Ansichten stark auseinander. Inzwischen ist die Entscheidung für die sogenannte „Mittellinie“ Hannover—Peine—Fallersleben—Rothensee a. d. Elbe gefallen. Kommt der Mittellandkanal zustande, so ist auch die Schaffung

eines Leipziger Anschlusses durch einen Elster-Saale-Kanal als aussichtsvoll zu bezeichnen. Erwähnung verdient auch der gesetzlich bereits festgesetzte Umbau des Ihle- und Plauer-Kanals für 600 t-Schiffe, damit vom künftigen Mittellandkanal ein direkter Verkehr der großen Fahrzeuge nach Berlin und durch den Hohenzollernkanal nach Stettin stattfinden kann.

Im Elbe-Gebiet ist ein neuer Plan zu erwähnen, der unterhalb Dresden einen Kanal nordostwärts durch das Braunkohlengebiet um Senftenberg verlaufen lassen will, um einmal die Oder bei Fürstenberg und anderseits durch den noch weiter umzubauenden Oder-Spree-Kanal Berlin zu erreichen. Um von anderen Projekten zu schweigen, die noch keine feste Gestalt gewonnen haben, sei noch bemerkt, daß sowohl Kiel wie Wismar und Rostock durch neue Kanäle direkten Anschluß an die Elbe-Wasserstraße zu erhalten suchen.

Die wichtigsten an die Weichsel anknüpfenden Regulierungs- und Kanalpläne sind jetzt den deutschen Wünschen entzogen und zu einer Angelegenheit Polens bzw. des Danziger Freistaates geworden. Die Aussichten für einen Ausbau der Weichsel-Wasserstraße und der für ihr Gedeihen nötigen Kanäle sind jedoch recht trübe; der Versailler Frieden wirkt auch hier auf die Entwicklung der Binnenschifffahrt arg kulturhemmend ein. Nachdem überdies der „Oberste Rat“ beschlossen hat, daß auch die Weichsel — sehr zum Verdruß der Polen — internationalisiert werden soll, ist überhaupt nicht abzusehen, wer künftig die Kosten der Flußregulierungen und der Kanalbauten im Weichselgebiet tragen soll. Polen hat ebenso wenig wie Deutschland Veranlassung, für internationale Flüsse Gelder aufzubringen. Die übrigen Nationen werden aber kaum Neigung hierzu verspüren.

Bemerkt sei, daß Deutschland das Recht hat, im Verkehr mit Ostpreußen die Wasserstraßen des zwischengelagerten „polnischen“ Landstreifens frei zu benutzen, sodaß der erst im Jahre 1917 beendete Umbau des Bromberger Kanals zum Großschiffahrtsweg zwischen Oder und Weichsel doch nicht ganz ohne Wert für deutsche Wirtschaftsinteressen bleiben wird.

Kommt in absehbarer Zeit zwischen Deutschland und Polen ein friedlicher Gütertausch zustande, so mögen auch von den heutigen, noch ganz in der Luft hängenden polnischen Plänen manche ernstlich für Deutschland in Erwägung zu ziehen sein, so insbesondere die Vorschläge, die auf einen direkten Anschluß der Weichsel an die obere bzw. mittlere Oder abzielen. Die Polen machen besonders Stimmung für einen von Warschau durch die Bzura zur Warthe und weiter über Posen nach Glogau zur Oder führenden Kanal; doch würden sie wohl auch für abweichende deutsche Gegenvorschläge empfänglich sein. Der vor dem Kriege gelegentlich empfohlene Ost-Kanal, der von der Weichsel zu den großen Masurischen Seen verlaufen sollte, dürfte durch die Gestaltung der politischen Verhältnisse im Osten als aufgegeben zu betrachten sein. Wohl aber ist nach der für Deutschland günstigen Volksabstimmung im Allensteiner Gebiet der Plan eines Umbaus des von

Elbing ausgehenden Oberländischen Kanals in größeren Abmessungen und seiner Verlängerung bis Allenstein hinauf wieder aktuell geworden. Der Umbau des Oberländischen Kanals, der jetzt nur für 50 t-Schiffe benutzbar und durch das bei ihm allein in Deutschland angewandte Prinzip der Schiffseisenbahnen auf schiefen Ebenen als veraltet anzusehen ist, für 400 t-Schiffe ist mindestens auf die Strecke von Elbing bis zum Schillingsee nicht unwahrscheinlich; vielleicht erfolgt aber auch eine Verlängerung des Kanals über den Schillingsee hinaus um 40 km bis nach Allenstein. Welchen hohen Wert die Stadt Allenstein auf diesen erweiterten Oberländischen Kanal legt, geht daraus hervor, daß sie sich bereit erklärt hat, 2 Millionen Mark zum Bau beizusteuern.

Die in Ostpreußen von der preußischen Regierung bereits in Angriff genommenen und gegenwärtig in der Ausführung begriffenen Kanalbauten, die Erweiterung des Königsberger Seekanals und der von Königsberg zu den großen Masurischen Seen führende Masurische Kanal, werden trotz der großen Finanznot zu Ende geführt, obwohl das allgemein-deutsche Interesse daran nach dem Verlust des größten Teils unserer Handelsflotte und im Hinblick auf die erheblichen Erschwerungen der Binnenschifffahrt an sich wesentlich verringert worden ist.

Die gerade jetzt erfolgende Anforderung von Mitteln für die Verbesserung der Pregel-Schifffahrt bis Insterburg hinauf zeigt zur Genüge, daß auch für die Verkehrs- und Kulturbedürfnisse des abgetrennten Ostpreußen noch Sorge getragen wird.

Die Regulierung der Memel oder richtiger ihres ehemaligen russischen Teiles, des Njemen, hat für Deutschland, nachdem während des Krieges eifrig und erfolgreich daran durch die Deutschen gearbeitet worden ist, selbstverständlich an Bedeutung stark verloren, da die Stadt Memel von Deutschland abgetrennt worden ist. Deutschland bleibt zwar durch Tilsit an der Memel interessiert und wird sich daher einem etwaigen Vorgehen Litauens zur Verbesserung der Schiffbarkeit des Flusses schwerlich ganz verschließen; aus eigener Initiative dort irgend etwas Neues zu unternehmen, hat es aber natürlich weder eine Möglichkeit noch eine Veranlassung. Auch hier wird, wie bei den meisten deutschen Strömen, hinter jedem großzügigen Verbesserungsplan die heikle und kaum zu beantwortende Frage stehen: wer trägt die Kosten?

Alles in allem entrollt sich somit kein rosiges Bild der Zukunft der deutschen Wasserstraßen. Was voraussichtlich neu gebaut werden wird, dürfte zum großen Teil dem Wirtschaftsleben der bisher feindlichen und neutralen Staaten mindestens ebenso sehr zugute kommen, wie dem deutschen, und im übrigen sorgt schon unsere trostlose Finanzlage im Reich, in den Ländern und Gemeinden dafür, daß an den Kulturaufgaben weit mehr als erwünscht gespart werden muß. Daß es sich trotzdem auf dem Gebiete der Binnenschifffahrt im Deutschland der Nachkriegszeit unerwartet eifrig regt, ist ein erfreuliches Zeichen für das Vertrauen unseres Volkes in seine Kraft und Leistungsfähigkeit.

Der Nahrungsmittel- und Rohstoffbezug Deutschlands im Jahre 1920.

In den Monaten Januar bis September 1920 hat Deutschland, wie aus nachstehender Zusammenstellung¹⁾ ersichtlich, an Nahrungsmitteln teilweise bedeutend mehr eingeführt als vor dem Kriege, so vor allem Kartoffeln, Fleisch und Speck, Heringe. Auch an Margarine und Zucker wurden erhebliche Mengen eingeführt, während Deutschland hierin früher eine bedeutende Ausfuhr hatte. Wesentlich zurückgeblieben ist nur die Einfuhr von Reis und Erbsen. An Brotgetreide und Mehl wurde insgesamt ungefähr die gleiche Menge wie 1913 eingeführt; die Weizeneinfuhr war zwar bedeutend geringer, dafür ist aber an Stelle des früheren erheblichen Ausfuhrüberschusses an Roggen und Mehl ein

I. Einfuhr der wichtigsten Nahrungs- und Futtermittel.

(Mengen in Tonnen zu 1000 kg)

	Nettoeinfuhr Jan./Sept. 1920	Einfuhr Jan./Sept. 1913	Ausfuhr
Weizen	380 995	1 804 201	356 204
Roggen	228 175	225 527	632 778
Roggen- u. Weizenmehl	42 967	12 834	302 097
Kartoffeln	698 470	245 938	193 770
Reis	87 374	356 237	140 024
Speisebohnen, Erbsen, Linsen	164 783	140 154	6 845
Mais	199 977	738 127	28
Rind-, Kalb- u. Schweine- fleisch (frisch und ein- fach zubereitet) . . .	98 864	41 165	142
Schweinespeck	61 432	1 361	24
Schweineschmalz	77 462	80 181	.
Butter	5 518	40 526	208
Margarine, pflanzl. Talg zum Genuß, Kunst- speisefett	53 836	213	38 382
Käse	18 208	19 723	486
Verbrauchsucker	70 436	1 058	473 487
Gesalzene Heringe . . .	317 054	126 339	504

II. Einfuhr der wichtigsten Rohstoffe.

Mineralöle	255 240	927 465	23 062
Rohstoffe der Metall- industrie:			
Eisen- u. Manganerze, eisen- und mangan- halt. Gasreinigungsmasse, Schlacken usw.	4 464 299	12 138 773	2 085 989
Bruch- und Alteisen . .	89 749	168 486	144 849
Rohkupfer	42 874	170 625	5 878
Rohaluminium	5 747	10 747	2 280
Rohblei	12 523	63 915	33 046
Rohzinn	3 003	10 563	5 019
Rohstoffe der Textil- industrie:			
Baumwolle u. Abfälle . .	91 458	343 809	44 842
Flachs	824	69 811	39 172
Hanf	11 517	42 191	6 481
Jute	30 874	113 816	6 615
Rohwolle	38 141	160 117	13 086
Rohseide	673	3 180	564
Häute und Felle zur Lederbereitung	29 195	191 351	50 106
Rohkautschuk	8 189	15 590	2 928

¹⁾ Für 1920 ist nur die Nettoeinfuhr angegeben, da die Ausfuhr ausgen. bei Roggen- und Weizenmehl (Einfuhr 64 940, Ausfuhr 21 973 t) keine Rolle spielt.

Einfuhrüberschuß in Höhe des Ausfalls an Weizen getreten.

Die Einfuhr von Rohstoffen für die Industrie weist demgegenüber allgemein, zum Teil bedeutend geringere Mengen auf.

Die Bezugsländer für die von Deutschland eingeführten Nahrungsmittel und Rohstoffe haben mehr oder weniger gewechselt. Vor allen Dingen ist die Einfuhr aus Rußland ausgeblieben, das früher einer der bedeutendsten Lieferanten Deutschlands war. Roggen erhielt Deutschland vor dem Kriege überwiegend aus Rußland, 1920 dagegen aus den Vereinigten Staaten. Bei Weizen spielte außer Argentinien und den Vereinigten Staaten, den jetzt fast ausschließlichen Bezugsländern, auch Kanada und Rußland eine bedeutende Rolle. Erbsen wurden früher in großen Mengen aus Britisch-Indien und Rußland bezogen. Für Kartoffeln sind die Niederlande das Hauptbezugsland geblieben, aber als fast gleichbedeutend ist Westpolen, d. h. die frühere Provinz Posen, hinzutreten. Rußland, der zweitgrößte Kartoffellieferant vor dem Kriege, ist dagegen in Wegfall gekommen. Ebenso ist Belgien ausgeschieden, dagegen Dänemark mit ungefähr gleichen Einfuhrmengen hinzutreten.

Fleisch, Speck und Schweineschmalz lieferten 1920 überwiegend die Vereinigten Staaten. Nur Rindfleisch kam in größeren Mengen auch aus Argentinien. Vor dem Kriege kamen als Einfuhrländer besonders Dänemark, Niederlande und auch Rußland in Betracht, abgesehen von der Einfuhr von Schweineschmalz, für das auch vor dem Kriege die Vereinigten Staaten die Hauptlieferanten waren.

Margarine wurde 1920 in großen Mengen aus den Niederlanden eingeführt. Vor dem Kriege spielte die Einfuhr keine Rolle, vielmehr hatte Deutschland eine bedeutende Ausfuhr von pflanzlichem Talg.

Zucker lieferten 1920 die Tschecho-Slowakei und die Niederlande, Käse die Niederlande, Heringe Norwegen. Eine Zuckereinfuhr kam früher für Deutschland nicht in Betracht. Käse wurde auch damals überwiegend aus den Niederlanden bezogen. Die Heringe kamen 1913 zur Hälfte aus Großbritannien, zur Hälfte aus den Niederlanden und Norwegen.

Das wichtige Futtermittel Mais ist 1920 in wesentlich geringeren Mengen hereingekommen als vor dem Kriege. Hauptbezugsland ist Argentinien, während vor dem Kriege auch die Vereinigten Staaten sowie Rumänien und Rußland erhebliche Mengen lieferten.

Die Mineralöleinfuhr belief sich 1920 kaum auf den 3. Teil gegenüber 1913. Sie stammte überwiegend aus den Vereinigten Staaten, während vor dem Kriege auch Österreich-Ungarn, Rumänien und Rußland wesentliche Mengen lieferten.

Die Versorgung der Metall- und der Textilindustrie mit Rohstoffen war 1920 gleichfalls erheblich geringer als vor dem Kriege. Bei der Eisenerzeinfuhr ist dabei noch zu berücksichtigen, daß Lothringen und Luxemburg jetzt außerhalb des Zollgebiets liegen. Die Eisen- und Manganerzeinfuhr stammte 1920 zu einem Drittel dorthier. Der Be-

zug ist bei den übrigen Bezugsländern Schweden, Norwegen, Frankreich und Spanien stark zurückgeblieben, bei Algerien, Tunis und namentlich Rußland sogar ganz ausgeblieben. Rohkupfer lieferten überwiegend ebenso wie früher die Vereinigten Staaten.

Die Baumwolleneinfuhr erfolgte ebenso wie früher überwiegend aus den Vereinigten Staaten, daneben aus Britisch-Indien. Dagegen war die Einfuhr aus Ägypten ganz unbedeutend. Bei der Rohwolle spielt das Ausbleiben der australischen Wolle eine besonders erschwerende Rolle. Aber auch aus Argentinien und Britisch-Süd-Afrika kam verhältnismäßig wenig herein. Die bedeutende Flachseinfuhr aus Rußland hat durch eine Einfuhr aus anderen Län-

dern nahezu keinen Ersatz finden können. Für Rohseide ist Italien auch 1920 der Hauptlieferant gewesen, doch reicht die Einfuhr nicht entfernt an die Vorkriegszeit heran. Bei Hanf ist wiederum die bedeutende Einfuhr Rußlands weggefallen, dagegen war die Einfuhr aus Italien etwa um die Hälfte höher als im Jahre 1913. Jute endlich wurde wie früher aus Britisch-Indien bezogen, aber nur in einer Menge von etwa ein Viertel der Vorkriegszeit.

Die Einfuhr von Häuten und Fellen erfolgte wie früher aus den verschiedensten Ländern, die Einfuhr von Rohkautschuk wie früher hauptsächlich aus Afrika und Indien, zum kleinen Teile aus Südamerika.

Deutschlands Einfuhr an Rohtabak, Zigarren und Zigaretten

im 3. Viertel des Rechnungsjahres 1920.

In den Monaten Oktober bis Dezember 1920 sind nach der Anschreibung der Deutschen Handelsstatistik zum Verbrauch im Deutschen Wirtschaftsgebiet eingeführt worden:

Rohtabak . . .	294 413 dz	im W. v. 1 028,7 Million. M.
Zigarren . . .	432 dz	" " " 10,9 " "
Zigaretten . .	1 217 dz	" " " 35,7 " "

Über die Herkunft der Mengen unterrichtet die folgende Übersicht:

Länder der Herkunft	Tabakblätter unbearbeitet		Zigarren		Zigaretten	
	Menge 100 kg	Wert 1000 M.	Menge 100 kg	Wert 1000 M.	Menge 100 kg	Wert 1000 M.
Saargebiet . . .	—	—	6	49	76	1 155
Belgien	31	161	6	51	364	3 763
Bulgarien	7 996	63 078	—	—	—	—
Elsaß-Lothring. .	59	83	1	25	—	—
Frankreich . . .	24	41	12	190	—	—
Griechenland . .	11 203	50 686	—	—	—	—
Großbritannien. .	—	—	9	98	517	27 486
Niederlande . . .	1 057	2 840	395	10 508	10	135
Südrußland . . .	930	5 200	—	—	—	—
Türkei	30 872	200 972	—	—	—	—
Algerien	189	891	—	—	—	—
Brit. Indien . . .	381	1 303	—	—	—	—
China	4 005	17 050	—	—	—	—
Niederl. Indien .	166 321	501 672	—	—	—	—
Rußland i. Asien .	1 384	2 817	—	—	—	—
Brasilien	23 572	57 694	—	—	—	—
Neufundland . . .	512	1 790	—	—	—	—
Columbien	2 188	7 888	—	—	—	—
Cuba	409	3 514	—	—	—	—
Dominik. Republik . . .	14 707	23 924	—	—	—	—
Mexiko	139	554	—	—	—	—
Paraguay	482	1 358	—	—	—	—
Venezuela	281	365	—	—	—	—
V. St. v. Amerika .	27 456	83 776	1	5	248	3 145
zusammen einschl. der nicht besonders genannten Länder.	294 413	1 028 716	432	10 938	1217	35 730

Für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1920 ergibt sich eine Einfuhr zum Verbräuche:

Rohtabak . . .	660 964 dz	im W. v. 2 637,7 Million. M.
Zigarren . . .	971 dz	" " " 22,0 " "
Zigaretten . .	8 254 dz	" " " 168,6 " "

Der Außenhandel Sowjetrußlands.

Seit dem politischen Umsturz im November 1917, der die Herrschaft der Sowjets in Rußland begründete, kam die registrierende Tätigkeit der russischen Zollämter, deren Aufzeichnungen die Grundlage für die Veröffentlichungen des statistischen Zentralkomitees über den russischen Außenhandel bildeten, völlig zum Stillstand. Seitdem gab es keine russische Außenhandelsstatistik im eigentlichen Sinne, wenngleich auch die bolschewistischen amtlichen Blätter in zwangloser Aufeinanderfolge Angaben über Einfuhr und Ausfuhr brachten.

Von einer Statistik des russischen Außenhandels kann erst wieder seit der Zeit des Friedensvertrags die Rede sein, den Sowjetrußland mit Estland schloß. Durch diesen Vertrag wurde eine Bresche in die Mauer gelegt, die als Blockade Sowjetrußland von der Umwelt abschloß. Seit jener Zeit begannen wiederum ausländische Waren nach Rußland einzudringen. Das Zollamt in Jamburg übte hierbei als erstes der neuen Sowjet-Zollämter seine registrierende Tätigkeit aus. Bald folgten ihm andere Zollämter, die in Archangelsk, in Murmansk, Odessa und Noworossisk errichtet wurden. Die von diesen Zollämtern gelieferten Aufzeichnungen über Ausfuhr und Einfuhr werden seitdem von dem Kommissariat für den Außenhandel in Moskau zu statistischen Veröffentlichungen verarbeitet und liegen augenblicklich für 7 Monate, und zwar für die Zeit vom 18. April bis 15. November 1920 vor.

Die nachfolgenden Ausführungen folgen einem Bericht der statistischen Abteilung des Volkskommissariats für den Außenhandel in Moskau:

In der russischen Statistik des Außenhandels wird die Menge der eintreffenden Waren, ihr Preis und das Land der Absendung festgestellt. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse der Blockade, in deren Zeichen sich der Handel dieser 7 Monate abwickelte, war es unmöglich, regelmäßig alle notwendigen Nachrichten richtig und vollständig zu erhalten. Die Angaben über die Herkunftsländer sind sehr

Entwicklung des internationalen Handels 1920/21.

Allgemeine Übersicht.

Monate	Einfuhr	Ausfuhr	-Einfuhr, +Ausfuhr- Überschuß	Einfuhr	Ausfuhr	-Einfuhr, +Ausfuhr- Überschuß	Einfuhr	Ausfuhr	-Einfuhr, +Ausfuhr- Überschuß
1920	Deutschland¹⁾ (Mill. M)			Belgien (Mill. Frs.)			Brasilien (1000 £)		
1. Vierteljahr	11 823,7	.	2 786,4	1 724,4	- 1 062,0	22 806	37 056	+ 14 250
2. Vierteljahr	17 184,6	.	3 080,0	2 421,6	- 658,4	28 837	29 621	+ 784
Juli	6 187,4	.	857,7	769,8	- 87,9	10 762	7 098	- 3 664
August	6 027,6	.	891,7	751,0	- 140,7	12 857	7 536	- 5 321
September	6 445,6	.	841,9	774,8	- 67,1	12 615	7 219	- 5 396
Oktober	896,2	760,6	- 135,6	12 944	7 482	- 5 462
November	885,4	727,7	- 157,7	11 405	6 523	- 4 882
Dezember	926,2	768,3	- 157,9	.	.	.
Insgesamt 1921	.	47 168,9	.	11 165,5	8 698,2	- 2 467,3	112 226	102 535	- 9 691
Januar
Februar
März
1920	Dänemark (Mill. Kr.)			Finnland (Mill. Fmk.)			Frankreich²⁾ (Mill. Frs.)		
1. Vierteljahr . . .	770,2	384,7	- 385,5	721,0	200,7	- 520,3	7 766,9	3 883,9	- 4 383,0
2. Vierteljahr . . .	632,9	417,2	- 215,7	771,3	586,1	- 185,2	7 863,0	4 896,3	- 3 466,7
Juli	259,4	158,0	- 101,4	338,9	355,0	+ 16,1	.	.	.
August	282,5	153,4	- 129,1	313,0	438,6	+ 125,6	2 800,5	2 399,5	- 401,0
September	340,2	178,5	- 161,7	393,8	366,9	- 26,9	2 627,9	2 151,6	- 476,3
Oktober	298,6	157,1	- 141,5	354,0	364,8	+ 10,8	2 595,4	2 332,6	- 262,8
November	261,8	181,5	- 80,3	345,1	336,4	- 8,7	2 672,2	1 883,6	- 788,6
Dezember	294,5	148,9	- 145,6	383,2	258,1	- 125,1	2 948,3	1 660,9	- 1 287,4
Insgesamt 1921	3 142,1	1 815,8	- 1 326,3	3 620,3	2 906,6	- 713,7	35 405,0	22 434,8	- 12 970,2
Januar	168,1	130,4	- 37,7	194,7	95,4	- 99,3	1 982,5	1 882,6	- 99,9
Februar	159,9	106,9	- 53,0	271,1	64,2	- 206,9	1 613,9	1 899,5	+ 285,6
März	1 762,9	1 686,4	- 76,5
1920	Großbritannien (1000 £)			Italien (Mill. Lire)			Niederlande (Mill. Fl.)		
1. Vierteljahr . . .	530 505	370 643	- 159 862	3 573,5	1 796,6	- 1 776,9	677,7	317,4	- 360,3
2. Vierteljahr . . .	503 979	402 715	- 101 264	4 840,3	2 093,1	- 2 747,2	847,5	449,4	- 398,1
Juli	163 342	155 300	- 8 042	1 040,4	521,5	- 518,9	314,9	177,1	- 137,8
August	153 255	128 272	- 24 983	1 249,4	531,9	- 717,5	268,0	130,0	- 138,0
September	152 692	130 807	- 21 885	1 201,6	570,2	- 631,4	317,4	166,0	- 151,4
Oktober	149 889	128 429	- 21 460	1 125,8	707,4	- 418,4	337,3	148,2	- 189,1
November	144 260	132 480	- 11 780	1 240,1	730,8	- 509,3	270,8	156,7	- 114,1
Dezember	142 785	109 329	- 33 456	1 591,0	852,3	- 738,7	298,5	156,7	- 141,8
Insgesamt 1921	1 936 742	1 557 975	- 378 767	15 862,1	7 803,8	- 8 058,3	3 332,1	1 701,5	- 1 630,6
Januar	117 051	102 711	- 14 340	.	.	.	214,1	116,0	- 98,1
Februar	96 974	76 226	- 20 748	.	.	.	170,5	121,0	- 49,5
März	93 742	75 697	- 18 045
1920	Schweden (Mill. Kr.)			Schweiz (Mill. Frs.)			Vereinigte Staaten (Mill. \$)		
1. Vierteljahr . . .	821,3	383,3	- 438,0	1050	866	- 184	1 465,1	2 186,8	+ 721,7
2. Vierteljahr . . .	864,4	614,4	- 250,0	1095	899	- 196	1 479,4	2 059,2	+ 579,8
Juli	331,1	267,7	- 63,4	1069	820	- 249	537,1	651,4	+ 114,3
August	307,6	229,8	- 77,8				513,1	578,3	+ 65,2
September	324,5	232,8	- 91,7	1029	692	- 337	363,7	605,3	+ 241,6
Oktober	299,3	217,8	- 81,5				334,3	751,7	+ 417,4
November	228,2	176,5	- 51,7				321,0	675,0	+ 354,0
Dezember	197,1	171,3	- 25,8	.	.	.	265,7	721,1	+ 455,4
Insgesamt 1921	3 373,5	2 293,6	- 1079,9	4 243	3 277	- 966	5 279,4	8 228,8	+ 2 949,4
Januar	122,3	91,2	- 31,1	.	.	.	208,9	654,7	+ 445,8
Februar	215,0	489,0	+ 274,0
März

¹⁾ Für die deutsche Einfuhr stehen zuverlässige Wertangaben noch nicht zur Verfügung.

²⁾ Bis Juni 1930 Wertberechnung nach den Sätzen von 1918, von August an nach den Sätzen von 1919.

Anm. Die von der Summe der einzelnen Monate teilweise abweichenden Jahressummen sind berichtigte Angaben.

unsicher. Bei dem Druck, den die Entente auf die neutralen Länder und Deutschland ausübte, wagten es viele Firmen nicht, ihre Waren offen ins Ausland zu verkaufen; viele Waren, die tatsächlich in Schweden oder Deutschland eingekauft sind, werden z. B. als aus Reval stammend bezeichnet. Auch über bestimmte Grundlagen für die Preise der aus dem Auslande kommenden Waren verfügt die bolschewistische Zollbehörde nicht.

In der Zeit vom 18. April bis 15. November 1920 werden folgende Warenmengen als aus dem Ausland eingeführt gemeldet:

Benennung der Ware	Menge in Pud (1 Pud = 40 russ. Pfund = ca. 32 deutsche Pfun)
Lebensmittel und Tiere	979 521
(darunter 354 825 Pud Saatkartoffeln)	
Fabrikate aus tierischen Produkten . . .	76 387
Holzfabrikate und Samen	46 896
(davon 40 928 Pud Gemüsesamen)	
Keramisches Material und Fabrikate . .	16 284
Kohle	121 956
Chemische Produkte	86 822
(darunter 9000 Pud Medikamente)	
Metalle und Metallprodukte	568 133
Papierwaren und Druckerzeugnisse . . .	414 603
Spinnereimaterial	18 977
Verschiedene Waren	28 374
Zusammen	2 357 953

In der ersten Gruppe fällt die große Menge der eingeführten Kartoffeln in die Augen. Sie ist besonders auf die schwierigen Transportverhältnisse zurückzuführen, die es zweckmäßiger erscheinen lassen, Kartoffeln aus Estland einzuführen, anstatt sie aus den entfernten Gouvernements Rußlands heranzuschaffen.

Die Einfuhr von Sämereien war auch vor dem Kriege schon sehr erheblich. 1913 sind 3 229 619 Pud, 1917 = 30 600 Pud, im laufenden Jahre (1920) 40 926 Pud eingeführt worden. Auch Kohlen (hauptsächlich englische) sind immer in großen Mengen eingeführt worden. 1913 betrug die Einfuhr 473 612 348 Pud, 1917 = 46 024 000 Pud. Der Bericht erwähnt die Schwierigkeiten, die gegenwärtig den Bezug von Kohle aus dem Auslande behindern. Das Volkskommissariat für Außenhandel habe 100 000 t bestellt, wovon nur 121 956 Pud geliefert worden seien.

In der Gruppe „Chemische Stoffe und Produkte“ sind von den eingeführten 86 822 Pud 67 085 Pud Gerbstoffe zur Lederbearbeitung und 9000 Pud Medikamente eingegangen.

Unter den 568 133 Pud der Gruppe „Metalle aller Art, Metallprodukte“ sind 407 261 Pud oder 71,6 v. H. der ganzen Menge landwirtschaftliche Geräte. Von den einzelnen Monaten weist die höchste Einfuhrziffer der Juli auf mit 356 644 Pud; im August wurden 138 149 Pud, im September 147 685 Pud, im Oktober 253 817 Pud und in der ersten Hälfte des November 147 880 Pud eingeführt.

Unter den Einfuhrländern nimmt die erste Stelle Estland ein mit 76,45 v. H., die zweite Schweden mit 16,70 v. H., die dritte Dänemark mit 4,47 v. H.; hierauf folgt erst Deutschland. Die Einfuhr aus England und Amerika ist sehr unbe-

deutend und trägt deutlich den Charakter des Zufälligen.

Nach der Mannigfaltigkeit der Waren steht an erster Stelle Schweden. Von dort trafen Metalle, Instrumente, Röhren, Bedarfsartikel für Telegraphen und Telefonleitungen usw. ein. An zweiter Stelle wird Deutschland genannt mit dem Hinweis, daß die Handelsbeziehungen mit diesem Lande die Tendenz zu stärkster Erweiterung haben, wenn ihm nicht England und Amerika in Zukunft den Vorrang ablaufen. Aus Deutschland werden Lokomobilen und Ersatzteile für solche als eingegangen angegeben, ferner Laboratoriumzubehör, Medikamente, Tuch, Netze aus Metall (für Papierfabriken), Maschinen. Aus Dänemark gingen Sämereien und Ersatzteile für landwirtschaftliche Maschinen ein.

Zum Schluß bringt der Bericht noch bruchstückweise Angaben über die russische Ausfuhr. An Ausfuhrwaren werden für die Zeit vom Mai bis 15. November folgende aufgeführt:

Furniere	134 484 Pud
Süßholzwurzel	5 229 Pud
Likopodium	298 Pud
Flachs	70 151 Pud
Santonin	625 Pud
Zusammen	210 787 Pud

Nach einer späteren, vorläufigen Berechnung, die in Nummer 54 der amtlichen bolschewistischen Wirtschaftszeitung „*Ekonomitscheskaja Shisn*“ zur Veröffentlichung gelangt, betrug die Gesamteinfuhr Sowjetrußlands im Jahre 1920 rund 5,2 Millionen Pud oder unter Berücksichtigung der Gebietsverminderung des ehemaligen Rußland annähernd 5 v. H. der Gesamteinfuhr von 1913. v. V.

Die Einnahmen der deutschen Haupteisenbahnen und der vollspurigen Nebenbahnen über 50 km Betriebslänge beliefen sich im Februar 1921 auf 1472,1 Mill. M. gegenüber 1507,5 Mill. M. im Vormonat. Unter Berücksichtigung der geringeren Zahl von Tagen des Februar hat eine Zunahme der auf den Tag entfallenden Gesamteinnahmen von 48,6 auf 52,6 Mill. M. stattgefunden. Die Entwicklung der Einnahmen der deutschen Eisenbahnen seit Anfang 1920 zeigt die folgende Übersicht:

Die geschätzten Einnahmen der deutschen Haupteisenbahnen und der vollspurigen Nebenbahnen.

Monat	Einnahmen aus		Gesamteinnahmen	
	Personen- und Gepäckverkehr (Mill. M.)	Güter- verkehr (Mill. M.)	überhaupt (Mill. M.)	einsehl. sonst. Einnahmen davon Reichs- eisenbahnen (Mill. M.)
1920				
1. Vierteljahr	578,9	1 589,6	2 320,2	2 325,5
2. Vierteljahr	1 042,3	2 550,4	3 713,0	3 651,3
Juli	435,5	873,6	1 344,7	1 320,9
August	471,3	859,7	1 339,6	1 358,8
September . . .	419,5	916,5	1 392,5	1 368,3
Oktober	399,6	974,0	1 425,6	1 399,9
November . . .	344,3	943,7	1 356,1	1 332,5
Dezember	358,1	1 033,4	1 466,1	1 441,2
Jahr 1920 . .	4 050,0	9 740,9	14 401,8	14 198,4
1921				
Januar	341,9	1 056,4	1 507,5	1 482,4
Februar	314,8	1 056,6	1 472,1	1 447,3

PREISE UND LÖHNE

Die Teuerung im März 1921.

Um bei der Berechnung der Lebenshaltungsindexziffern für das Reich das Verhältnis zur Friedenszeit herzustellen, wurde festgestellt, wie hoch die Ausgaben für die der Teuerungsstatistik zugrunde liegende „Normalration“ im Jahre 1913-14 gewesen wären. Für diese Untersuchungen standen zuverlässige Angaben aus verhältnismäßig nur wenigen Gemeinden zur Verfügung. Das Statistische Reichsamt mußte sich daher bei seinen Arbeiten zunächst auf 39 Städte mit städte-statistischen Ämtern beschränken.¹⁾ Dabei fanden in der Hauptsache nur Städte mit über 10 000 Einwohnern Berücksichtigung.

Um die Reichsindexziffern auf eine breitere Grundlage zu stellen, wird jetzt der Lebenshaltungsindex auf Grund der Teuerungserhebungen in jenen 47 Gemeinden errechnet, die vom „Eildienst“ zur Teuerungstatistik erfaßt werden. Diese Auswahl bietet nicht nur den Vorteil, daß durch die erfaßten Gemeinden Groß-, Mittel- und Kleinstädte, die teils vorwiegend industriellen, teils mehr landwirtschaftlichen Charakter tragen, in allen Teilen des Reiches berücksichtigt werden, sondern ermöglicht es auch, in Zukunft den Reichsindex schon kurz nach Abschluß des Erhebungsmonats vorzulegen und damit in weitestem Maße den Forderungen der Praxis gerecht zu werden. Es mag bemerkt werden, daß das Statistische Reichsamt bemüht ist, auch diese Grundlage noch zu verbreitern und eine erheblich größere Zahl von Gemeinden zu den Berechnungen heranzuziehen. Es wird dabei in erster Linie festzustellen sein, wie weit die Erhebungen aus den erwähnten 47 Orten einen Ausdruck für die Teuerungsbewegung im Durchschnitt des ganzen Reiches bieten können. Es bleibt vorbehalten, die Ergebnisse dieser Untersuchungen zu gegebener Zeit zu veröffentlichen.

In der folgenden Übersicht sind die für die Indexberechnungen grundlegenden Zahlen zusammengestellt.

Gemeinden	Teuerungs- zahl in Mark 1913/14	Gemeinden	Teuerungs- zahl in Mark 1913/14	Gemeinden	Teuerungs- zahl in Mark 1913/14
Berlin	108,62	Aachen	99,25	Herford	79,96
Hamburg	111,18	Braunschweig	80,16	Bautzen	83,02
München	106,84	Karlsruhe	96,39	Stettin	98,65
Dresden	99,74	Erlurt	79,38	Oldenburg	79,22
Breslau	98,42	Lübeck	86,68	Schweinfurt	82,84
Essen	98,12	Hagen i. Westf.	115,83	Eberswalde	87,35
Frankfurt a. M.	103,49	Ludwigshaf. a. Rh.	97,00	Wald i. Rhld.	83,16
Nürnberg	94,50	Darmstadt	86,85	Fulda	75,93
Stuttgart	103,72	Frankfurt a. O.	93,17	Straubing	89,77
Chemnitz	100,14	Sollingen	90,92	Reichenb. i. Schl.	78,61
Dortmund	102,56	Halberstadt	86,74	Auerbach i. Vogtl.	93,59
Magdeburg	88,47	Schwerin	83,07	Rastenburg	90,29
Königsberg i. Pr.	99,92	Kattowitz	92,36	Selb	85,74
Mannheim	98,59	Heilbronn	94,41	Grimma	84,93
Kiel	96,42	Böttingen	85,58	Blumenthal	76,59
Augsburg	90,53	Eisenach	87,60	Reichsdurchschn.	99,95

Diese Zahlen geben ein Bild, wie groß der Aufwand für die von der Teuerungsstatistik

erfaßten Lebensbedürfnisse im Durchschnitt des Jahres 1913-14 gewesen wäre. Herangezogen wurden zu den Berechnungen die Preise in den Monaten Oktober 1913 und Januar, April und Juli 1914. Die für die „Normalration“ notwendigen Ausgaben schwankten damals zwischen 75,93 M. (Fulda) und 115,83 M. (Hagen i. Westf.). Unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl für jede Stadt (nach sogenannten gewogenen Durchschnitten) beträgt der Reichsdurchschnitt im Frieden 99,95 M. Bemerkenswert ist, daß auch in der Vorkriegszeit die Unterschiede in den einzelnen Gemeinden recht beträchtlich sind und daß die Spanne zwischen der kleinsten und größten Teuerungszahl verhältnismäßig bei weitem den jetzt bestehenden Unterschied zwischen den beiden Grenzpunkten überwiegt.

Auf dieser Grundlage berechnet, ist die Lebenshaltungsindexziffer für März 901. Da die für Februar nach der gleichen Methode festgestellte Indexziffer ebenfalls 901 beträgt²⁾, zeigt sich, daß im vergangenen Monat keine Verschiebung in den Kosten für den notwendigen Lebensunterhalt im Vergleich zum Vormonat eingetreten ist. Angesichts der Bewegung der Indexziffern für Großhandelspreise und derjenigen für die Lebenshaltungskosten in den für unsere Volkswirtschaft wichtigen Ländern Amerika, England und Frankreich³⁾, die beide in den letzten Monaten fortgesetzte Abwärtsbewegungen anzeigten, hätte man vielleicht auch eine Abschwächung der Indexziffern für die Lebenshaltungskosten in Deutschland erwarten können. Aber im allgemeinen weisen schon die Kleinhandelspreise stetigere Verhältnisse auf als die Preise im Großhandel, die viel unmittelbarer durch die Preisbewegung im Auslande und die wechselnde Bewertung unseres Geldes beeinflußt werden. Denn je weiter sich die Ware vom Produktionsorte entfernt, je mehr Glieder sich auf dem Wege von der Erzeugung zum Verbrauch einschalten, desto unklarer und mannigfacher werden die preisbestimmenden Faktoren. Besonders schwierig liegen zudem die Verhältnisse für den Kleinhandel in Zeiten, in denen große politische Bewegungen und Entwicklungsmöglichkeiten die Unsicherheit noch vergrößern, die schon durch unsere ungünstigen Währungsverhältnisse und den wenig gefestigten Stand unserer wirtschaftlichen Lage reichlich groß ist.

¹⁾ Siehe „Wirtschaft und Statistik“, S. 19.

²⁾ Der für Februar berechnete vorläufige Index (siehe „Wirtschaft und Statistik“, S. 124) hatte 893 betragen.

³⁾ Siehe S. 172 und 179.

Im einzelnen zeigen auch die den Lebenshaltungsziffern zugrunde liegenden Teuerungszahlen im Monat März starke Uneinheitlichkeit: Nach der im Februar fast allgemeinen Abschwächung der Teuerung haben sich in vier Städten die Verhältnisse gegenüber dem Vormonat nicht verändert. In 23 Orten hat sich neuerdings eine Verbilligung der Lebenshaltung durchgesetzt, während in 20 der vom „Eildienst“ erfaßten 47 Gemeinden die im Februar eingetretene Erleichterung nicht aufrechterhalten werden konnte und eine Verschärfung des Teuerungsgrades sich durchsetzte. Bemerkenswert ist dabei, daß in den größten Städten fast überall die Teuerung gleich blieb oder sich sogar abschwächen konnte, während die Ver-

schärfung der Teuerungsverhältnisse hauptsächlich in den Städten von mittlerer Größe eintrat.

Allerdings bewegen sich die Veränderungen hier wie überhaupt in sehr engen Grenzen. Diese Erscheinung ist deshalb besonders bedeutsam, weil in den Vormonaten, besonders im vergangenen Jahre, sehr große Veränderungen von Monat zu Monat festzustellen waren. Hierin zeigt sich, wie auch die Entwicklung der Reichsindexziffer bestätigt, daß die Bewegung der Kosten für den Lebensunterhalt an einem gewissen Ruhepunkt angelangt ist.

Der erforderliche Aufwand für die von der „Normalration“ erfaßten Lebensbedürfnisse betrug im vergangenen Monat 755 M. bis 1051 M., während in der Vorkriegszeit, wie schon erwähnt,

Teuerungs- und Verhältniszahlen für 47 Gemeinden nach den Erhebungen vom Februar 1920 bis März 1921.

Gemeinden	Orts- anwesende Bevölkerung am 8. Okt. 1919 in 1000	Teuerungszahlen (in Mark) für										Verhältniszahlen*) mit Bezug auf den Februar 1920 (Die Teuerungszahl vom Februar 1920 ist = 100 gesetzt)											
		Febr.	Mal	Aug.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	März	April	Mal	Jul.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März				
		1920	1920	1920	1920	1920	1921	1921	1921	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1920	1921	1921	1921				
Berlin	1 902,5	648	884	823	903	964	960	916	913	124	141	136	143	139	139	149	148	141	141				
Hamburg	985,8	800	929	836	1037	1096	1026	948	989	112	113	116	108	118	130	137	128	119	124				
München	630,7	562	749	666	744	894	925	916	901	111	125	133	154	135	132	159	165	163	160				
Dresden	529,3	605	926	813	861	932	920	892	876	125	141	153	140	138	142	154	152	147	145				
Breslau	528,3	580	430	731	798	828	881	821	825	109	133	143	138	129	138	144	152	142	142				
Essen	439,3	717	1017	886	958	1081	951	898	893	116	127	142	144	132	134	144	133	125	125				
Frankfurt a. M.	433,0	784	1082	979	883	948	1007	993	950	112	134	138	134	105	113	121	128	127	121				
Nürnberg	352,7	547	680	710	771	776	954	928	897	109	114	124	118	137	141	142	171	170	164				
Stuttgart	309,2	580	766	713	874	885	890	845	819	114	120	132	123	139	151	153	153	146	141				
Chemnitz	303,8	628	918	882	948	997	1034	919	934	124	150	146	140	137	151	159	165	146	149				
Dortmund	295,0	715	890	780	886	910	925	873	848	117	133	125	128	117	124	127	129	132	119				
Magdeburg	285,9	524	781	712	769	864	871	862	879	114	136	149	143	189	147	165	166	165	168				
Königsberg Pr.	260,9	558	758	724	807	809	876	824	853	111	125	136	131	131	145	145	157	148	153				
Mannheim	225,6	580	970	746	876	911	895	814	823	118	167	167	150	141	151	157	154	140	149				
Kiel	205,3	580	830	813	919	897	950	902	938	110	127	143	137	156	158	172	164	156	162				
Augsburg	154,6	430	736	641	825	815	828	811	782	140	143	171	153	177	192	190	193	189	182				
Aachen	145,7	687	1016	858	979	1020	1151	994	1000	120	141	148	138	137	142	148	168	145	146				
Braunschweig	139,5	540	720	857	831	877	894	926	989	120	124	133	156	149	154	162	166	171	183				
Karlsruhe	136,0	654	849	794	802	878	920	854	836	112	133	130	126	114	123	134	141	131	128				
Erfurt	129,6	574	766	741	890	951	968	880	920	129	139	133	131	145	155	166	169	159	160				
Lübeck	113,1	595	889	776	920	976	962	866	874	135	156	149	139	146	155	164	162	146	147				
Hagen i. W.	92,9	647	944	869	1091	1037	1072	1064	1000	124	141	146	136	161	169	160	166	164	155				
Ludwigshafen	90,7	622	829	720	826	827	931	908	849	118	123	133	124	126	133	133	150	146	136				
Darmstadt	82,4	658	906	862	849	896	867	817	875	144	139	138	133	128	129	136	130	124	133				
Frankfurt a. O.	65,1	620	778	679	872	901	874	899	863	103	121	126	116	128	141	145	141	145	139				
Solingen	48,9	810	1107	896	1019	1033	1015	1032	1051	110	121	137	120	121	126	130	125	127	130				
Halberstadt	47,1	639	807	689	785	894	870	891	865	106	104	124	116	114	123	126	136	130	135				
Schwerin	45,5	516	774	688	770	801	868	888	832	107	113	150	142	144	149	155	168	162	161				
Kattowitz	45,4	562	724	596	790	941	976	966	972	123	137	129	114	119	141	168	174	172	173				
Heilbronn	44,0	504	678	662	790	794	830	814	827	114	125	134	149	130	157	157	165	162	164				
Göttingen	41,2	523	718	660	759	790	828	788	773	122	128	137	135	133	145	151	153	150	148				
Eisenach	39,2	483	750	761	814	849	800	806	849	147	149	155	172	150	169	176	166	167	176				
Herford	34,8	630	719	759	879	890	1007	947	972	113	112	114	118	133	140	141	160	150	154				
Bautzen	34,3	621	821	748	866	940	992	899	853	111	127	132	124	130	140	152	160	145	137				
Gießen	33,4	565	842	778	869	897	942	954	902	130	137	149	143	136	164	159	167	169	160				
Oldenburg	32,5	604	745	698	825	847	879	891	848	109	126	124	120	131	137	140	146	148	140				
Schweinfurt	27,8	429	699	658	787	737	788	813	773	104	120	163	131	169	184	170	184	190	180				
Eberswalde	26,8	579	809	819	846	922	908	835	824	103	114	140	137	138	146	159	157	144	142				
Wald (Rheinl.)	25,9	683	1009	781	891	970	1083	997	949	114	135	142	129	123	145	142	159	146	139				
Fulda	23,9	521	797	614	802	831	878	858	861	110	139	153	132	149	154	169	169	165	165				
Straubing	22,5	522	727	649	755	789	756	802	755	97	140	139	123	158	145	151	145	164	145				
Reichenb. Schl.	15,2	598	759	721	791	827	835	796	838	116	122	127	116	120	132	138	140	133	140				
Auerbach i. V.	13,8	675	902	812	930	961	984	923	915	127	127	133	127	127	138	142	146	137	136				
Rastenburg	13,3	475	666	664	776	835	875	847	767	106	106	138	136	140	163	176	184	178	161				
Selb	12,5	580	810	846	828	782	807	898	959	122	121	140	150	140	143	135	139	155	165				
Grimma	10,6	610	985	740	908	855	857	832	855	101	132	161	141	136	149	140	140	136	140				
Blumenthal	10,3	585	802	716	907	914	928	958	899	96	131	137	121	147	155	156	159	164	154				

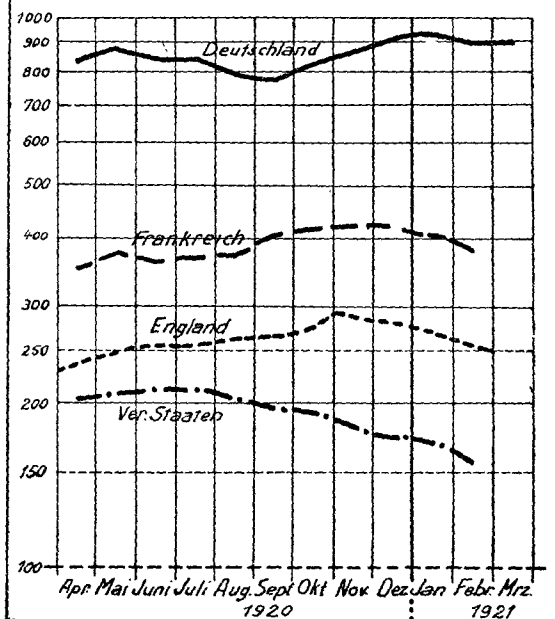
*) Die jeweils höchste Verhältniszahl ist durch Fettdruck hervorgehoben.

die dafür notwendigen Ausgaben in den verschiedenen Gemeinden zwischen 75,93 und 115,83 M. schwankten.

Während also in Deutschland in den letzten Monaten nur eine kaum merkbare Erleichterung eingetreten ist, konnte sich in Amerika, England und Frankreich der heimische Wert des dortigen Geldes wesentlich stärken.

Die Lebenshaltungskosten im Ausland.

Lebenshaltungs-Indexziffern in Deutschland, Frankreich, England und den Vereinigten Staaten Juli 1914 = 100



Lebenshaltungsziffern.

Monat	Vereinigte Staaten von Amerika Lebensmittel	England		Frankreich		Deutsches Reich Lebensmittel
		Lebensmittel	Lebensmittel Heizung Beleuchtung Wohnung Bekleidung Verschiedenes	Paris Lebensmittel	Lebensmittel Heizung Beleuchtung Wohnung Bekleidung Verschiedenes	
Juli 1914	100	100	100	100	100 ²⁾	100 ³⁾
Jan. 1920	193	236	225	290	295	—
Februar	196	235	230	297		628
März	196	233	230	339		741
April	207	235	232	358	341	836
Mai	212	246	241	378		876
Juni	215	255	250	369		842
Juli	215	258	252	373	376	842
August	.	262	255	373		795
Septbr.	199	267	261	407		777
Oktober	194	270	264	420	385	827
Novbr.	.	291	276	426		872
Dezbr.	175	282	269	424		916
Jan. 1921	169	278	265	410 ²⁾	.	924
Februar	155	263	251	382 ²⁾		901
März	.	249	241	.		901

¹⁾ Diese Zahl ist der „Labour Gazette“ entnommen; ²⁾ I. Quartal 1914 = 100; ³⁾ 1913/14 = 100.

Nach der vorstehenden Übersicht haben die Vereinigten Staaten jetzt bei weitem den Stand unterschritten, den sie bei Beginn des vorigen Jahres innehatten. Der in England für den notwendigen Lebensaufwand erforderliche Kostenbetrag war Ende Februar wieder auf die Höhe zurückgegangen, die er ungefähr im Mai 1920 erreicht hatte. Wesentlich langsamer vollzieht sich immer noch die Bewegung in Frankreich. Dort betrugen im Februar die für die Ernährung erforderlichen Ausgaben noch ungefähr so viel, wie um die Mitte des vergangenen Jahres.

Die Berechnungen der Lebenshaltungskosten durch die Städtestatistik. (Fortsetzung.)

2. Ergebnisse der Berechnungen.

Die Ergebnisse der städtestatistischen Untersuchungen sind besonders in den Fällen wichtig, in denen die Städtestatistik über die Arbeiten des Statistischen Reichsamts hinauszugehen vermag und Aufschlüsse bieten kann, die die Ergebnisse der Reichsstatistik ergänzen. So geben die Berechnungen mehrerer Ämter monatlich darüber Aufschluß, welchen Anteil die einzelnen Lebensbedürfnisse jeweils an den Gesamt-Lebenshaltungskosten beanspruchen haben. Die Städtestatistik gibt sonach, im Gegensatz zu der auf Grund der Teuerungsstatistik berechneten Lebenshaltungsziffer für das

Reich, Anhaltspunkte dafür, in welchem Maße die einzelnen Lebensbedürfnisse zu der Steigerung der Lebenshaltungskosten beigetragen haben. In der folgenden Zusammenstellung wurde für Berlin-Schöneberg, Kiel, Hannover und Nürnberg berechnet, wie sich der Aufwand für Ernährung, Heizung und Beleuchtung, Miete, Bekleidung und für alle diese Lebensbedürfnisse zusammen im Vergleich zur Friedenszeit seit Beginn des Jahres 1920 entwickelt hat. Dabei muß erwähnt werden, daß auch dieser Vergleich nur unter den bereits erwähnten Vorbehalten angestellt werden darf. Durch die Verschiedenartigkeit der Grundlagen für die Berechnungen

und der angewandten Methoden weichen auch die berechneten Verhältnisziffern teilweise nämlich nicht nur die absoluten Zahlen, sondern stark voneinander ab.

Die Steigerung der Aufwendungen für den Lebensunterhalt, getrennt nach den einzelnen Lebensbedürfnissen.

Gemeinden	1913/14	1920												1921		
		Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.	Januar	Febr.	März
Bin.-Schöneberg¹⁾																
Ernährung . .	100	878	1041	1255	1531	1704	1235	1408	1296	1235	1398	1388	1490	1439	1357	1316
Wohnung . . .	100	145	145	145	164	164	164	164	164	164	164	164	164	164	164	164
Heizg., Beleuchtg.	100	632	684	1053	1158	1158	1158	1158	1105	1158	1158	1158	1211	1211	1263	1211
Bekleidung . .	100	1197	1492	1795	1915	1675	1436	1316	1197	1197	1197	1197	1197	1197	1197	1077
zusammen	100	764	889	1111	1271	1284	1024	1067	985	963	1033	1028	1076	1054	1024	972
Kiel²⁾																
Ernährung . .	100	—	—	882	1019	1144	1187	1087	1115	1115	1289	1316	1375	1308	1256	1282
Wohnung . . .	100	—	—	125	125	125	125	125	125	125	156	156	156	156	156	156
Heizg., Beleuchtg.	100	—	—	627	718	1081	1097	1151	1151	1114	1095	1095	1100	1016	1023	1032
Bekleidung . .	100	—	—	1727	1950	1950	1864	1455	1455	1455	1805	1805	1805	1604	1604	1604
zusammen	100	—	—	735	846	949	969	885	901	898	1030	1045	1080	1017	988	1004
Hannover²⁾																
Ernährung . .	100	511	624	684	670	743	758	781	789	772	889	990	1097	1170	1074	1071
Wohnung . . .	100	122	122	122	122	122	122	122	122	122	122	122	122	122	141	141
Heizg., Beleuchtg.	100	622	736	785	858	997	997	997	997	1069	1069	1069	1094	1085	1095	1093
Bekleidung . .	100	1368	1479	1479	1396	1396	1278	1278	1208	1146	1146	1146	1146	1146	1111	1111
zusammen	100	541	631	671	666	726	721	733	730	725	788	843	905	943	892	890
Nürnberg³⁾																
Ernährung . .	100	383	485	512	659	816	955	784	791	812	904	926	958	995	972	984
Wohnung . . .	100	129	129	129	129	129	129	129	129	129	133	133	133	133	133	133
Heizg., Beleuchtg.	100	530	625	845	900	1050	1045	1050	1035	1050	1080	1080	1080	1110	1195	1225
Bekleidung . .	100	1007	1332	1739	1951	1966	1802	1588	1549	1468	1600	1673	1617	1707 ⁴⁾	1490 ⁴⁾	1247 ⁴⁾
zusammen	100	393	494	560	676	784	856	727	728	733	807	828	842	956 ⁴⁾	907 ⁴⁾	870 ⁴⁾

¹⁾ Februar 1914 = 100. — ²⁾ Juli 1914 = 100. — ³⁾ Januar 1914 = 100. — ⁴⁾ Hierbei sind außer Bekleidung auch noch Ausgaben für „Sonstiges“ mit eingerechnet, die in den früheren Monaten besonders berechnet waren.

Dank der Mieterschutzgesetzgebung haben sich in keiner der erfaßten Städte die für die Wohnung erforderlichen Ausgaben auf das Doppelte gesteigert. Der jetzt notwendige Mietaufwand ist also nur zu einem sehr geringen Teil von der außerordentlichen Preisrevolution der letzten Jahre beeinflusst. In viel stärkerem Maße haben sich die Aufwendungen für alle übrigen Teile der Lebenshaltung gesteigert, bei denen ein häufig nur wenig eingeschränktes freies Spiel der wirtschaftlichen Kräfte in weitestem Umfange alle Auswirkungen einer sich stetig steigernden Geldentwertung gestattete. Beeinflusst von der staatlichen Wirtschaftspolitik sind immerhin noch bis zu einem gewissen Grade die Aufwendungen für Ernährung, Heizung und Beleuchtung. Gänzlich losgelöst aber von jedem behördlichen Eingriff in den Produktions- und Verteilungsprozeß und dabei vollkommen abhängig von der Entwicklung unserer Verhältnisse und dem mehr oder minder günstigen Stand der wirtschaftlichen Lage in den ausländischen Produktionsgebieten ist die Bekleidungsindustrie.

Diese Verhältnisse kommen in den nach

den einzelnen Lebensbedürfnissen getrennt aufgeführten Ergebnissen der städtischen Untersuchungen deutlich zum Ausdruck. Die Preissteigerung für die Erzeugnisse der Bekleidungsindustrie übertrifft bei weitem die Teuerung für alle übrigen Teile des Lebensunterhalts. Vom Januar 1920 an ziehen die Preise für die Bekleidungsgegenstände in allen Städten außerordentlich scharf an, um im April und Mai, von Hannover abgesehen, fast 20fache Steigerungen zu erreichen. Dann erlangen die im Frühsommer des vergangenen Jahres einsetzende Besserung unserer Verhältnisse und der später in den Rohstoffgebieten gerade der Textilindustrie eintretende scharfe Konjunktumschwung als preisbestimmende Faktoren für die Bekleidungsgegenstände große Bedeutung. Bereits im August sind in Berlin-Schöneberg wieder die im Januar des vergangenen Jahres gültigen Preise erreicht, die gegenüber der Vorkriegszeit eine 12fache Verteuerung bedeuten. Etwas langsamer vollzieht sich der Rückschlag in den anderen Städten; aber überall sind am Jahresende und zu Beginn des neuen Jahres die Preise, die im Herbst vorübergehend wieder

angezogen hatten, stark unter den Höhepunkt gesunken. Im März 1921 wird in Berlin-Schöneberg die Verteuerung der Bekleidungsgegenstände auf das 10%fache berechnet, während dort zu Beginn des Jahres 1920 ungefähr das 12fache der Friedenspreise für die Bekleidung anzulegen war.

Gegenüber diesen erheblichen Schwankungen läßt die Preisentwicklung für Heiz- und Leuchtstoffe eine gerade, kaum unterbrochene Linie nach oben erkennen. Die Preisgestaltung für die Erzeugnisse unseres Kohlenbergbaus unterliegt starker behördlicher Kontrolle und ist nur mittelbar von den Konjunkturschwankungen auf dem Weltmarkt abhängig. Dadurch war es möglich, auch solange die Kohlenpreise im Auslande infolge des großen Kohlenhungers und der außerordentlich hohen Frachtsätze hemmungslos nach oben trieben, einer entsprechend wilden Steigerung der Inlandspreise entgegenzuwirken. Andererseits konnte aber auch dann, trotz der inzwischen eingetretenen Abwärtsbewegung der Weltmarktpreise, im Inlande sich kein Preisrückgang durchsetzen. Die Kohlenpreise unterscheiden sich innerhalb des Reichs nur durch die mehr oder minder hohen Frachtkosten vom Produktionsort zur Verbraucherstätte; die Verteuerung der Heiz- und Leuchtmittel ist daher in den einzelnen Städten wenig verschieden. Sie beträgt zu Beginn des Jahres 1920 ungefähr das Sechsfache der dafür im Frieden erforderlichen Ausgaben und erreicht bei Jahresschluß und im Anfang des laufenden Jahres ungefähr das 11—12fache gegenüber der Vorkriegszeit.

Besonders anschaulich wird die durch vollkommen freie oder eine mehr oder minder gebundene Wirtschaft auf die Preisgestaltung erzielte Wirkung bei den Ausgaben für die Lebensmittel. Im Jahre 1920 setzt zwar auf vielen Gebieten der Ernährungswirtschaft ein Abbau der behördlichen Organisation und Beeinflussung ein, so daß die allgemein gültigen Preisgesetze wieder ihre volle Geltung erreichen können. Wichtige Teile des Ernährungswesens — wie vor allem das Getreide — bleiben aber noch weiter der öffentlichen Bewirtschaftung unterworfen. Die Höhe der für die notwendigsten Lebensmittel erforderlichen Aufwendungen wird also einerseits durch die behördliche Preispolitik und auch durch staatliche, zur Verbilligung flüssig gemachte Mittel und auf der anderen Seite durch Weltmarktpreise und Währungsverhältnisse beeinflußt. Dementsprechend erreicht nirgends die Verteuerung der Ernährung gegenüber der Friedenszeit die außergewöhnliche Steigerung der Bekleidungsgegenstände, geht aber doch über die Vermehrung der Ausgaben

völlig bewirtschafteter Lebenserfordernisse, wie Wohnung und Beleuchtung, weit hinaus. Die Ausnahme, die hier scheinbar Hannover und vor allem Nürnberg bilden, erklärt sich dadurch, daß in beiden Städten Schleichhandelspreise zu den Berechnungen nicht herangezogen werden. Besonders hohe Steigerungen ergeben sich für diesen Teil des Lebensunterhalts gegen Jahresende, als die Zwangswirtschaft mehr und mehr gelockert wurde und sich die Inlandspreise in wachsendem Maße den Auslandsmärkten anpaßten. Berlin-Schöneberg erreicht im Dezember eine fast 15fache Verteuerung des Friedensstandes, während die Ausgaben für die Ernährung in Kiel fast auf das 14fache steigen. Im neuen Jahre gehen die Ausgaben für Ernährung nicht unwesentlich zurück, während die Verteuerung für die übrigen Lebensbedürfnisse noch gar keine oder doch nicht sehr erhebliche Abschwächungen erfährt. Die Verbilligung des Nahrungsaufwandes ist aber so beträchtlich und der Einfluß der Ausgaben für die Ernährung im Gesamthaushalt der Familie so bedeutend, daß die Indexziffer für alle wichtigen Lebensbedürfnisse durch die Verbilligung der Lebensmittel günstig beeinflußt wird.

Dem angestellten Vergleich zwischen den Ergebnissen in den verschiedenen Städten lag überall der lebensnotwendige Bedarf für eine mehrköpfige Familie zugrunde. Das Bild würde sich nicht unwesentlich verschieben, wenn man die Ausgabenhöhe nur für ein Familienglied vergleichen wollte, wofür im Gegensatz zu der Reichsstatistik Untersuchungen von Berlin, Berlin-Schöneberg, Nürnberg und Erfurt durchgeführt werden. Leider lassen sich aber gerade für diesen Teil der Berechnungen wegen der Verschiedenartigkeit der angewandten Methoden keine Vergleiche ziehen.

3. Vergleich mit den Berechnungen der Reichsstatistik.

Um einen Vergleich zwischen den einzelstädtischen Berechnungen und der Lebenshaltungsindexziffer für das Reich zu ermöglichen, wurden in der folgenden Zusammenstellung, unter Ausschaltung der von der Reichsstatistik nicht erfaßten Aufwendungen für die Bekleidung und für „sonstige“ Lebensbedürfnisse, die Ausgaben nur für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung für die Städte Berlin-Schöneberg, Kiel, Hannover und Nürnberg berechnet.

Im wesentlichen vollzog sich die Bewegung in den einzelnen Städten ebenso wie im Durchschnitt für das ganze Reich. Immerhin zeigt sich, daß der Gesamtindex für das ganze Reich etwas stetiger verläuft, daß in ihm besondere Umstände, die das Monatsergebnis in

Steigerung der Lebenshaltungskosten für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung im Vergleich zur Friedenszeit.

Gemeinden	1920												1921		
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Bln.-Schöneberg ¹⁾	616	715	878	1052	1151	884	983	913	884	977	971	1035	1006	965	936
Kiel ²⁾	—	—	652	754	865	894	838	855	851	965	982	1019	968	937	954
Hannover ²⁾ . . .	441	529	574	577	645	654	668	673	674	745	807	876	918	866	864
Nürnberg ³⁾ . . .	328	404	434	540	658	755	635	640	655	722	737	760	787	776	786
Deutsches Reich ⁴⁾	—	623	741	836	876	842	842	795	777	827	872	916	924	901	901

1) Februar 1914 = 100; 2) Juli 1914 = 100; 3) Januar 1914 = 100; 4) 1913/14 = 100.

einer einzelnen Stadt beeinflussen können, durch die Zahl der Gemeinden ausgeglichen werden und daher nicht zum Ausdruck kommen. Der Aufstieg bis zum Mai, die Ermäßigung während der Sommermonate, die neue Anspannung in Herbst und die leise Abschwächung im neuen Jahre — jene Linie, wie sie uns aus der Valutaentwicklung und den Großhandelsindexziffern bekannt ist, — wird reiner aus den Indexziffern für das ganze Reich ersichtlich als aus den Zahlen einzelner Städte. Bemerkenswert ist, daß das Maß der Verteuerung im Reich ungefähr das gleiche ist wie in Berlin-Schöneberg und Kiel. Dagegen war zu Beginn des Jahres anscheinend die Verteuerung des Lebensunterhalts im Vergleich zur Friedenszeit nach den Berechnungen der Statistischen Ämter in Nürnberg und Hannover sehr viel geringer als nach den Untersuchungen der Reichsstatistik, während die im Laufe des Jahres in diesen beiden Städten eingetretene Steigerung bedeutend größer war. Während nämlich im März des vergangenen Jahres im Reich, in Kiel und in Berlin-Schöneberg mit

einer 6—8fachen Verteuerung im Vergleich zur Vorkriegszeit gerechnet wird, erreicht sie in Hannover nur das 5¼fache, in Nürnberg gar nur das 4fache. Diese Unterschiede sind dadurch bedingt, daß in den Berechnungen dieser beiden scheinbar „billigen“ Städte keine Schleichhandelspreise in Ansatz gebracht werden. Als sich die Zwangswirtschaft mehr und mehr lockerte und dadurch Schleichhandelspreise für eine große Anzahl von Lebensmitteln unter gleichzeitiger Steigerung der allgemeinen Preislage in Wegfall kamen, mußten sich naturgemäß die Zahlen von Nürnberg und Hannover mehr als früher den Ergebnissen in anderen Städten und im Reich angleichen. Dadurch erscheint aber die Verteuerung während des Jahres 1920 in diesen beiden Städten größer als sie in Wirklichkeit war, da ja der allergrößte Teil der Bevölkerung Schleichhandelspreise anlegen mußte, also gezwungen war, sehr viel mehr für seinen Lebensunterhalt aufzuwenden, als zu amtlichen Höchstpreisen nötig gewesen wäre.

Großhandelspreise.

1.

Bewegung der Großhandelspreise wichtiger Waren im ersten Vierteljahr 1921.

Die Bewegung der Großhandelspreise im ersten Vierteljahr 1921 stand zunächst im Zeichen sinkender ausländischer Wechselkurse, also steigender weltwirtschaftlicher Kaufkraft der Mark. Das bedeutet für die deutsche Volkswirtschaft eine Periode sinkender Preise, die bereits im Dezember v. J., als die zweite Flutwelle der ausländischen Wechselkurse abzuebben begann, als allgemeine Bewegung einsetzte. Diesen von der Valuta diktierten Schwankungen sind in erster Linie die Preise der Einfuhrwaren unterworfen; aber der Einfluß der Valutabewegungen greift weiter und wird richtunggebend für die Preisbewegung einzelner im Inlande erzeugter Waren. So kosteten Rindshäute deutscher Herkunft in Frankfurt a. M. (1 Pfd.) im März des Vorjahres 25 M.; gleichlaufend mit der Bewegung der ausländischen Wechselkurse sank ihr Preis auf 8 M. im Mai-Juni und stieg mit der nun wieder einsetzenden Auf-

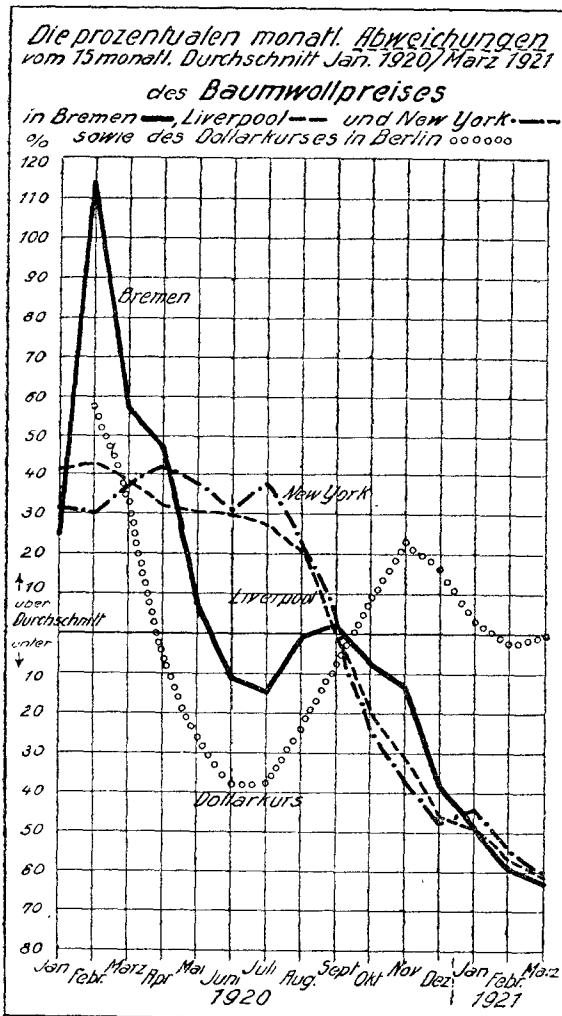
wärtsbewegung der ausländischen Wechselkurse von Juli (12 M.) bis Oktober auf 15 M.; im November betrug der Preis noch 14 M., um in seitdem ununterbrochenem Rückgange auf 7 M. im März 1921 zurückzugehen. Auch deutsches Kupfer sowie schlesisches Zink, die, wie die Rindshäute deutscher Herkunft, mit gleichartiger Einfuhrware im Inlande konkurrieren, sind in ihrer Preisbewegung den Valutaschwankungen unterworfen. (Hierzu Übersicht auf Seite 176.)

2.

Inlandspreis — Valuta — Auslandspreis Januar 1920 bis März 1921.

Will man die verursachenden Faktoren der Preisbewegung der Einfuhrwaren verfolgen, darf man nicht bei den Schwankungen der Valuta haltmachen; sie sind zwar die erste Etappe auf dem Wege der Untersuchung, doch ist darüber hinaus zunächst die Preisbewegung der gleichen Ware im Auslande zu berücksichtigen, die wiederum das Ergebnis tiefgreifender Vorgänge auf dem Weltmarkte, insbesondere

der Bewegung der weltwirtschaftlichen Kaufkraft und Warenerzeugung, d. h. des Verhältnisses von Nachfrage und Angebot in der Weltwirtschaft sind. In dem nachfolgenden Schaubilde ist die Bewegung des Baumwollpreises in Bremen, Liverpool und New-York, sowie des Dollarkurses in Berlin, und zwar die prozentuale Abweichung des Preises der gleichen Notierung in den einzelnen Monaten von dem (jeweils = 100 gesetzten) Durchschnittspreis für den Zeitabschnitt von Januar 1920 bis März 1921 dargestellt.



Die Bewegung von Baumwollpreis und Dollarkurs in Deutschland war demnach von Februar bis September 1920 in Ab- und Aufstieg durchaus gleichgerichtet. Im Oktober aber trennen sich ihre Wege; obwohl der Dollarkurs noch bis November steigt, beginnt der Baumwollpreis in Bremen nunmehr bereits seinen Abstieg, der sich im Dezember mit dem Rückgang des Dollarkurses außerordentlich beschleunigt. Dieser Bewegung ging der Sturz des Baumwollpreises in New-York und London voraus, der die preissteigernde Wirkung der noch bis November sinkenden deutschen Valuta mehr als ausglich. Der gleiche Vorgang wiederholt sich im März 1921,

Großhandelspreise wichtiger Waren Jan.—März 1921.

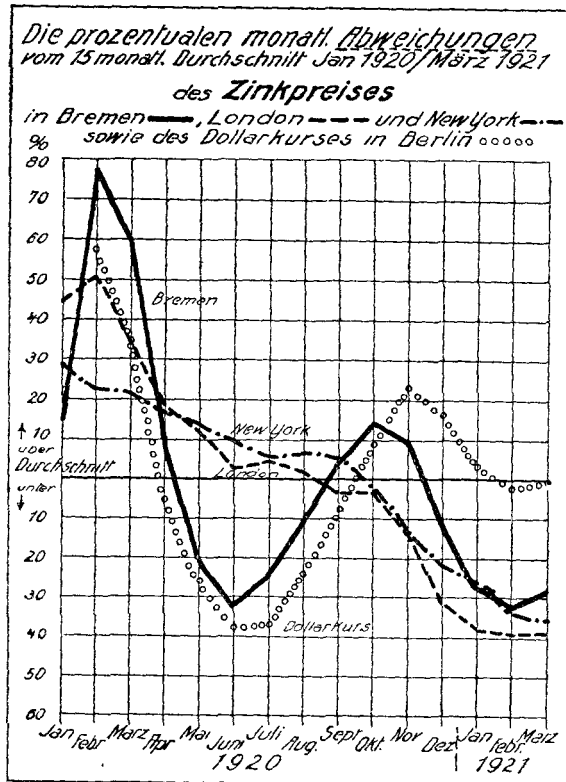
Ware	Ort	Handelsbedingung	Menge	Januar	Februar	März
1. Lebens- und Genußmittel						
Roggen	Berlin	amtlich. Höchstpr.	1000 kg	1415	1415	1415
	München	" "	"	1445	1445	1445
Weizen	Berlin	" "	"	1555	1555	1555
	München	" "	"	1585	1585	1585
Hafer	Berlin	Inländ. ab Spelch.	"	1365	1365	1365
Roggenmehl . .	Berlin	amtlich. Höchstpr.	1 dz	204,0	204,0	204,0
	München	" "	"	212,8	212,8	212,8
Weizenmehl . .	Berlin	" "	"	215,1	215,1	215,1
	München	" "	"	223,9	223,9	223,9
Gerste, Brau- .	Breslau	" "	1000 kg	1350	1350	1350
Hopfen	Nürnberg	Hallertauern o. S.	1 dz	4100	3500	2900
Kartoffeln . .	Stettin	w., ges. Speise-	1000 kg	—	790,0	770,0
Zucker (Verhr.)	Magdeburg	amtlich. Höchstpr.	1 dz	565,2	570,4	575,6
Heringe, 1919 er Vaarheringe .	Berlin	elmschl. Behinde	1/2 Faß	175,0*	175,0	175,0
Kakao, Accra Kurant .	Hamburg	unverz. Zeit	1 dz	480,0	835,0	844,0
Tee	"	verz.	1 kg	38,00	38,00	37,00
2. Textil-, Leder-, Gummi-Rohstoffe und Halbwaren						
Baumwolle, amerik. fully, Middling good color.	Bremen	loco	1 kg	25,34	20,41	18,25
Baumwollengarn, Water (Kettgarn) Nr. 12	München-Gladbach	ab Fabr. netto Ka. bei Erhalt d. Rechn.	"	48,00	39,50	36,00
Kattun, Nessel, 78 br. 20/20 Garn, 16/16 Faden	München-Gladbach	"	1 m	8,30	7,29	6,88
Cretonnes, 88 cm, 16/16 aus 20/20 Garn	Augsburg	"	"	9,25	8,00	8,89
Leinengarn, Nr. 30, Flachsgarn, engl. . .	Bielefeld	Mittelpr. zwisch. I. und II. Sorte	1 kg	40,26	40,26	40,26 ¹⁾
Rohjute, Dalsee, 2. Gruppe	Berlin	lo. Hamb., Dundee, London o. Hambg. ir. Versandstation, netto Kasse	"	8,83	7,88	7,16
Jutegarne, 6 S. Schuß (3,6 metrisch)	"	"	"	14,62	13,46	12,90
Jutegewebe, Hessian	"	"	"	16,49	14,82	12,98
Rindschäute . .	Frankf. a. M.	deutsch "	1 Pfd.	9,00	7,00	7,00
Ochschäute, Rio grande . . .	Hamburg	gesalzen	1 dz	3600	1950	1650
Kalbelle	Frankf. a. M.	versch. Herkunft	1 kg	27,00	22,00	24,00
Ziegenfelle und Heberlinge	"	"	1 Stck.	85,00	90,00	80,00
Vaches	"	"	1 kg	60,00	55,00	55,00
Sohlleider	"	gem. Gerbung	"	65,00	60,00	60,00
Boxcaif, schwarz	"	"	1 □-Fuß	20,50	19,50	19,50
Chevreaux, schwarz	"	"	"	27,50	25,00	25,00
Kautschuk, Süd-kamerun	Hamburg	netto ab Lager	1 kg	16,50	15,50	14,50
" Oberkongo I	"	"	"	21,00	20,50	19,00
3. Bergbaurzeugnisse						
Eisen, Gießerei- . .	Breslau	ab Werk	1000 kg	1725	1725	1725
" Bessemer Roh-	Do. Imund	ab Siegen	"	1899	1899	1899
Blei, Orig. Welch-	Berlin	"	1 dz	528,1	488,1	480,7
Blei, rheln. dopp., raff. in Blöcken	Frankf. a. M.	ab Hüttenstation pro. alt Hambg., Brem. od. Rotterd.	"	568,5	473,7	461,7
Kupfer, Elektrolyt- (whears)	Berlin	"	"	1942	1827	1783
Kupfer, deutsch, dopp. raff., in Pl. u. u. Bl	Frankf. a. M.	ab Hütte	"	1800	1830	1740
Zinn, Originalhüttenroh-	Berlin	Pr. im fr. Verkehr, ab Hütte od. Lager	"	587,3	547,0	581,6
" gutes schlesisches	Breslau	ab Hütte	"	633,0	598,0	620,0
Zinn, Banka-, Strals-, Billiton	Berlin	Berlin mindestens 99%	1 dz	5311	4606	4296
Zinn, Hütten-, Banka	Frankf. a. M.	ab holl. Lagerplatz	"	4931	4061	3862
Aluminium, Originalhütten- 98/99% in gekerbten Blöcken	Berlin	ab Hütte od. loco Groß-Berlin	"	4710	4685	4415
Reinnickel, Nickel 98/99%	Berlin	loco Hamburg od. Groß-Berlin	"	2928	2740	2706
Antimon-Regulus	"	lo. Hambg. od. Berl.	"	4344	4193	4176
Petroleum	Deutsches Reich	eiserna Fässer	1 dz m. Faß	808,0	720,0	679,8
Steinkohlen Oberschl. Stück-, Würfel-, Nuß l. . . .	Berlin	frei Bahnhof	1000 kg	779,0	779,0	652,0 ²⁾
Niederschl. Gas- (Glückhillsgrube) . .	Breslau	Grubenpreis	"	263,5	263,5	263,5
Braunkohlen Niederlausitzer Industrie-briketts	Berlin	frei Bahnst. Berlin	"	283,0	288,0	288,0
Industrie-Nußbriketts .	Dresden	Lief. frei v. d. Haus	"	209,5	225,1	225,1
	"	"	"	293,0	305,0	305,1

*) Vom 14. Januar ab.

1) Vorläufiger Preis. — 2) Vom 16. März ab.

indem der deutsche Baumwollpreis wiederum trotz steigenden Dollarkurses infolge der weiter stürzenden Auslandspreise für Baumwolle unentwegt seinen Rückgang fortsetzt.

Der Zinkpreis in Berlin ist, wie das zweite Schaubild zeigt, zunächst, und zwar bis Oktober 1920, in



seiner Bewegung ganz den Schwankungen des Dollarkurses angepaßt; auch er sinkt ferner (im November) unter dem Einfluß des ausländischen Preissturzes, bevor der Dollarkurs (im Dezember) zurückgeht. Als aber im März der Zinkpreis in New-York mit 4,80 c gegen 4,96 (p. lb.) und in London mit 25,50 £ gegen 25,28 £ (p. t.) im Februar fast gleich blieb, genügte die leichte Hebung des Dollarkurses in Berlin von 61,24 M. im Februar auf 62,38 M. im März, um einen bereits merklichen Ausschlag des deutschen Zinkpreises in Berlin nach oben von 547 M. (im Februar) auf 581,55 M. (p. dz) auszulösen. Bezeichnend ist hierbei, daß auch das deutsche Erzeugnis, und zwar gutes schlesisches Zink in Breslau in seinem Preise (ab Hütte) die gleiche Bewegung aufweist. Der Breslauer Zinkpreis stieg in diesen Monaten von 598 M. auf 620 M.

3.

Börsenpreise im März und Anfang April 1921.

Die Bewegung der Börsenpreise im März und in der ersten Hälfte des Monats April steht noch ganz unter dem Drucke des internationalen Preissturzes; nur einzelne Waren machen von der allgemein abwärts gerichteten Gesamtbewegung eine Ausnahme, so insbesondere der Kupfer- und der Bleipreis, die in Berlin, New-York und London, zum Teil

unter Schwankungen wieder anzogen, sowie ferner der Preis von Silber und der Baumwollpreis, der an den letzten Notierungsterminen namentlich in New-York weiter gestiegen ist. (Vgl. Übers. S. 178.)

4.

Zur Weltwirtschaftskrisis.

Im Januar d. J. wies ein englischer Wirtschaftspolitiker darauf hin, daß die Produktionskapazität Groß-Britanniens sich gegen die Vorkriegszeit um 50 v. H. erweitert habe, und daß ein Land mit derartigen Erwerbsmöglichkeiten sich nicht lange im Zustande der wirtschaftlichen Depression befinden könne. Demgegenüber berichtete der Präsident des (englischen) Bundes der Industriellen im März an den Premierminister, daß die englische Industrie gegenwärtig einen schweren Existenzkampf führe, und daß die kommenden 12 Monate die kritischsten in der englischen Wirtschaftsgeschichte sein würden. Die Wiederbelebung der Industrie sei die vornehmste Aufgabe der Regierung; sie sei wichtiger als die Verminderung der Schulden, denn die fortschreitende steuerliche Belastung müsse das Unternehmungskapital immer mehr schwächen. Gleichzeitig dauert die Arbeitslosigkeit in England (Anfang März 1,5 Million. Arbeitslose) bei weiter rückläufigem Handel unverändert an, und gegenwärtig wird die englische Volkswirtschaft durch die schwerste Arbeitskrisis heimgesucht, die ihre tiefer liegenden Ursachen, wie die infolge des Preissturzes drohenden Lohnreduktionen, ebenfalls in der allgemeinen krisenhaften Wirtschaftslage Groß-Britanniens hat.

In den Vereinigten Staaten von Amerika ist die wöchentliche Förderung von Erdpechkohle seit Anfang Januar von 11 Millionen auf 7,3 Millionen t in der letzten Februarwoche, die tägliche Roheisenerzeugung von 77 945 t im Januar, der bisher geringsten Leistung seit dem Stahlstreik im Jahre 1919, weiter auf 69 187 t im Februar gesunken. Am 1. März waren nur noch 153 Hochöfen gegen 184 im Vormonat im Betrieb. Die Baumwollpflanzung wird um ein Drittel verringert. Der Viehbestand auf den Farmen hat gegen das Vorjahr 10 Millionen Tiere verloren und die großen Käufe von Grassaat im Westen deuten darauf hin, daß die Farmer in steigendem Grade den Körnerbau durch Graswirtschaft ersetzen werden. Für 1921 wird mit einer allgemeinen weitgehenden Einschränkung der volkswirtschaftlichen Erzeugung gerechnet.

Somit ist die Rückbildung der weltwirtschaftlichen Produktion in vollem Gange. Wenn die Weltwirtschaft etwa auf diesem Wege eine „Heilung“ aus der nummehr ein Jahr andauernden Wirtschaftskrisis sucht, so muß und wird letzten Endes die internationale Arbeiterschaft mit einer dauernden Arbeitslosigkeit in bisher ungeahntem Umfange die weltwirtschaftlichen Folgen der verschiedenen Friedensdiktate zu tragen haben; und dieser Weg wäre unvermeidlich, wenn nicht noch in letzter Stunde eine andere Lösung der Reparationsfrage gefunden würde, eine Lösung, die geleitet ist von dem sozial-individualistischen Grundsatz der freien und größtmöglichen Energieentfaltung aller integrierenden Glieder des Weltwirtschaftskörpers. Nur durch die solidarische Anerkennung dieses Grundsatzes für alle Volkswirt-

Börsenpreise. März und Anfang April 1921.

Ware	Ort	Handels- bedingung	Währung und Menge	Friedens- preis Ende 1913	März					April	
					2. 3. 21.	9. 3. 21.	16. 4. 21.	23. 3. 21.	30. 3. 21.	6. 4. 21.	13. 4. 21.
1. Lebens-, Futter- und Genußmittel.											
Weizen	New-York	Roter Winterw.	c. p. bsh.	100%	195,00	194,50	184,00	174,00	174,00	165,00	153,00
"	Buenos-Aires	"	fab. P. \$ p. 100 kg	8,10	17,35	17,95	17,10	17,05	17,30	16,60	—
Roggen	Chicago	p. erstnot. Monat	c. p. bsh.	70,00	143,75	143,75	139,50	136,75	134,00	129,75	114,50
Mais	New-York	loco	c. p. bsh.	—	88,00	88,75	86,00	79,75	77,00	73,25	70,25
"	Antwerpen	La Plata	—	13,40	67,50	70,00	—	—	70,00	69,00	—
"	Berlin	ab Station	M. p. 50 kg	ca. 7,50	145,00	149,00	138,00	—	125/126	109,00	127,00
Mehl	New-York	spring wheat clear	c. p. lb.	3,80	6,5/7,5	6,5/7,5	6,25/7,25	6,0/7,0	6,0/7,0	6,0/7,0	6,0/7,0
Viktorla- erbsen	Berlin	ab Station	M. p. 50 kg	8,5/9,5	140/150	130/140	130/145	130/140	125/136	120/125	120/128
Kartoffeln	"	weiß., rote u. gelbfleisch.	"	—	38—40	37—40	37—40	38—40	38—40	38—40	37—40
Raps	"	ab Station	"	—	250	250/255	240	230	210/220	200/210	180/190
Leinsaat	"	inländ. ab Station	"	—	250/260	250/260	240/260	230/260	220/240	210/240	190/220
Wiesenheu	"	lose, ges., trocken ab Station	"	—	22—25	21—23	19—21	20—22	20—22	20—22 *	19—20 *
Stroh	"	drahtgebündelt ab Station	"	—	18,5/19,5	18,5/19,0	17,5/18,0	17,5/19,5	18,0/20,0	20,0/22,0	20,0/21,5
Schmalz	New-York	prima Western	c. p. lb.	10,42	12,92	12,87½	12,20	12,40	12,00	11,20	10,67½
Margarine	Rotterdam	Nordamerik. Extra	"	55—58	—	87—96	—	—	—	—	—
Kaffee	New-York	Rio Nr. 7 loco	c. p. lb.	9,00	6,50	6,37	5,44	6,12	6,62	6,37	6,19
2. Textil-Rohstoffe und Halbwaren.											
Wolle	London	Austral. scoured. Merino superior	sh. p. lb.	2/11½— 2/23½	3—3/6	3—3/6	3—3/6	3—3/6	3—3/6	—	—
Baumwolle	Bremen	amerikan.	M. p. kg	1,29	17,75	18,00	18,25	18,50	18,50	17,00	18,00
"	New-York	amerik. loco	c. p. lb.	12,75	11,20	11,90	11,70	12,55	12,25	12,05	12,30
"	New-Orleans	amerik. loco	c. p. lb.	—	11,00	11,00	10,75	11,50	11,50	11,00	11,25
"	Liverpool	amerik. good middl. p. Berichtsmon.	d. p. lb.	6,68	6,76	7,35	7,49	8,04	8,02	7,20	7,87
Jute	London	first marks	£ p. t.	35,10	31	31	32	32	32,1—33	—	—
Rohseide	im deutschen Großverk.	Organzin 20/22	M. p. kg	46,00	875,00	875,00	800,00	—	—	—	—
3. Bergbauerzeugnisse.											
Platin	London	"	sh. p. ounce	—	380	380	380	—	380	380	380
"	Hamburg	"	M. p. gr.	—	110/120	120/125	122/127	122/127	122/127	122/126	123/128
Silber	New-York	ausländisches loco	c. p. ounce	57½	54,00	54,12	55,75	56,87	57,50	57,62	59,87
"	London	"	d. p. ounce	269/16	31,50	31,62	32,50	—	33,37	33,25	34,87
"	Hamburg	ca. 900 Preis f. fein 1000/1000	M. p. kg	77½	940,00	960,00	935,00	945,00	940,00	925,00	970,00
Eisen	New-York	Northern Nr. 2	\$ p. t.	15,00	29,00	28,00	28,00	27,00	27,00	27,00	25,00
Schrott	Deutschland	Kernschrott im fr. Verkehr	M. p. t.	46—48	725/760	725/750	720/730	680	675	600	—
Kupfer	New-York	Elektrolyt	c. p. lb.	15,00	12,62	12,50	12,25	12,37	12,57	12,75	12,75
"	London	"	£ p. t.	64½	73—74	70—71	70,5—71,5	—	72,5—74	71,5—73,5	72,5—73,5
"	Berlin	"	M. p. dz.	ca. 186	1823	1837	1772	1763	1818	1782	1790
Blöl	New-York	"	c. p. lb.	4,15	4,00	4,00	4,00	4,00	4,10	4,25	4,25
"	London	engl. Kasse	£ p. t.	18½	48,35/49,00	48,25/48,92	48,87/49,12	—	20/20,5	20/20,6	20,8/21,4
"	Berlin	Orig. Hüttenweichebl. ab Lag.	M. p. dz.	34—35	455/460	490/500	475/480	485/490	500/510	485/490	505/510
Zink	New-York	"	c. p. lb.	5,325	4,82	4,82	4,82	4,72½	4,70	4,67	4,65
"	London	prompt	£ p. t.	21½	53,5/54,75	50/54,25	55,5/58,12	—	24,25/26	24,75/26	25,5/26,5
"	Berlin	Hüttenroh-zink im freien Verkehr	M. p. dz.	46,00	550/560	580/590	575	590/600	640/650	610/620	640
Zinn	New-York	Rohzinn	c. p. lb.	30,00	19,62	27,37½	27,87½	29,37½	29,50	28,75	29,37½
"	London	Straits per Kasse	£ p. t.	169½	155,75	148,25	153,12	—	159,62	154,75	157,25
"	Berlin	Banka Straits	M. p. kg	4,27	44,50	43,5/44,0	42,5/43,0	42,50	44,50	40,50	44,00
Aluminium	"	Orig.-Hüttenaluminium in Walz- od. Drahtbarren	M. p. kg	1,60	27,5/28,0	28,50	28,25	26,5/28,0	27,25/28,0	26,5/27,0	26,5/27,0
Petroleum	New-York	Standard white	c. p. gall.	8,50	20,50	19,50	19,50	19,50	19,50	18,50	18,50

Wo die Tagesnotierung nicht zu erlangen war wurde nächstliegende Notierung eingesetzt. — * Nur Heu.

schaften und seine aufrichtige Verwirklichung kann und wird die Hauptursache der gegenwärtigen Krisis, die Unterkonsumtion Mittel- und Osteuropas, und mit ihr die Krisis selbst überwunden werden.

Der internationale Preissturz hat im März, wenn auch nicht mit gleicher Schärfe wie bisher, angehalten. Bradstreets Indexziffer für die Vereinigten Staaten von Amerika ist Anfang März (in der Übersicht Februar) um weitere 5 Punkte, die englische Indexziffer des „Economist“ um 3 Punkte zurückgegangen.

Der deutsche Preisspiegel senkte sich nach der

Ziffer des Statistischen Reichsamts von 1231 im Februar auf 1206 im März, nach der Ziffer der Frankfurter Zeitung in den gleichen Monaten von 1495 auf 1440 und nach der für Anfang April berechneten gleichen Ziffer auf 1428. Offensichtlich ist also auch in Deutschland eine Verlangsamung des Preisrückganges eingetreten. Die sich aufdrängende Frage, ob der allgemeine Preissturz sich nunmehr seinem Tiefpunkte nähert, kann aber angesichts der völlig unsicheren und vor den tiefgreifendsten Entscheidungen stehenden Weltwirtschaftslage nicht erörtert werden.

Indexziffern von Warenpreisen im Großhandel

April 1920 bis März 1921. (1913 = 100) — Vergleiche hierzu auch die einschlägige Tafel in den „Deutschen Wirtschaftskurven“.

Länder		1920										1921		
		April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Deutschland	Stat. R. A.	1252	1203	1086	1176	1166	1225	1308	1373	1319	1260	1231	1206	
	Frankf. Ztg. ¹⁾	1604	1714	1473	1516	1549	1582	1604	1670	1681	1626	1495	1440	
Ver. Staat. v. Amerika	Bradstreet	225	216	210	204	195	184	170	148	138	134	129	.	
England	Economist	306	305	291	293	288	284	266	245	220	209	192	189	
Frankreich	Stat. Gén.	588	553	493	496	501	526	503	460	434	407	376	.	
Italien	Bacchi ²⁾	664	660	632	604	625	656	659	670	655	642	611	.	
Holland	Cent.B.f.Stat.	297	298	298	302	290	289	284	261	234	213	201	.	
Schweiz	N. Zür. Ztg.	³⁾ 234	228	218	
Dänemark	Finanztid.	.	.	383	385	394	398	403	374	341	290	280	.	
Schweden	Sv. Handelstid.	354	361	366	363	365	362	346	331	299	267	250	237	
Norwegen	Ök. Rev.	354	368	382	409	417	425	419	403	377	344	319	.	
Japan	Bk. of Jap.	300	248	255	240	235	231	226	221	206	201	195	.	

¹⁾ Umgerechnet auf Grund der Übersicht im Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 172 v. 6. 3. 21. Die Ziffern beziehen sich jeweils auf den Anfang des Berichtsmonats. — ²⁾ Nach „Statist“; die Ziffern stimmen mit dem in Heft 3, S. 132 gegebenen nicht überein. — ³⁾ Anfang des Monats.

Vom Erzeuger- zum Verbraucherpreis.

Zur Entwicklung der Verteilungskosten im Fisch- und Fleischhandel.

Erzeuger- und Verbraucherpreis einer Ware bezeichnen Anfangs- und Endpunkt auf dem Wege der Zielerreichung der Produktion. Dem Handel ist die volkswirtschaftliche Aufgabe gestellt, die erzeugte Ware dem Verbraucher unter Ausschaltung jedes verteilungswirtschaftlichen Leerlaufes auf kürzestem Wege zuzuführen. In je höherem Grade der Handel dieser Aufgabe entspricht, je enger also Erzeugung und Verbrauch durch zweckmäßige Organisation des Handels verteilungswirtschaftlich miteinander verbunden sind, um so näher müssen Anfangs- und Endpunkt der Zielerreichung oder ihre Anzeiger, der Erzeuger- und Verbraucherpreis einer Ware einander stehen. Während die Zielerreichung in der Industrie durch die verschiedenen Stadien der Weiterverarbeitung in einzelne Teilabschnitte zerlegt und hierdurch verschleiert wird, liegt die Frage der verteilungswirtschaftlichen Verbindung von Erzeugung und Verbrauch einfacher und klarer in denjenigen Produktionen, deren Urerzeugnisse als fertige Frischwaren umgehenden Absatz und Verbrauch ohne weitere Verarbeitung, also schnellste Zielerreichung, erfordern.

1.

Großhandels- und Kleinverkaufspreise wichtiger Seefische im Jahre 1920.

Die Bewegung der Großhandels- und Kleinverkaufspreise von Seefischen im Jahre 1920 vermag für die angedeuteten Zusammenhänge gewisse Anhaltspunkte zu geben. Bis Ende Mai 1920 wurden die gefangenen Mengen durch die Reedereien nach einem Verteilungsschlüssel auf die verschiedenen Städte zu einem festgesetzten Preise (Verteilungspreis) verteilt. Seit Anfang Juni 1920 ist die freie Auktion und damit die freie Wirtschaft im Fischhandel wiederhergestellt. In der nachfolgenden Übersicht wurden den aus Menge und Erlös für die Plätze Geestemünde, Cuxhaven und Hamburg gebildeten durchschnittlichen Verteilungs- bzw. Auktionspreisen von Schellfisch (groß) die Kleinhandelspreise dieser Fischart in einigen Städten gegenübergestellt. Ferner wurde der Unterschied zwischen Verteilungs- bzw. Auktionspreis und Kleinverkaufspreis im Durchschnitt je eines Vierteljahrs errechnet. Dabei wurde angenommen,

daß die Kleinverkaufspreise zeitlich mit den monatlichen Auktionspreisen zusammenfallen, und daß etwaige Abweichungen hiervon im Vierteljahrsdurchschnitt einigermaßen ausgeglichen werden.

Zwischen dem festgesetzten Verteilungs- bzw. dem Auktionspreise an der Küste und dem Klein-

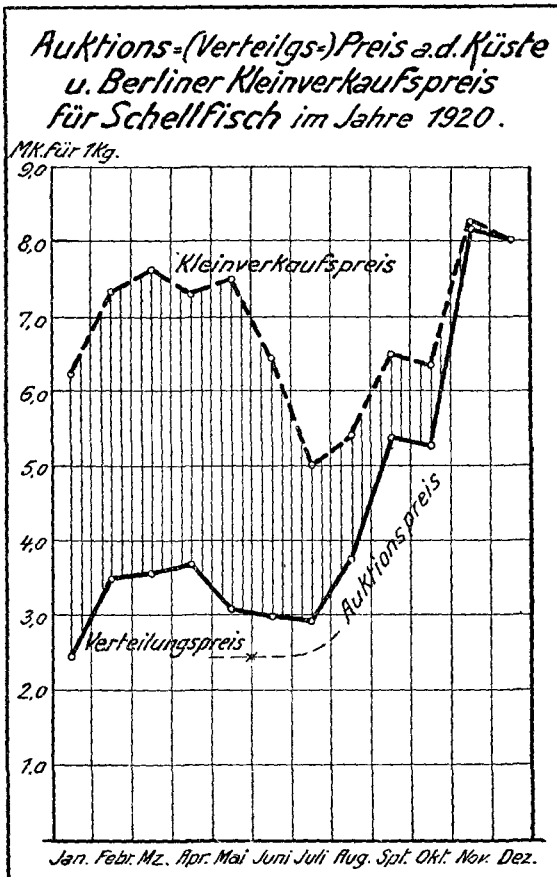
verkaufspreise liegen die volkswirtschaftlichen Verteilungskosten. Diese erhalten in dem Abstand zwischen Verteilungs- bzw. Auktionspreis und Kleinverkaufspreis ihren zahlenmäßigen Ausdruck und vermögen Anhaltspunkte für die Verteilungs- und Preisgebarung im Seefischhandel zu geben.

**Kleinhandelspreise und Auktionspreise an der Küste
für Schellfisch (groß) im Jahre 1920.
(1 kg in M.)**

**Abstand von Auktions-
und Kleinverkaufspreis
für Schellfisch (groß) im
Durchschnitt der Viertel-
jahre (M.).**

Städte	Schellfisch (groß)												Schellfisch (groß)			
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	I.	II.	III.	IV.
													Vierteljahr			
Kleinhandelspreise:																
Berlin	6,22	7,34	7,62	7,30	7,48	6,44	5,00	5,40	6,50	6,34	8,26	8,02	3,90	3,84	1,63	0,40
Leipzig	7,00	7,00	7,00	6,00	7,20	6,00	6,00	7,00	8,00	8,00	10,00	9,00	3,84	3,17	3,00	1,86
Dortmund	6,00	5,40	5,00	4,80	4,80	5,00	4,00	4,00	6,40	6,80	7,20	7,20	2,31	1,64	0,80	— 0,08
Halle	4,40	5,60	5,80	5,80	6,40	5,00	5,00	5,60	7,20	7,60	7,80	8,40	2,11	2,50	1,93	0,79
Dresden	4,36	5,02	6,66	6,94	6,98	6,04	5,38	6,16	8,00	7,50	8,72	9,08	2,19	3,42	2,51	1,29
Hannover	4,96	6,00	6,50	5,75	6,15	8,05	5,75	8,05	9,75	7,80	9,20	11,95	2,66	3,42	3,85	2,51
Mannheim	5,00	7,00	7,00	7,00	7,60	8,00	7,20	7,60	9,00	9,00	11,00	11,00	3,13	4,30	3,98	3,19
Bremen	4,15	5,45	5,60	6,00	5,90	5,53	4,90	5,90	6,70	7,20	10,00	9,00	1,91	2,58	1,83	1,59
Hamburg	2,90	3,60	3,80	5,20	5,20	5,00	3,60	4,00	4,60	5,20	7,20	7,00	0,28	1,90	0,07	— 0,68
Auktionspreise¹⁾ an der Küste	2,45	3,47	3,55	3,67	3,06	2,96	2,90	3,74	5,36	5,26	8,16	8,01	—	—	—	—

¹⁾ Ermittelt aus Menge und Erlös für die Plätze Geestmünde, Hamburg und Cuxhaven. Bis Mai 1920 Verteilungspreis, ab Juni Auktionspreis.



Der Vergleich von Verteilungs- bzw. Auktionspreis und Kleinverkaufspreis im Handel mit Schellfisch ergibt zunächst sinkende Verteilungskosten in den Städten Berlin, Leipzig, Dortmund und Halle. In Berlin belief sich der Abstand von Verteilungs- und Kleinverkaufspreis im ersten Vierteljahr 1920 auf 3,90 M., wogegen im letzten Vierteljahr der Unterschied von Auktionspreis an der Küste und Kleinverkaufspreis nur 0,40 M., oder, wie auch die graphische Darstellung veranschaulicht, im Dezember 1920 nur noch 0,01 M. betrug. Hier entsprechen also der planwirtschaftlichen Verteilung im ersten Wintervierteljahr 1920 hohe, der freiwirtschaftlichen Verteilung im zweiten Wintervierteljahr 1920 niedrige Verteilungskosten. Allerdings besteht die Möglichkeit, daß in den genannten Städten der Bedarf an Schellfischen im ersten Vierteljahr 1920 nicht zu den Verteilungspreisen gedeckt werden konnte, sondern daß vielmehr der Verteilungspreis für diese Städte nur nominelle Bedeutung hatte, und der Kleinhandel in Wirklichkeit gezwungen war, zur Deckung seines Bedarfs höhere Preise zu zahlen. Dann wäre die Verringerung des Abstandes von Verteilungs- bzw. Auktionspreis und Kleinverkaufspreis in diesen Städten nach Aufhebung der Zwangswirtschaft nur scheinbar. Die gegen Ende des Jahres in Berlin fast verschwindende Verdienstschanne zwischen Auktionspreis (an der Küste) und Kleinverkaufspreis indes kann darin ihren Grund nicht mehr haben. Hier scheint der Kleinhandel Bedingungen unterworfen zu sein, die ihm einerseits nicht gestatten, über einen bestimmten Preis hinauszugehen, andererseits aber nicht in die Lage versetzen, auf den Großhandelspreis ermäßigend zu wirken. Im übrigen ist

die Frage des Fischverbrauchs eng mit derjenigen des Fleischverbrauchs verquickt. Der Wettbewerb des Fleischverbrauchs machte sich im Fischhandel namentlich in den Städten geltend, in denen die zwangswirtschaftliche Verteilung von Fleisch und Fleischwaren straff durchgeführt war, und ihre Aufhebung zunächst eine merkbare Umstellung des örtlichen Verbrauchs auf einen erhöhten Genuß von Fleisch und Fleischwaren zu ungunsten des Fischverbrauchs zur Folge hatte.

Offenbar unter dem vorwiegenden Einfluß der Temperaturen bewegen sich die Verteilungskosten im Schellfischhandel in Dresden, Hannover, Mannheim, Bremen; denn in diesen Städten entsprechen niedrigen Verteilungskosten in den Wintervierteljahren höhere Verteilungskosten in den Sommervierteljahren. So betrug in Hannover beim Schellfisch der Abstand von Verteilungs- bzw. Auktionspreis an der Küste und Kleinverkaufspreis in den beiden Wintervierteljahren 2,66 M. (I) und 2,51 M. (IV), in den beiden Sommervierteljahren jedoch 3,42 M. (II) und 3,85 M. (III). Die Ziffern dürften für diese Städte die höheren Kosten der Frischerhaltung der Fischwaren im Sommer gegenüber den geringeren Kosten im Winter zum Ausdruck bringen. Es darf daher angenommen werden, daß hier im Gegensatz zu den erstgenannten Städten der Bedarf an Schellfischen im wesentlichen zu den an der Küste ermittelten Verteilungspreisen gedeckt werden konnte.

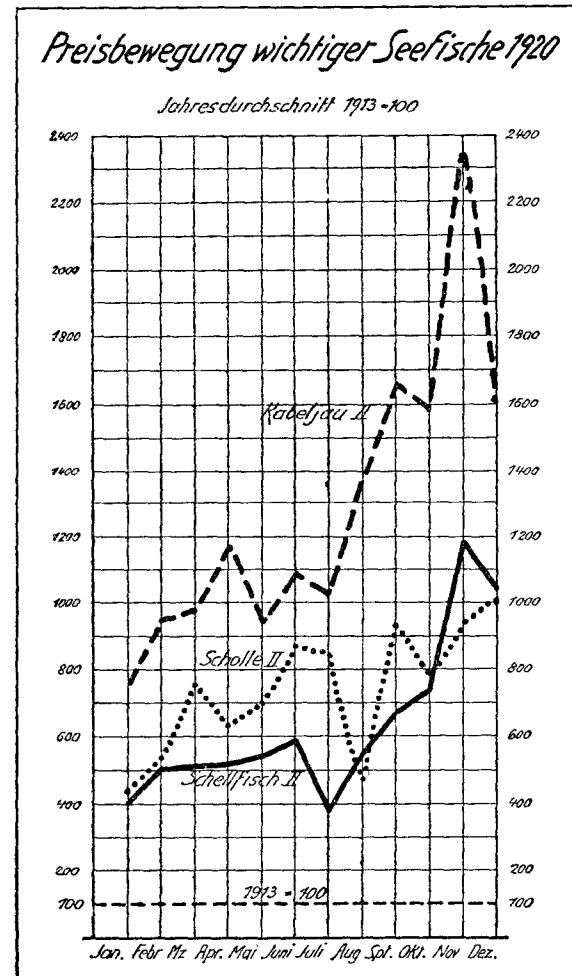
Beim Verkauf von Kabeljau und Schollen ergeben sich in einigen Städten steigende Verteilungskosten. Ob diese mit dem Hinweis auf steigende Löhne, Material- und Frachtkosten hinreichend erklärt sind, bleibe dahingestellt. Möglich ist auch, daß in diesen Fällen eine höhere Aufnahmefähigkeit des örtlichen Marktes für die genannten Fischarten dem Kleinhandel eine steigende Verdienstschanne gestattet.

Gegenüber dem Friedensjahre 1913 ergibt sich nach der folgenden Übersicht im Durchschnitt des Jahres 1920 für Schellfische in Hamburg eine 5,5 bis

Preisbewegung wichtiger Seefische in Hamburg 1920. (Monatsdurchschnittspreise für das Pfund in Mark.)

Monat	Schellfisch				Kabeljau Größe II	Scholle Größe II
	I	II	III	IV		
Januar ..	1,38	1,11	0,95	0,83	0,94	1,70
Februar ..	1,75	1,39	1,19	1,05	1,18	2,10
März ...	1,76	1,41	1,19	1,00	1,22	2,99
April ...	1,78	1,43	1,20	1,03	1,46	2,46
Mai	1,50	1,48	1,28	1,00	1,17	2,72
Juni ...	1,70	1,60	1,35	1,18	1,35	3,40
Juli	1,23	1,04	0,98	0,91	1,27	3,35
August ..	1,91	1,50	1,33	1,00	1,70	1,88
September	2,16	1,84	1,76	1,38	2,06	3,67
Oktober ..	2,31	2,03	1,67	1,27	1,96	3,06
November	3,45	3,25	2,69	2,09	2,90	3,67
Dezember	3,31	2,87	2,61	1,82	1,99	3,94
1920	1,91	1,68	1,41	1,24	1,41	2,78
1913	0,345	0,275	0,213	0,166	0,124	0,399
1913 = 100.						
1920	553,6	610,9	661,9	746,9	1137,1	707,4

7,5fache, für Kabeljau eine 11,4—15,6fache und für Schollen eine 6,7—8,4fache Steigerung der Großhandelspreise. Insbesondere haben sich die Preise für Seefische in der zweiten Hälfte des Jahres 1920 dem allgemeinen Teuerungsgrade angeglichen; und zwar erreichte der Schellfischpreis, wie auch aus der graphischen Darstellung über die Bewegung der Fischpreise in Hamburg hervorgeht, im November 1920 das 11,8fache, der Kabeljaupreis das 23,4fache



und der Preis für Schollen im Dezember 1920 das 10fache des Friedensstandes. Der deutsche Verbraucher war daher im allgemeinen nicht in der Lage, die ihm durch die notwendige Rationierung und auch gegenwärtig noch durch die hohen Preise aufgezwungene Einschränkung des Fleischkonsums im wünschenswerten und notwendigen Umfang durch eine Steigerung des Fischverbrauches auszugleichen.

2.

Vieh- und Fleischpreise in Berlin, Magdeburg und Düsseldorf, Oktober 1920 bis März 1921.

Weniger einfach als bei den Seefischen liegt die Frage der Verteilungskosten beim Fleisch. Denn hier

handelt es sich nicht um eine von der Uerzeugung ohne Weiterverarbeitung gelieferte Fertigware, vielmehr sind die Verteilungskosten beim Fleisch von dem Rohstoff, also dem Viehpreise über den Großhandels- zum Kleinverkaufspreise zu verfolgen. Großhandels- und Kleinverkaufspreise bezeichnen aber Etappen der Weiterverarbeitung zur verbrauchsfertigen Ware. Der Abstand zwischen Viehpreis und Fleischpreis im Großhandel, sowie zwischen Großhandels- und Kleinverkaufspreis kann daher einen durch die Material-, Werkzeugs- und Arbeitskosten gegebenen Betrag auf die Dauer nicht unterschreiten.

In der nachfolgenden Übersicht werden die Rinder- und Schweinepreise jeweils den Großhandels- und Kleinverkaufspreisen für Rind- und Schweinefleisch in den Städten Berlin, Magdeburg und Düsseldorf in den Monaten Oktober 1920 bis März 1921 gegenübergestellt¹⁾.

**Vieh- und Fleischpreise
im Juli 1914 und Oktober 1920 bis März 1921.**

Städte	Juli 1914	1920			1921		
		Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
A. Rinder- und Rindfleischpreise (1 kg=M.)							
Berlin							
Lebendgewichtpr.	0,86	12,05	12,72	13,54	14,32	13,47	13,21
Großhandels-							
fleischpr.	1,20	22,75	24,13	25,05	26,22	24,75	23,63
Kleinverkaufspr. ¹⁾	1,66	29,80	36,00	36,00	29,33	29,00	27,33
Magdeburg							
Lebendgewichtpr.	0,87	12,61	13,42	14,55	14,72	13,86	13,62
Großhandels-							
fleischpr.	1,30	21,21	21,92	23,38	24,91	24,04	23,63
Kleinverkaufspr. ¹⁾	1,79	28,00	30,00	29,67	29,71	29,72	.
Düsseldorf							
Lebendgewichtpr.	—	15,69	16,73	16,78	17,16	15,13	14,50
Großhandels-							
fleischpr.	1,35	23,55	24,23	24,73	24,92	24,46	22,95
Kleinverkaufspr. ²⁾	—	30,67	34,67	34,67	31,43	30,63	29,30
B. Schweine- und Schweinefleischpreise (1 kg=M.)							
Berlin							
Lebendgewichtpr.	0,86	26,74	27,37	28,74	27,10	23,66	22,97
Großhandels-							
fleischpr.	1,09	35,70	37,04	36,63	36,25	31,38	29,84
Kleinverkaufspr. ¹⁾	1,62	39,00	46,00	46,00	40,67	36,00	32,00
Magdeburg							
Lebendgewichtpr.	0,86	27,89	27,07	28,96	26,58	24,00	21,83
Großhandels-							
fleischpr.	1,10	34,75	34,13	34,24	32,69	28,38	26,44
Kleinverkaufspr. ¹⁾	1,67	—	44,00	44,00	40,36	35,46	31,55
Düsseldorf							
Lebendgewichtpr.	0,90	30,33	31,00	30,21	28,50	25,42	23,96
Großhandels-							
fleischpr.	1,16	36,50	36,59	37,00	34,88	29,75	29,09
Kleinverkaufspr. ²⁾	1,68	48,67	50,00	50,00	46,57	41,80	38,93

¹⁾ Markthallenpreise. — ²⁾ Ladenpreise.

²⁾ Dabei wurden, um handliche Zahlenwerte zu erlangen, aus den verschiedenen Unterarten der Viehgattungen sowie aus den Fleischarten Durchschnitte gebildet, und zwar wurden bei den Rindern die Ochsen, Bullen, Färsen und Kühe mit ihren (im ganzen 10) Qualitäten, bei den Schweinen die Unterarten bis zu 240 Pfund Lebendgewicht zusammengezogen und ferner bei dem Rindfleisch im Großhandel aus den Preisen für Ochsen-, Bullen- und Farsenfleisch mit ihren (im ganzen 8) Qualitäten und im Kleinhandel aus den Preisen für Bratfleisch von der Keule, für Kochfleisch vom Vorderviertel und vom Bauch Mittelwerte errechnet. Beim Schweinefleisch im Großhandel wurde der Preis für Fleisch

Städte	Unterschied zwischen			
	Vieh- und Großhandelsfleischpreisen		Großhandels- und Kleinverkaufspreisen	
	Im Durchschnitt des Monats		Im Durchschnitt des Monats	
	Okt./Dez. 1920	Jan./März 1921	Okt./Dez. 1920	Jan./März 1921
A. Rinder- und Rindfleischpreise (1 kg = M.)				
Berlin . . .	11,21	11,20	9,86	3,69
Magdeburg .	8,64	10,13	7,05	5,24
Düsseldorf .	7,77	8,55	9,17	6,34
B. Schweine- und Schweinefleischpreise (1 kg = M.)				
Berlin . . .	8,84	7,91	7,21	3,73
Magdeburg .	6,40	5,03	9,82	6,62
Düsseldorf .	6,18	5,28	12,86	11,19

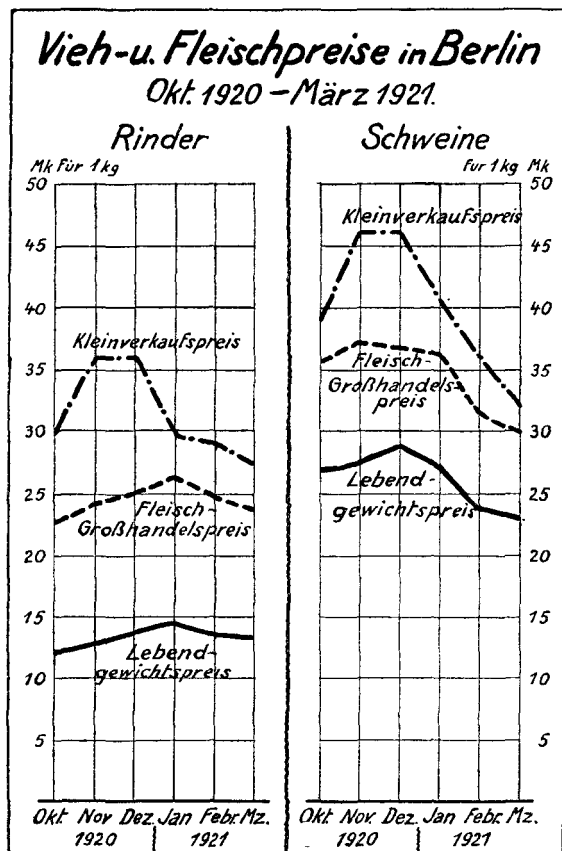
Die Rinderpreise steigen mit der Wiederaufnahme des freien Verkehrs mit Vieh und Fleisch in Berlin, Magdeburg und Düsseldorf zunächst ununterbrochen von Oktober 1920 bis Januar 1921. Ihnen folgen die Großhandelspreise für Rindfleisch in verhältnismäßig gleichbleibendem Abstand. Wesentlich schneller steigt demgegenüber der Kleinverkaufspreis für Rindfleisch, der in den drei Städten im November einen Höchststand erreicht, den er in Berlin und Düsseldorf auch im Dezember, in Magdeburg, wo die Steigerung von vornherein erheblich schwächer war, noch bis Februar behauptet. Während nun Vieh- und Großhandelsfleischpreis in den drei Städten einheitlich erst im Februar zurückgehen, ist der Kleinverkaufspreis in Berlin und Düsseldorf bereits im Januar, und zwar erheblich gefallen, so daß sich der Abstand von Großhandels- und Kleinverkaufspreis in Berlin von 10,95 M. im Dezember plötzlich auf 3,11 M. im Januar und in Düsseldorf in den gleichen Monaten von 9,94 M. auf 6,51 M. verringerte; in Magdeburg sank der Unterschied zwischen Großhandels- und Kleinverkaufspreis gleichzeitig von 6,29 M. auf 4,80 M. Damit scheint zunächst ein gewisser Mindestabstand zwischen Großhandels- und Kleinverkaufspreis erreicht zu sein; er wird in den folgenden Monaten unter geringen Schwankungen beibehalten.

Ähnlich gestaltete sich die Bewegung der Preise bei den Schweinen und dem Schweinefleisch. Nur ist im Gegensatz zum Rindfleischpreise auch der Unterschied zwischen dem Schweine- und dem Großhandelspreis für Schweinefleisch im 2. Vierteljahr durchweg geringer als im 1. Vierteljahr.

Der Vergleich zeigt gewisse Unsicherheiten in der Preisbewegung von Rohstoff, Halb- und Fertigware in den ersten Monaten des wieder freigegebenen Verkehrs mit Vieh und Fleisch. Dabei ist aber zu erkennen — und die graphische Darstellung macht dies besonders anschaulich —, daß die Verteilungskosten im Kleinhandel mit Fleisch im zweiten Vierteljahr der freien Wirtschaft gegenüber dem ersten Vierteljahr sich in den genannten

von Ladenschweinen bis zu ca. 225 Pfund Lebendgewicht berücksichtigt und im Kleinhandel der Durchschnitt aus den Preisen für Koteletts, Keule, Schulter, Kamm und Bauchfleisch ermittelt. Die Fleischpreise wurden den amtlichen Preisberichten der vom Preußischen Statistischen Landesamt herausgegebenen „Statistischen Korrespondenz“ entnommen. Schließlich wurde der jeweilige Unterschied zwischen Vieh- und Fleischpreisen in den beiden Vierteljahren des besprochenen Zeitabschnitts berechnet.

Städten zum Teil beträchtlich verringert haben: ein verteilungswirtschaftlicher Fortschritt im Fleischhandel, der nach den ersten tastenden Schritten beim Wiederbeginn der freien Wirtschaft offenbar den Weg zu einer gesunden Preisgebarung mit Erfolg beschritten hat.



Gegenüber dem Friedenspreise (Juli 1914) bewegten sich die Rinderpreise in Berlin zwischen dem 14- (Oktober 1920) und dem 16,7fachen (Januar 1921) und die Großhandelspreise für Rindfleisch in den gleichen Monaten zwischen dem 9,0- bzw. dem 21,9fachen Teuerungsgrade. Im Kleinverkauf war das Rindfleisch im März 1921 in Berlin 16,5mal so teuer wie im Juli 1914. Die Schweine- und Schweinefleischpreise erreichen im November und Dezember 1920 ihren höchsten Stand gegenüber den Preisen der Friedenswirtschaft; und zwar standen sie in diesen Monaten in Berlin auf dem 33-fachen Teuerungsgrad, der aber im März für beide Gruppen auf das 27fache zurückging. Schweinefleisch im Kleinhandel kostete demgegenüber im November 1920 rund 28mal, im März rund 21mal so viel wie im Frieden.

Die Wohnungsmieten und die Preise für Gas und Elektrizität nach den Erhebungen für die Teuerungsstatistik im Januar 1921.

Um einen Überblick über die Preisverhältnisse für andere Lebensbedürfnisse als Ernährung¹⁾ zu gewinnen, wurden für 55 meist Großstädte auf Grund

der Nachweisungen für die Teuerungsstatistik die Mieten für eine 2, 3 und 4 Zimmerwohnung und die Preise für 1 cbm Koch- oder Leuchtgas und 1 Kwstd. elektrisches Licht für den Monat Januar 1921 zusammengestellt. Die Mietpreise sind äußerst

Wohnungsmieten und Preise für Gas und Elektrizität im Januar 1921.

Gemeinden	Orts- anwesende Bevölkerung am 8. 10. 1919	Monatlich. Mietspreis in Mark für eine Wohnung mit			Preis für	
		2Zimmern und Küche	3Zimmern und Küche	4 Zimmern und Küche	1 cbm Koch- od. Leuchtgas in Mark	Elektrizität Kilowatt- stunden in Mark
Berlin	1 902 509	51,00	77,00	104,00	1,25	2,00
Hamburg . . .	985 779	52,35	66,00	95,00	1,25	2,64
Köln	633 904	55,00	80,00	110,00	1,40	2,40
München . . .	630 711	58,00	75,00	90,00	1,20	1,85
Leipzig	604 380	60,00	85,00	100,00	1,66	1,65
Dresden	529 326	52,00	70,00	96,00	1,10	3,40
Breslau	528 260	50,00	65,00	85,00	1,40	2,80
Essen	439 257	45,00	67,00	95,00	0,93	2,05
Frankfurt a. M.	433 002	60,50	71,20	112,80	1,23	4,21
Düsseldorf . .	407 338	54,50	72,00	90,00	1,10	2,81
Hannover . . .	392 805	47,00	58,00	70,00	1,10	3,10
Nürnberg . . .	352 675	40,00	52,00	70,00	1,00	1,90
Charlottenburg .	322 766	60,00	71,67	95,83	1,25	2,00
Stuttgart . . .	309 197	50,00	72,60	95,85	1,25	1,85
Chemnitz . . .	303 775	40,00	67,50	78,75	1,63	2,50
Dortmund . . .	295 026	50,00	67,50	84,50	0,95	2,00
Magdeburg . .	285 856	33,00	45,00	63,00	1,23	2,75
Neukölln . . .	262 127	55,00	75,00	100,00	1,25	2,00
Königsberg . .	260 895	50,00	75,00	100,00	2,15	3,60
Bremen	257 923	58,33	91,67	133,33	1,30	2,00
Duisburg . . .	244 302	50,00	65,00	85,00	1,25	2,00
Stettin	232 726	54,00	78,00	105,00	1,90	2,25
Mannheim . . .	229 576	50,00	70,00	100,00	1,38	2,70
Kiel	205 330	43,60	60,00	75,00	1,56	3,25
Halle	182 326	35,00	50,00	70,00	1,50	2,33
B.-Schöneberg .	175 092	54,00	80,00	118,00	1,25	2,00
Altona	168 729	36,00	46,00	62,00	1,60	2,64
Cassel	162 391	50,00	70,00	90,00	1,20	1,60
Elberfeld . . .	157 218	50,00	70,00	85,00	0,90	2,00
Barmen	156 326	50,00	58,00	71,00	0,52	2,50
Augsburg . . .	154 555	40,00	60,00	75,00	1,20	1,86
Aachen	145 748	50,00	65,00	80,00	1,46	2,28
B.-Lichienberg .	144 643	50,00	75,00	100,00	1,25	2,00
Brannschweig .	139 539	55,00	62,50	70,00	1,00	2,93
B.-Wilmsdorf .	139 406	70,00	85,00	110,00	1,10	1,80
Karlsruhe . . .	135 952	52,00	73,00	90,00	1,35	3,00
Erfurt	129 646	45,00	62,50	75,00	1,40	2,30
Mülheim a. R. .	127 027	45,00	60,00	75,00	1,00	2,50
Crefeld	124 325	42,00	56,00	70,00	1,46	3,00
Lübeck	113 071	40,00	60,00	75,00	1,10	2,50
Mainz	107 930	45,00	62,50	96,00	1,40	2,30
Plauen	104 918	45,00	68,75	108,85	1,40	3,20
Wiesbaden . .	97 567	50,00	75,00	100,00	1,20	2,60
Spandau	95 474	53,00	77,00	110,00	1,25	2,00
Hagen	92 862	67,50	95,00	113,00	1,31	1,94
Bonn	91 410	50,00	60,00	75,00	1,70	3,30
Ludwigshafen .	90 721	40,00	60,00	80,00	1,30	4,20
Freiburg . . .	87 946	50,00	65,00	83,00	1,60	3,00
Görlitz	80 332	38,00	55,00	80,00	1,30	2,10
Pforzheim . .	73 839	45,00	70,00	110,00	1,20	2,20
Gera	73 660	30,00	47,50	70,00	1,50	2,80
Heidelberg . .	60 831	55,00	70,00	90,00	1,35	2,70
Potsdam . . .	58 397	50,00	75,00	100,00	1,25	2,00
Tilsit	44 424	50,00	62,50	83,30	1,60	3,25
Herford . . .	34 835	45,00	55,00	70,00	1,20	2,15

¹⁾ Über die Preise für Lebensmittel siehe „Wirtschaft und Statistik“, Heft 2, S. 75 ff und Heft 3, S. 124 f.

verschieden; zu beachten ist dabei, daß in den verschiedenen Teilen des Reichs die Nebenkosten, wie Müllabfuhr, Wassergeld usw., teilweise in die Miete eingerechnet sind, teilweise aber besonders gezahlt werden müssen. Die Anleitungen zur Teuerungsstatistik streben in dieser Beziehung Einheitlichkeit an, indem sie den „monatlichen Mietpreis ohne Zentralheizung und ohne Warmwasserversorgung“ erheben. Ob aber durch diese Vorschrift die Einheitlichkeit innerhalb Deutsch-

lands gewährleistet ist, muß, vorbehaltlich weiterer Untersuchungen, dahingestellt bleiben.

Auch die Kosten für die Beleuchtungsmittel sind wenig einheitlich. Hier bestanden schon im Frieden sehr große Preisunterschiede, die durch die besonderen örtlichen Verhältnisse — privatwirtschaftliche oder gemeinwirtschaftliche Betriebsform, Naturvorräte für Elektrizität usw. — bedingt waren. Jetzt spielen dabei noch die Beförderungskosten für die Kohlen eine erhebliche Rolle.

Ergebnisse der Gehaltserhebung.

Im Gegensatz zur Lohnstatistik*) ist die amtliche Gehaltserhebung vom Februar 1920 nicht zu Durchschnittsgehältern für bestimmte Berufsarten, sondern zu einer Gehaltsklassenstatistik für die vier Hauptgruppen der Angestellten (kaufmännische Angestellte — technische Angestellte — Betriebsbeamte, Werkmeister und ähnliche Angestellte — Büroangestellte) verarbeitet worden. In die Erhebung

wurden alle versicherungspflichtigen Angestellten der erfaßten Betriebe einbezogen. Am zahlreichsten ist die Gruppe der kaufmännischen Angestellten, auf die 118 565 Personen oder 45 v. H. der überhaupt erfaßten 262 521 Angestellten entfallen. Über die Gehaltsverhältnisse dieser Gruppe im Februar 1920 gibt die nachstehende Übersicht Auskunft:

Gehaltsklassenstatistik der kaufmännischen Angestellten.

Gewerbegruppen	Zahl der erfaßten kaufmännischen Angestellten	Davon entfallen auf die Gehaltsklasse								Von je 100 Angestellten entfallen auf die Gehaltsklasse							
		bis 250 M.	251 bis 300 M.	301 bis 400 M.	401 bis 500 M.	501 bis 600 M.	601 bis 750 M.	751 bis 1000 M.	über 1000 M.	bis 250 M.	251 bis 300 M.	301 bis 400 M.	401 bis 500 M.	501 bis 600 M.	601 bis 750 M.	751 bis 1000 M.	über 1000 M.
Baugewerbe	1 411	136	96	173	226	234	271	219	56	9,6	6,8	12,3	16,0	16,6	19,2	15,5	4,0
Steine und Erden	224	33	17	18	26	25	44	52	9	14,7	7,6	8,0	11,6	11,2	19,7	23,2	4,0
Glas und Keramik	949	55	62	104	132	120	208	219	49	5,8	6,5	11,0	13,9	12,6	31,9	23,1	5,2
Öle und Fette	2 212	201	113	277	285	304	421	450	161	9,2	5,1	12,5	12,9	13,7	19,0	20,3	7,3
Lederindustrie	1 743	127	91	229	220	240	287	387	162	7,3	5,2	13,1	12,6	13,8	16,5	22,2	8,3
Holzgewerbe	4 516	636	314	631	654	573	646	778	284	14,0	7,0	14,0	14,5	12,7	14,3	17,2	6,3
Nahrungs- und Genußmittel	11 951	2005	1477	2511	1453	1247	1789	1871	298	16,7	12,4	19,3	12,2	10,4	15,0	11,5	2,5
Chemie	10 388	196	225	561	993	1192	2140	3396	1685	1,9	2,2	5,4	9,5	11,5	20,6	32,7	16,2
Textilindustrie	8 309	395	357	937	1053	1046	1818	2138	565	4,7	4,3	11,3	12,7	12,6	21,9	25,7	6,8
Bekleidung	4 274	449	292	696	684	590	652	611	300	10,5	6,8	16,3	16,0	13,8	15,3	14,3	7,0
Papier	9 186	1016	695	1463	1444	1237	1617	1308	401	11,0	7,6	16,0	15,7	13,5	17,6	14,2	4,4
Eisen und Metall	52 287	2540	2279	6257	8148	7133	10273	11032	4625	4,9	4,4	12,0	15,6	13,6	19,6	21,1	8,8
Transport und Verkehr	5 090	371	269	655	706	618	1067	1045	379	7,5	5,4	11,2	14,1	12,3	21,2	20,8	7,5
Handel	6 095	697	490	1367	971	670	849	839	212	11,5	8,0	22,4	15,9	11,0	13,9	13,8	3,5
susammen	118 565	8857	6777	15594	16995	15229	22082	23845	9186	7,5	5,7	13,2	14,3	12,9	18,6	20,1	7,7
davon																	
männlich bis 20 Jahre	5 879	1183	1059	2218	1106	254	53	5	1	20,2	18,0	37,7	18,8	4,3	0,9	0,1	0,02
männlich über 20—30 Jahre	26 356	453	721	2624	5067	6156	6909	3844	582	1,7	2,7	10,0	19,2	23,4	26,2	14,6	2,2
männlich über 30 Jahre	47 212	98	137	663	2023	4140	12506	19172	8473	0,2	0,3	1,4	4,3	8,7	26,5	40,6	18,0
männlich überhaupt	79 447	1734	1917	5505	8196	10550	19463	23021	9056	2,2	2,4	6,9	10,3	13,3	24,5	29,0	11,4
weiblich bis 20 Jahre	10 886	5047	2428	2712	537	91	41	10	—	46,5	22,3	25,0	4,9	0,8	0,4	0,1	—
weiblich über 20—30 Jahre	20 988	1671	1990	6209	6540	2957	1322	271	28	7,9	9,5	29,6	31,2	14,1	6,3	1,3	0,1
weiblich über 30 Jahre	7 264	405	442	1168	1722	1631	1251	543	102	5,5	6,1	16,1	23,7	22,5	17,2	7,5	1,4
weiblich überhaupt	39 118	7123	4860	10089	8799	4679	2614	824	130	18,2	12,4	25,8	22,5	12,0	6,7	2,1	0,3

Faßt man sämtliche Altersstufen der männlichen und weiblichen kaufmännischen Angestellten in allen Gewerbegruppen zusammen, so war im Februar 1920 die Gehaltsklasse von 751 bis 1000 M. mit rund einem Fünftel aller Fälle am stärksten vertreten. An zweiter Stelle kommt die Gehaltsklasse von 601 bis 750 M. mit 18,6 v. H., an dritter die Klasse von 401 bis 500 M. mit 14,3 v. H. Es folgen dann 13,2 v. H. der Angestellten wiederum mit einem geringeren Monatsgehalt von 301 bis 400 M. und erst an fünfter

Stelle 12,9 v. H. der Angestellten mit einem Monatsgehalt von 501 bis 600 M. Der Rest verteilt sich auf 13,2 v. H. der Angestellten mit einem Monatsgehalt bis 300 M. und 7,7 v. H. mit einem solchen über 1000 M.

In den einzelnen Gewerbegruppen fällt die besonders günstige Lage der Angestellten der chemischen Industrie auf. Hier hat fast die Hälfte aller Angestellten ein Monatsgehalt über 750 M., darunter ein Drittel ein solches von 751 bis 1000 M. und

mehr als 16 v. H. ein solches über 1000 M. In der Textilindustrie entfällt rund ein Drittel aller Angestellten auf die beiden höchsten Gehaltsklassen über 750 M., in der Lederindustrie sind es nur 31,5 v. H., in der Eisen- und Metallindustrie 29,9 v. H., im Transport- und Verkehrsgewerbe 28,3 v. H. Am ungünstigsten schneidet der Handel ab, der im Februar 1920 infolge forthistender Zwangswirtschaft und Blockade noch ganz daniederlag. Hier fällt über ein Fünftel aller Angestellten auf die Gehaltsklasse von 301 bis 400 M., ein weiteres Fünftel auf die beiden untersten Gehaltsklassen bis 300 M.; nur 13,8 v. H. der Angestellten haben die durchschnittlich am stärksten vertretene Gehaltsstufe von 751 bis 1000 M. erreicht. Wenig günstig sind auch die Gehaltsverhältnisse in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, wo fast die Hälfte aller Angestellten auf die drei untersten Gehaltsklassen bis 400 M. entfällt und nur 11,5 v. H. in der Gehaltsklasse von 751 bis 1000 M. liegen. Auch das stark daniederliegende Baugewerbe weist vorwiegend ungünstige Gehaltsverhältnisse auf. Hier liegt die Hälfte aller Fälle in den Grenzen von 401 bis 750 M., und zwar ist die Gehaltsklasse von 601 bis 750 M. mit 19,2 v. H. am stärksten besetzt. Mehr als ein Viertel aller Angestellten (28,7 v. H.) haben weniger als 400 M. und nur 19,5 v. H. mehr als 750 M. bezogen.

Große Abweichungen vom allgemeinen Durchschnitt weisen die Gehälter der weiblichen Angestellten auf. Mehr als ein Viertel derselben hatte im Februar 1920 durchschnittlich in allen Gewerbegruppen ein Monatsgehalt von 301 bis 400 M.; weitere 22,5 v. H. bezogen ein solches von 401 bis 500 M. Die Untergrenze bis 250 M. kommt in 18,2 v. H. aller Fälle und die Obergrenze von mehr als 1000 M. nur in 0,3 v. H. aller Fälle vor. Die erheblich ungünstigere Lage der weiblichen Angestellten konnte den Gesamtdurchschnitt nicht stärker beeinflussen, weil von der Gesamtzahl der überhaupt erfaßten kaufmännischen Angestellten rund zwei Drittel männlich und nur ein Drittel weiblich waren.

Diese zwei Drittel der männlichen Angestellten entscheiden die Besetzung der einzelnen Gehaltsklassen. Ihre günstigere Lage gegenüber den weiblichen Angestellten äußerte sich vor allem darin, daß mehr als die Hälfte aller Fälle auf die beiden Gehaltsklassen von 601 bis 750 und 751 bis 1000 M. entfiel. Die Untergrenze bis 250 M. ist im scharfen Gegensatz zu den weiblichen Angestellten nur ganz schwach mit 2,2 v. H. und die Obergrenze über 1000 Mark immerhin mit 11,4 v. H. aller Fälle vertreten.

In der Altersstufe über 30 Jahre, auf die 40 v. H. aller überhaupt erfaßten kaufmännischen Angestellten und 59 v. H. der erfaßten männlichen Angestellten entfallen, herrschte ein Monatsgehalt von 751 bis 1000 M. mit 40,6 v. H. aller Fälle bei weitem vor. Mehr als ein Viertel aller Angestellten dieser Altersstufe fällt auf die Gehaltsklasse von 601 bis 750 M. und fast ein Fünftel auf die höchste Gehaltsklasse über 1000 M. Dabei sind, wie bemerkt, nur solche Angestellte erfaßt, die der Versicherungs-

pflicht unterliegen. In der Altersstufe über 20 bis 30 Jahre ist die Gehaltsklasse von 601 bis 750 M. mit 26,2 v. H. und die davorstehende von 501 bis 600 M. mit 23,4 v. H. am stärksten besetzt. Beide Gehaltsklassen zusammen umfassen die Hälfte aller Fälle. Die Altersstufe bis zu 20 Jahren hat in 37,7 v. H. aller Fälle ein Monatsgehalt von 301 bis 400 M. erzielt. Rund ein Fünftel aller Fälle liegt in der Untergrenze bis 250 M. Die weiblichen Angestellten sind im Gegensatz zu den männlichen in der höchsten Altersstufe über 30 Jahre am schwächsten vertreten. Die am häufigsten vorkommende Altersstufe von 20 bis 30 Jahren weist in 60,8 v. H. aller Fälle Monatsgehälter von 301 bis 500 M. auf. Die weiblichen Angestellten unter 20 Jahren hatten fast in der Hälfte aller Fälle (46,5 v. H.) ein Monatsgehalt unter 250 M.

Die Erhebung hat, wie gesagt, die Gehälter vom Februar 1920 ermittelt. Um sich ein Bild darüber zu machen, in welchem Maße die Durchschnittsgehälter von der Friedenszeit bis zum Februar 1920 und von diesem Zeitpunkt ab bis Anfang Januar 1921 gestiegen sind, mußten zunächst aus der Gehaltsklassenstatistik Durchschnittsgehälter für den Februar 1920 berechnet werden. Die Ergebnisse wurden rückblickend mit der für 1913 vorliegenden Auszählung der Aufnahmekarten bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte*) verglichen, die freilich die einzelnen Gruppen der Angestellten nicht unterscheidet. Ferner ist die neueste Gehaltsentwicklung bis Anfang Januar 1921 auf Grund der Tarifverträge annähernd festgestellt worden, wobei typische Industriestädte als maßgebend angenommen wurden und die Gehälter aus dem Durchschnitt der für diese Orte bestehenden Tarifverträge berechnet worden sind. Als Grundlage wurde dabei die annähernd in der Mitte liegende Tarifgruppe 2 genommen, die alle Angestellten umfaßt, welche eine „qualifizierte“ Tätigkeit ausüben, also Korrespondenten, Buchhalter, Stenotypisten usw., kurz die Mehrzahl der kaufmännischen Angestellten.

Gehaltssteigerung der kaufm. Angestellten 1913—1921.

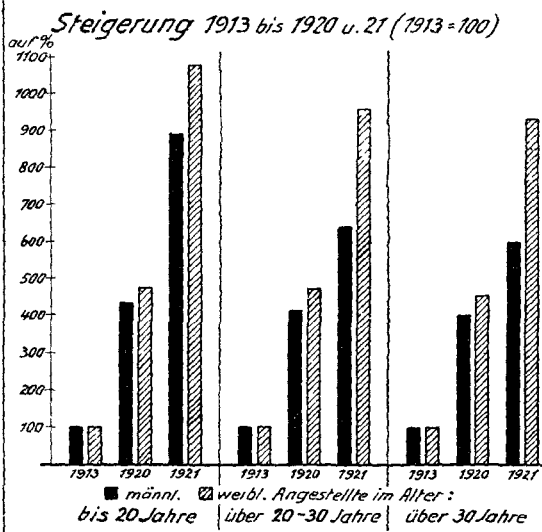
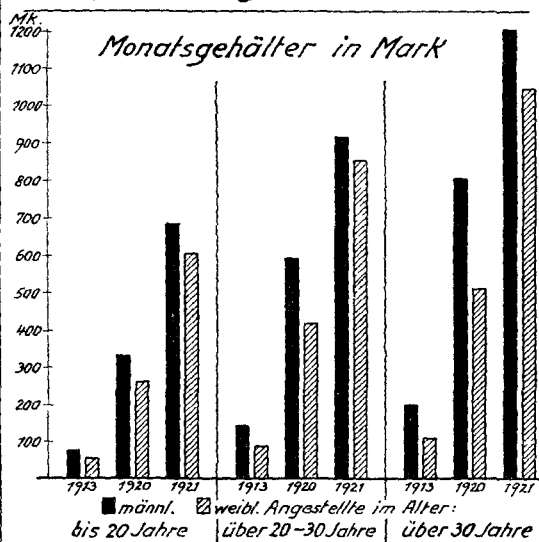
Geschlecht und Alter	Monatliches Durchschnittsgehalt				
	1913 M.	Febr. 1920 M.	Steigerung 1913—20 (1913=100)	Jan. 1921 M.	Steigerung 1913—21 (1913=100)
Männlich					
bis 20 Jahre	77,29	334,18	432	687,60	890
über 20—30 „	143,06	589,68	412	916,25	640
über 30 „	200,77	805,83	401	1205,20	600
Männl. überhaupt	161,73	698,98	432	1070,97	662
Weiblich					
bis 20 Jahre	56,28	265,98	473	605,80	1076
über 20—30 „	89,13	418,35	469	855,65	960
über 30 „	112,67	511,50	454	1047,40	930
Weibl. überhaupt	83,06	393,20	473	821,80	989

*) Die Alters-, Gehalts- und Familienverhältnisse der bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte Versicherten, Berlin 1914.

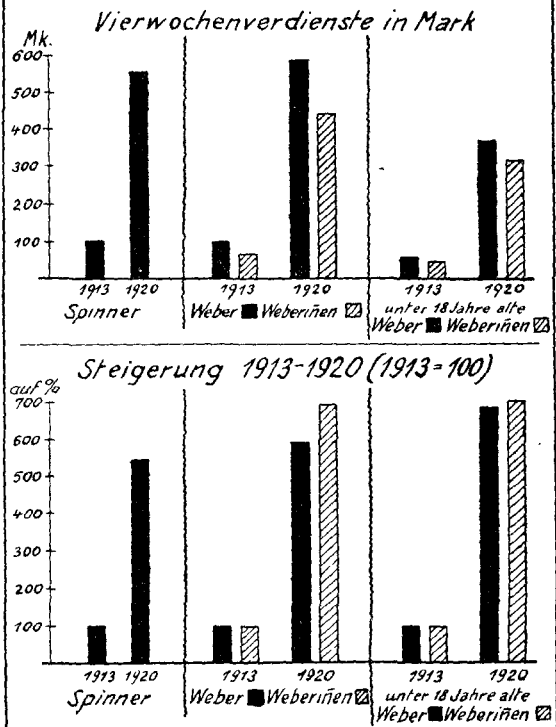
*) Vergl. Wirtschaft und Statistik Nr. 1, S. 29 ff.

Setzt man die durchschnittlichen Monatsgehälter der kaufmännischen Angestellten im Jahre 1913 gleich 100, so liegt bis zum Februar 1920 bei den männlichen Angestellten eine Steigerung auf das 4½fache und bei den weiblichen eine solche auf das 4¼fache vor. Bis Anfang Januar 1921 haben sich diese Sätze auf das 6½fache bei den männlichen und auf nahezu das zehnfache bei den weiblichen Angestellten erhöht. Im Laufe des vergangenen Jahres haben sich also die Gehaltsverhältnisse weiter zugunsten der weiblichen und der jugendlichen Angestellten verschoben; während der Steigerungssatz bis Anfang 1920 bei

Gehaltssteigerung der Kaufm. Angestellten 1913-21.



Lohnsteigerung in der Textilindustrie 1913-20



den weiblichen Angestellten nur um 41 Punkte höher war als bei den männlichen, betrug der Unterschied Anfang 1921 327 Punkte. Ebenso, ist die Gehaltssteigerung der jugendlichen Angestellten (bis zu 20 Jahren), die zu Anfang 1920 nur um 31 bzw. 19 Punkte über diejenige der Erwachsenen über 30 Jahre hinausging, Anfang 1921 um 290 bzw. 146 Punkte größer als bei den über 30jährigen. In dieser allgemeinen Richtung stimmt die Gehaltsentwicklung mit der Lohnentwicklung überein. Vergleicht man aber die Steigerungssätze an sich, so zeigen sich die größten Unterschiede: Von 1913 bis Februar 1920 steht einer durchschnittlichen Gehaltssteigerung auf das 4½fache eine Lohnsteigerung auf das 6- bis 8fache gegenüber.

Diese verschiedenartige Entwicklung tritt in den beigefügten Schaubildern besonders deutlich hervor. Als Beispiel für die Lohnsteigerung sind die durchschnittlichen Vierwochenverdienste der Textilarbeiter gewählt worden, weil die Entwicklung hier auch für die einzelnen Geschlechter und Altersstufen verfolgt werden kann und die Löhne eher unter als über dem Durchschnitt liegen.

Deutsche Bergarbeiterlöhne 1913 bis 1920.

Die Ergebnisse der Statistik der deutschen Bergarbeiterlöhne liegen nunmehr für das ganze Kalenderjahr 1920 vor. Es kann deshalb der Vergleich

zwischen 1913 (letztes Friedensjahr) und 1920, der in Nr. 2 von Wirtschaft und Statistik auf das dritte Vierteljahr 1920 beschränkt bleiben mußte, auf den

Bergarbeiterlöhne in Oberschlesien und im Oberbergamtsbezirk Dortmund 1913 bis 1920.

Steinkohlenbergbau	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920 *)
1. Oberschlesien.								
Gesamtbelegschaft (Zahl der Vollarbeiter)	121 617	119 373	103 770	106 963	113 220	118 503	146 314	166 402
Verdiente reine Löhne sämtlicher Arbeiter								
insgesamt in 1000 Mark	137 879	129 597	128 556	155 464	213 076	296 045	609 747	1 842 753
auf eine verfahrenre Schicht	3,63	3,57	3,86	4,48	5,73	7,80	14,29	36,17
auf einen Vollarbeiter	1 134	1 086	1 239	1 453	1 882	2 498	4 167	11 074
Lohnentwicklung 1913 bis 1920 auf Grund d. Schichtlohnes (1913=100)	100	96	109	128	166	220	367	996
Durchschnittsschichtlöhne der einzelnen Arbeitergruppen								
Unterirdisch und in Tagebauen beschäftigte eigentliche Bergarbeiter	4,85	4,79	5,47	6,66	8,30	11,29	20,03	46,60 ¹⁾
Lohnentwicklung 1913 bis 1920 . .	100	99	113	137	171	233	413	961
Sonstige unterirdisch und in Tagebauen beschäftigte Arbeiter . . .	3,50	3,51	3,90	4,64	5,95	8,16	15,07	37,60 ²⁾
Lohnentwicklung 1913 bis 1920 . .	100	100	111	133	170	233	431	1 074
Über Tage beschäftigte erwachsene männliche Arbeiter	3,19	3,22	3,59	4,21	5,33	7,33	13,56	35,90 ³⁾
Lohnentwicklung 1913 bis 1920 . .	100	101	113	132	167	230	425	1 125
Jugendliche männliche Arbeiter . .	1,27	1,26	1,47	1,80	2,35	3,24	5,31	12,01 ⁴⁾
Lohnentwicklung 1913 bis 1920 . .	100	99	116	142	185	255	418	946
Weibliche Arbeiter	1,29	1,31	1,51	1,85	2,55	3,55	5,88	18,01 ⁵⁾
Lohnentwicklung 1913 bis 1920 . .	100	102	117	143	198	275	456	1 396
2. Oberbergamtsbezirk Dortmund.								
Gesamtbelegschaft (Zahl der Vollarbeiter)	382 951	359 082	273 459	294 363	324 149	322 883	369 273	435 637
Verdiente reine Löhne sämtlicher Arbeiter								
insgesamt in 1000 Mark	672 026	581 408	514 963	649 797	879 768	1 078 446	1 991 266	5 852 472
auf eine verfahrenre Schicht	5,36	5,15	5,49	6,44	8,12	10,26	18,12	43,42
auf einen Vollarbeiter	1 755	1 619	1 883	2 207	2 714	3 340	5 392	13 434
Lohnentwicklung 1913 bis 1920 auf Grund d. Schichtlohnes (1913=100)	100	92	107	126	155	190	307	810
Durchschnittsschichtlöhne der einzelnen Arbeitergruppen								
Unterirdisch und in Tagebauen beschäftigte eigentliche Bergarbeiter	6,47	6,17	6,84	8,26	10,42	13,10	22,41	52,00 ⁶⁾
Lohnentwicklung 1913 bis 1920 . .	100	95	106	128	161	202	346	804
Sonstige unterirdisch und in Tagebauen beschäftigte Arbeiter . . .	4,54	4,49	4,75	5,48	6,95	8,87	16,51	40,04 ⁷⁾
Lohnentwicklung 1913 bis 1920 . .	100	99	105	121	153	195	364	882
Über Tage beschäftigte erwachsene männliche Arbeiter	4,34	4,35	4,65	5,30	6,59	8,52	16,03	38,29 ⁸⁾
Lohnentwicklung 1913 bis 1920 . .	100	100	107	122	152	196	369	882
Jugendliche männliche Arbeiter . .	1,46	1,47	1,75	2,16	2,88	3,65	6,64	18,50 ⁹⁾
Lohnentwicklung 1913 bis 1920 . .	100	101	120	148	197	250	455	1 267
Weibliche Arbeiter	—	—	—	3,30	4,14	5,11	8,77	22,90 ¹⁰⁾

*) IV. (III.) Viertelj. 1920: 1) 56,16 (49,02) — 2) 44,56 (38,71) — 3) 44,95 (36,35) — 4) 13,35 (12,60) — 5) 22,69 (18,67) — 6) 63,35 (55,88) — 7) 48,60 (42,68) — 8) 47,42 (41,14) — 9) 23,25 (20,57) — 10) 32,34 (27,23).

Durchschnitt des ganzen Jahres ausgedehnt werden. Die durchschnittlichen Schichtlöhne und die Steigerungssätze der drei wichtigsten Bergarbeitergruppen im Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau sind aus nebenstehender Übersicht zu erschen.

Die Schichtlöhne für 1920, desgleichen die Steigerungssätze, sind naturgemäß niedriger als die Zahlen für das dritte Vierteljahr allein, weil im Jahresdurchschnitt auch die erheblich geringeren Löhne des ersten und zweiten Vierteljahres zum Ausdruck kommen. Der Wert des Jahresdurchschnittes liegt vor allem darin, daß man aus ihm unter Berücksichtigung der Schichtzahl den Jahresarbeitsverdienst für die verschiedenen Arbeitergruppen und Bergwerksgebiete berechnen kann. Über die Anzahl der von einem Vollarbeiter verfahrenen Schichten sind für 1920 folgende Angaben zu machen: Oberschlesien 306, Niederschlesien 308, Oberbergamtsbezirk Dortmund (Ruhrrevier) 309, Gebiet bei Aachen 316, am linken Niederrhein 311, Bayern 295, Thüringen 296. Hinsichtlich der Unterschiede, die zwischen der Lohnsteigerung in Ost- und Westdeutschland sowie bei den einzelnen Arbeitergruppen vorliegen, hat sich gegenüber den Feststellungen in Nr. 2 (s. oben) durch die Ausdehnung auf den Jahresdurchschnitt nichts geändert.

Für die Hauptbergbaubezirke, Oberschlesien und das Ruhrrevier, sind in der Übers. S. 187 sämtliche

Lohnsteigerung im Stein- und Braunkohlenbergbau 1913 bis 1920.

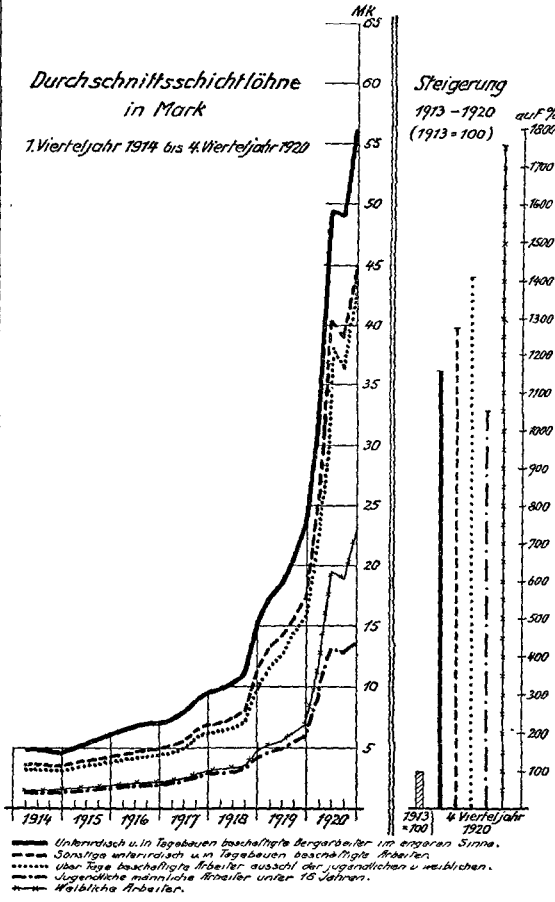
Art und Gebiet des Bergbaus (O. B. = Ober- bergamtsbezirk)	Unterirdisch und in Tagebauen beschäf- tigte eigentliche Bergarbeiter			Sonstige unterirdisch und in Tagebauen beschäftigte Bergarbeiter			Über Tage beschäf- tigte erwachsene männliche Arbeiter		
	Durch- schnittlicher Schichtlohn		Lohn- steige- rung 1913 bis 1920 (1913 = 100)	Durch- schnittlicher Schichtlohn		Lohn- steige- rung 1913 bis 1920 (1913 = 100)	Durch- schnittlicher Schichtlohn		Lohn- steige- rung 1913 bis 1920 (1913 = 100)
	Jahr 1913	Jahr 1920		Jahr 1913	Jahr 1920		Jahr 1913	Jahr 1920	
	<i>M</i>	<i>M</i>		<i>M</i>	<i>M</i>		<i>M</i>	<i>M</i>	
I. Steinkohlen- bergbau									
Oberschlesien . . .	4,85	46,60	961	3,50	37,60	1074	3,19	35,90	1125
Niederschlesien . .	3,84	42,36	1103	3,41	39,89	1170	3,09	37,48	1213
O. B. Dortmund . .	6,47	52,00	804	4,54	40,04	882	4,34	38,29	882
Aachen	5,62	45,98	818	4,39	35,51	820	4,07	34,62	851
Linksrheinisch. Geb.	6,38	54,89	867	5,21	39,41	756	4,87	36,93	845
Bayern	4,82	37,20	772	3,83	31,19	814	3,52	30,16	857
Durchschnitt I . .	5,32	46,51	874	4,14	37,27	900	3,76	35,56	946
II. Braunkohlen- bergbau									
O. B. Halle	4,22	37,13	880	3,58	34,83	973	3,47	34,35	990
Linksrheinisch. Geb.	4,78	48,74	1020	4,37	43,60	998	3,97	43,40	1219
Thüringen	4,60	44,94	977	3,87	35,27	911	3,74	34,51	923
Durchschnitt II . .	4,53	43,60	962	3,94	37,90	962	3,73	42,09	1128
Gesamtdurchschnitt	4,93	45,05	914	4,04	37,59	930	3,75	38,83	1035

Bergarbeiterlöhne in Oberschlesien

Durchschnittsschichtlöhne in Mark

1. Vierteljahr 1914 bis 4. Vierteljahr 1920

Steigerung 1913-1920 (1913 = 100)

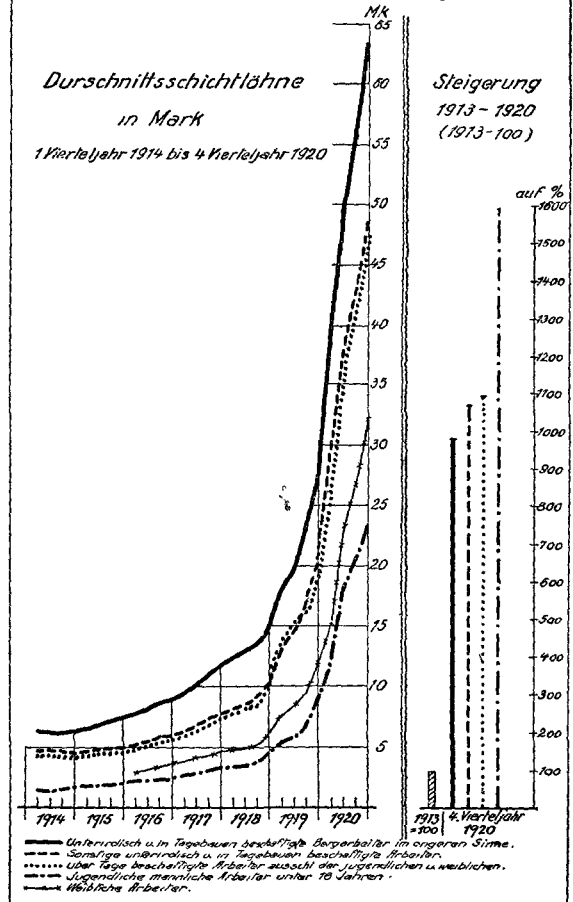


Bergarbeiterlöhne im Ruhrgebiet

Durchschnittsschichtlöhne in Mark

1. Vierteljahr 1914 bis 4. Vierteljahr 1920

Steigerung 1913-1920 (1913 = 100)



Angaben gemacht, wie sie periodisch vom Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe veröffentlicht werden. Außer den Lohnangaben von 1913 bis 1920 sind auch hier für jedes Jahr die Indexzahlen angegeben, wobei 1913 gleich 100 gesetzt ist.

Der Wert der wirtschaftlichen Beihilfen ist für 1920 in Oberschlesien mit 1,98 M., im Ruhrrevier mit 2,54 M. je verfahrense Schicht einzusetzen.

Für 1920 werden erstmalig Angaben über die den beurlaubten Arbeitern gezahlten Urlaubsvergütungen gemacht (gemäß Erlaß vom 26. April 1920). Über die Berechnung der Urlaubstage heißt es in der Veröffentlichung des Preußischen Ministeriums: „Da die übrige preußische Bergwerksstatistik mit Vollarbeitern rechnet, ist auch die Zahl der beurlaubten Arbeiter auf Vollurlauber berechnet worden.“ Die Höhe der durchschnittlichen täglichen

Urlaubsvergütung beträgt in Oberschlesien 39,70, im Ruhrrevier 53,93 M.

Über die im Ruhrrevier verfahrenen Pflichtüberschichten werden folgende Mitteilungen gemacht: Ihre Anzahl beträgt auf einen „arbeitstätigen“ Arbeiter (Vollarbeiter) 27,9 im Jahre 1920, der verdiente reine Lohn auf eine Pflichtüberschicht 89,50 M., auf einen arbeitstätigen Arbeiter für das ganze Jahr 2501 M. Für die einzelnen Bergarbeitergruppen stellt sich der verdiente reine Lohn je Pflichtüberschicht folgendermaßen: Unterirdische und in Tagebauen beschäftigte Bergarbeiter im engeren Sinne 102,72 M., sonstige unterirdisch und in Tagebauen beschäftigte Arbeiter 80,19 M., über Tage beschäftigte Arbeiter ausschließlich der Jugendlichen und Weiblichen 55,90 M., jugendliche männliche Arbeiter unter 16 Jahren 31,61 M., weibliche Arbeiter 35,36 M.

GELD UND FINANZWESSEN

Zur Entwicklung der Reichseisenbahnen.

Durch den Staatsvertrag vom 30. April 1920 wurden die Eisenbahnen der deutschen Länder mit Wirkung vom 1. April 1920 auf das Reich übernommen. Damit sind die bisherigen Staatsbahnen in einer Gesamtlänge von 53 673 km in das Eigentum des Reichs übergegangen. Im Laufe des Rechnungsjahres 1921 werden durch Neueröffnungen voraussichtlich noch 129 km dazu kommen. Von den im Besitz des Reichs befindlichen Bahnen stehen die Bahnen des Saar-gebiets in einer Länge von 426 km unter französischer Verwaltung. Durch die Abtretungen auf Grund des Friedensvertrages von Versailles ist das deutsche Bahnnetz um rund 7000 km (davon 1915 km ehemalige Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen) verringert worden.

Die Entwicklung der vollspurigen Eisenbahnen seit dem Bau der ersten Bahnanlage Nürnberg—Fürth, 1835, läßt das folgende Bildchen ersehen:



Der Bestand an Betriebsmitteln der Reichseisenbahnen bzw. der vollspurigen deutschen Staatsbahnen (ohne Elsaß-Lothringen) betrug:

Zeit	Lokomotiven und Triebwagen	Personen- u. Gepäckwagen	Güterwagen	Auf je 100 km Betriebslänge treffen		
	Lokomotiven	Person- u. Gepäckw.	Güterwagen	Lokomotiven	Person- u. Gepäckw.	Güterwagen
1. Okt. 20	30 000	60 000	546 800	58	115	1048
1. Apr. 19	36 500	81 000	739 600	64	142	1301
31. Dez. 13	28 111	79 034	631 323	51	142	1134

In den Zahlen von 1919 sind noch diejenigen Fahrzeuge enthalten, die im Verlauf dieses Jahres an die Entente abgegeben oder durch den Krieg in Verlust geraten sind; andererseits umfassen die Zahlen für den 1. Oktober 1920 nicht mehr die Anzahl der Fahrzeuge, welche für die abgetretenen Gebiete — mit Ausnahme von Elsaß-Lothringen — außer den bereits dorthin abgegebenen noch evtl. abzugeben sind. Im Rechnungsjahr 1921 ist eine Vermehrung der Zahl der Lokomotiven und Triebwagen um 1875, der Personenwagen um 3324, der Gepäckwagen um 2365 und der Güterwagen um 45 590 vorgesehen.

Mit den eigenen Betriebsmitteln wurden auf eigenen und fremden Betriebsstrecken (ohne Elsaß-Lothringen) geleistet bzw. sind veranschlagt:

Rechnungsjahr	Lokomotiven u. Triebwagen Mill. Nutzkilom.	Personen- wagen	Gepäck- wagen	Güter- wagen
		Millionen Achskilometer		
1921	493	5 980	1 216	19 334
1920	473	5 804	1 170	18 422
1919	396	4 803	934	14 379
1913	760	8 678	1 964	21 219

Wie aus diesen Angaben entnommen werden kann, ist der Tiefstand der Verkehrsleistungen bereits überwunden. Trotz der Abtretungen stieg die Zahl der geleisteten Lokomotiv-Nutzkilometer 1920 gegenüber 1919 um 19 v. H., die der geleisteten Wagenachskilometer um 21 v. H. Während im Rechnungsjahr 1919 auf 1000 Lokomotivnutzkilometer nur 50 924 Wagenachskilometer veranschlagt wurden, stieg diese Zahl 1920 auf 53 691, gegenüber 41 922 im Jahre 1913. Mit einer geringeren Zugkraft sind demnach erhöhte Leistungen vollbracht worden.

Die finanziellen Ergebnisse des Betriebs der Reichseisenbahnen sind im Gegensatz zu den früheren erheblichen Überschüssen der ehemaligen Staatsbahnen im ersten Rechnungsjahr, 1920, überaus ungünstig. Der Fehlbetrag der Reichseisenbahnverwaltung wird im ersten Rechnungsjahr vorläufig auf 14,4 Milliarden im ordentlichen, und 2,0 Milliarden im außerordentlichen Haushalt — also zusammen 16,4 Milliarden — geschätzt. Für 1921 wird er auf insgesamt 9,2 Milliarden veranschlagt. Ist auch ein Vergleich dieser Zahlen mit dem Ergebnis der Gesamtheit der deutschen Staatsbahnen in früheren Jahren nicht möglich, da die Rechnungen der Länder nach verschiedenen Gesichtspunkten aufgestellt wurden, und da die eingetretene Geldentwertung berücksichtigt werden muß, so ist es doch von Interesse festzustellen, daß erst 1918 der Betriebsüberschuß einem Fehlbetrag Platz machte. Im einzelnen betrug der Betriebsüberschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—) bei den gesamten deutschen Staatsbahnen (ohne Elsaß-Lothringen) im Rechnungsjahr

1913	1914	1917	1918
+ 1096	+ 609	+ 785	— 1325

Millionen Mark.

Einen Vergleich des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes der Verwaltung der Reichseisenbahnen nach den Voranschlägen und Ergänzungen für die Rechnungsjahre 1920 und 1921 gestattet die folgende Übersicht.

Die vorgesehene Verminderung des Fehlbeitrages im ordentlichen Haushalt für 1921 um 10,8 Milliarden Mark soll hauptsächlich durch die voraussichtliche Steigerung der Einnahmen des Güterverkehrs in Verbindung mit der Durchführung von Sparmaßnahmen auf allen Gebieten der Verwaltung erreicht werden.

Die Ursache für den gegenüber den Vorjahren stark gewachsenen Fehlbetrag liegt nicht in einem Zurückgehen der Einnahmen. Diese sind vielmehr infolge der vielfachen Tarifierhöhungen im Laufe des Krieges und in den letzten Jahren (nominell) dauernd gestiegen. So werden nach der nächsten Tarifierhöhung im

Einnahmen	1921	1920	Ausgaben	1921	1920
	Milliarden M.			Milliarden M.	
A. Ordentlicher Haushalt					
Personen- u. Ge- päckverkehr . . .	5,3	3,9	Pers. Ausgaben . . .	10,1	9,7
Güterverkehr . . .	21,5	10,7	Sächl. Ausgaben . . .	18,2	17,1
Sonst. Einnahm. . .	0,8	0,3	Schuldendienst . . .	2,8	2,4
			Sonst. Ausgaben . . .	0,1	0,1
Einnahmen zus. . .	27,6	14,9	Ausgaben zus. . .	31,2	29,3
Zuschuß	3,6	14,4			
B. Außerordentlicher Haushalt					
Grundstückver- käufe usw. . . .	0,004	0,003	Verschiedene Ausgaben	5,6	2,0
Einnahmen zus. . .	0,004	0,003	Ausgaben zus. . .	5,6	2,0
Zuschuß	5,6	2,0			
C. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen					
Ges.-Einnahmen . . .	27,6	14,9	Gesamt-Aus- gaben	36,8	31,3
Gesamtzuschuß . . .	9,2	16,4			

Juni 1921 die Personenfahrtpreise (einschließlich Verkehrssteuer) gegenüber der Friedenszeit voraussichtlich eine Steigerung von

550%	in der IV. und III. Klasse		
618%	" " II.	"	und von
736%	" " I.	"	

aufweisen, so daß bei den Personentarifen gegenüber 1913 hiernach eine durchschnittliche Erhöhung auf das 6fache eingetreten sein wird. Der am 1. April 1921 in Kraft getretene neue Gütertarif hat bei Nichtberücksichtigung der Aufhebung von Sondertarifen, Auftarifierungen usw. eine durchschnittliche Erhöhung der Frachtsätze gegenüber 1913 auf etwa das 10fache gebracht. Die Wirkungen dieser Tarifierhöhungen kommen jedoch nicht voll zur Geltung, da einerseits, wie bereits ausgeführt, der Verkehr gegenüber der Friedenszeit zurückgegangen ist, während andererseits die Geldentwertung in stärkerem Maße zugenommen hat als Tarifierhöhungen vorgenommen wurden.

Bedeutend schneller als die Einnahmen sind die Ausgaben gestiegen. Gegenüber einer Gesamtausgabe der deutschen Staatsbahnen (ohne Elsaß-Lothringen) im Jahre 1913 von 2,3 Milliarden Mark betrugen die Ausgaben der Reichseisenbahnen im Rechnungsjahr 1920 31,3 Milliarden, was einer Steigerung auf das 13,6fache entspricht. Die Ausgaben auf 1000 Lokomotiv-Kilometer stiegen auf das 21,0fache, die auf 1000 Wagenachskilometer auf das 17,1fache an.

Für diese Steigerung kommt außer der Geldentwertung, die einen solchen Vergleich mit früheren Jahren immer recht zweifelhaft erscheinen läßt, zunächst in Betracht, daß 1920 und 1921 auch die Ausgaben für Verzinsung, Tilgung und Verwaltung der Eisenbahnschuld in

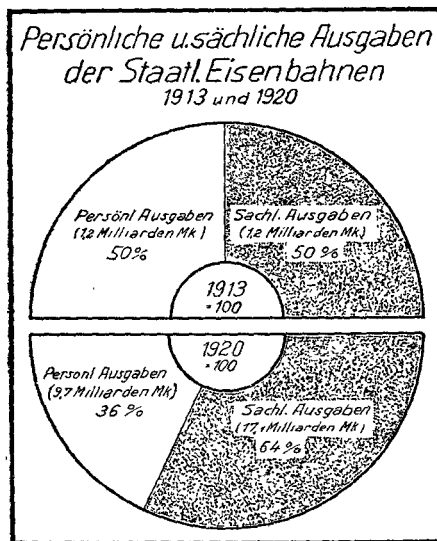
den Eisenbahnhaushalt aufgenommen wurden. Sodann ist die außerordentliche Zunahme der sächlichen Ausgaben zu berücksichtigen, die in erheblich stärkerem Maße als die Personalausgaben gewachsen sind. Während die sächlichen Kosten nach den Haushalten des Jahres

1920	1918	1913
114,7	73,3	35,2

v. H. der Einnahmen verzehrten, beanspruchten die persönlichen Ausgaben in den entsprechenden Jahren

65,1	55,4	34,8
------	------	------

v. H. der gesamten Einnahmen. Nach dem



Voranschlag für 1921 wird mit einem Rückgang für sächliche Ausgaben auf 65,9 und für persönliche auf 36,6 v. H. gerechnet. Zusammen machen die Betriebsausgaben hiernach in den Jahren

1920	1918	1913
179,8	128,7	70,0

v. H. der Einnahmen aus. Von je 100 M. Gesamtausgaben entfielen also 1913 rund 50 M. auf persönliche und 50 M. auf sächliche Ausgaben. Im Jahre 1920 kommen von 100 M. nur 36 M. auf persönliche und 64 M. auf sächliche Ausgaben.

Die sächlichen Ausgaben stiegen von 1,2 Milliarden Mark im Jahre 1913 (ohne Elsaß-Lothringen) auf 17,1 Milliarden Mark 1920 und 18,2 nach dem Voranschlag für 1921, d. h. auf das 14- bzw. 15fache. Die Zunahme erklärt sich außer durch die Geldentwertung hauptsächlich durch die Mehraufwendungen für Ersatz der abgenutzten Anlagen und Betriebsmittel. Denn während des Krieges wurden sowohl das rollende Material als auch die Eisenbahnanlagen sehr stark in Anspruch genommen und ab-

genutzt. Nicht nur daß die regelmäßige Erneuerung der Anlagen und der Betriebsmittel unterbleiben mußte, durch Herausreißen kupferner und bronzener Teile aus den Lokomotiven und Wagen, durch unsachgemäße Behandlung usw. wurden die Fahrzeuge weiter geschädigt. Hieraus ist auch der hohe Reparaturstand zu erklären, der am 1. Oktober 1920

bei Lokomotiven auf 38%,
bei Personen- und Gepäckwagen auf 15% und
bei Güterwagen auf 14%

der vorhandenen Betriebsmittel geschätzt wird, gegenüber einem Reparaturstand von nur 17,1 v. H., 5,9 v. H. und 3,4 v. H. am 1. April 1913. Infolge der Einschränkung der Ausmusterung der Fahrzeuge während des Krieges sind gegenwärtig etwa 3000 Lokomotiven ausmusterungsreif. Im Eisenbahnhaushalt 1920 bzw. 1921 sind für den Ersatz des verlorenen Fahrzeugbestandes 11,7 bzw. 7,6 Milliarden Mark bewilligt worden. Diese Beträge decken jedoch noch nicht den ganzen Bedarf für Ersatz und Wiederherstellung, da einerseits die Anforderungen auf mehrere Jahre verteilt werden, und andererseits die für den Ersatz der auf Grund des Waffenstillstandes abgelieferten Fahrzeuge erforderlichen Summen bereits an anderer Stelle des Reichshaushalts angefordert werden.

Infolge der Abnutzung, Streiks, mangelhafter Arbeitsleistungen, schlechter Ersatzstoffe usw. findet ein erheblicher Mehrverbrauch an Material statt. Der stark gestiegene Verbrauch an Kohle, der 1913 auf je 1000 Lokomotivkilometer 14,40 t, 1920 aber 20,15 t betrug, ist im wesentlichen auf die verstärkte Verwendung von Koks und die schlechtere Qualität der Kohle zurückzuführen.

Zu den angeführten Gründen für die Zunahme der sächlichen Ausgaben kommt noch die starke Preissteigerung für Betriebs-, Oberbau-, Bau- und Werkstoffe. Nach einer Aufstellung der Eisenbahnverwaltung stieg beispielsweise der Preis für

	1913	1921
1 Tonne Kohle	von 12,52 M. auf 263 M., d. h. um 2001%	
1 " Schienen	121 M.	2550 M., d. h. " 2007%
1 " Kleiseisen	178 M.	4100 M., d. h. " 2204%
1 " hölz. Bahnschwellen	5,80 M.	87 M., d. h. " 1573%
1 cbm Eichenholz	98 M.	1800 M., d. h. " 1787%

Die persönlichen Ausgaben betragen insgesamt

1920	1918	1913
9,7	3,4	1,2

Milliarden Mark, die Steigerung 1920 gegenüber 1913: 708 v. H. Für 1921 sind 10,1 Milliarden veranschlagt worden. Der Grund für die starke Zunahme gegenüber der Friedenszeit ist außer der — wenigstens nominellen — Erhöhung der Gehälter und Löhne in der Vermehrung des Personals zu suchen. Während der Personalbestand der deutschen Staatsbahnen 1913 — (ohne Elsaß-Lothringen) — 740 505 Köpfe be-

trug, schwoll er infolge der starken Inanspruchnahme durch Kriegsleistungen, der Einführung des 8-Studentages, der gesunkenen Arbeitsleistungen und der eingetretenen Arbeitsvermehrung bis 1919 auf 1 097 014 Köpfe an. Im Jahre 1920 zeigt sich eine geringe Abnahme, die 1921 durch weitere Entlassungen fortgesetzt werden soll. Im einzelnen waren beschäftigt bzw. sind vorgesehen:

Rechnungs- jahr	Planmäßige Beamte	Außerplan- mäßige Beamte	Angestellte Hilfsbeamte u. Arbeiter	Insgesamt
1921	366 587	70 363	560 771	997 721
1920	371 625	58 371	614 383	1 044 379
1919	.	.	.	1 097 014
1918	.	.	.	913 396
1913	267 573	13 606	459 326	740 505

Auf den Kilometer Betriebslänge kommen im Jahre

1921	1920	1918	1913
18,7	20,7	15,8	13,1

Köpfe. Eine Besserung der Arbeitsleistungen gegenüber dem Tiefstand ist hier nicht zu verkennen, trotzdem jetzt bedeutend mehr Personal als früher seinen eigentlichen Aufgaben entzogen wird. So erforderte 1920 die Bearbeitung der Steuerabzüge ein Mehr von 1706, die veränderte Lohnzahlung ein Mehr von 3548 Personen, die Tätigkeit in den Beamten- und Arbeitervertretungen einen Mehrbedarf von 2212 und die Diebstahlsbekämpfung und -entschädigung einen Mehraufwand von 12 000 Personen.

Die Kaufkraft der Mark in New York.

Die Verschlechterung der deutschen Markvaluta wird in der Regel an der Kursnotierung der ausländischen Wechsel (Devisen) an einem deutschen Börsenplatz gemessen. Als Standarddevisen eignet sich dazu vornehmlich der amerikanische Dollar, nicht nur deshalb, weil die Vereinigten Staaten so ziemlich als einziger Großstaat der Welt über eine gesunde Währung verfügen, sondern insbesondere weil in der Devisen New York der bedeutendste Teil der internationalen Wareneinkäufe bezahlt wird.

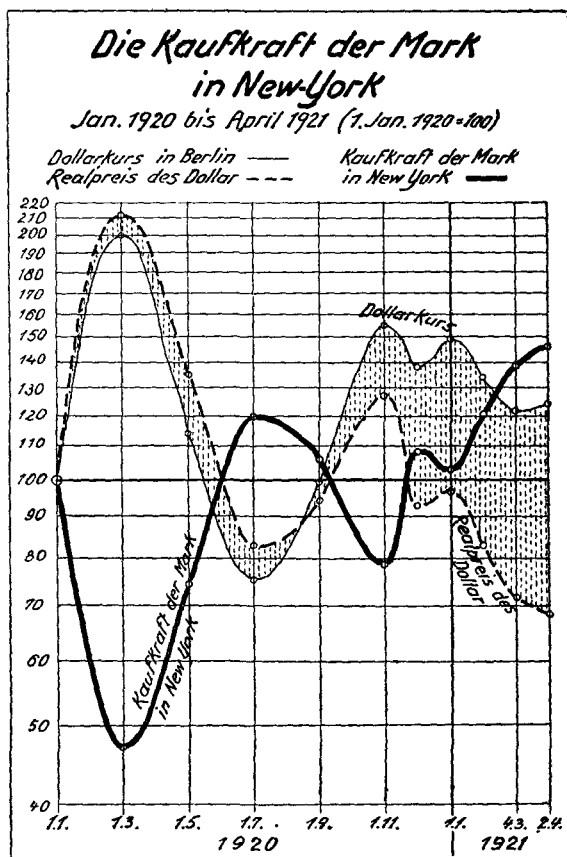
Am Dollar gemessen hat die deutsche Mark seit dem 1. Januar 1920, wo etwa 50 M. für den Dollar zu bezahlen waren, bis heute, wo der Dollar in Berlin etwa 62 M. notiert, eine Entwertung von weiteren 19,5 v. H. erfahren. Dabei ist aber außer acht gelassen, daß der Dollar, den wir heute für 62 M. kaufen, eine weit größere Kaufkraft in Amerika hat, als am 1. Januar 1920, da dort inzwischen eine 45prozentige Preissenkung der Ausfuhrwaren, die Deutschland als Rohstoffe einkauft, eingetreten ist. Wie sich aus nachstehender Übersicht ergibt, sind heute in New York für eine Warenmenge, für die am

1. Januar 1920 50 M. zu bezahlen waren, nur noch 34 M. aufzuwenden.

Zeit	Ameri- kanischer Waren- index	Dollarkurs in Berlin in M.	Realpreis des Dollars in M.	Kaufkraft der Mark in New York
1. Januar 1920	100	ca. 50,—	50,—	100
1. März	106	100,—	106,—	47
1. Mai	118	57,—	67,26	74
1. Juli	110	37,90	41,69	120
1. September	95	49,70	47,22	106
1. November	82	77,45	63,51	80
1. Dezember	67	69,25	46,40	108
1. Januar 1921	65	74,50	48,43	103
2. Februar	62	67,—	41,54	121
4. März	59	61,—	35,99	139
2. April	55	62,125	34,17	146

Während also die deutsche Valuta am 2. April 1921 gegenüber dem 1. Januar 1920 um 19,5 v. H. im Wert gesunken war, hat sich gleichwohl zufolge der größeren Besserung der Kaufkraft des amerikanischen Dollars in New York die Bewertung der Mark um 46 v. H. gehoben.

In dem folgenden Schaubild ist die Beziehung zwischen Dollarkurs in Berlin, Kaufkraft dieses Dollars (gemessen an dem amerikanischen Warenindex) und der Kaufkraft der deutschen Mark veranschaulicht. Die Erhöhung der Kaufkraft des Dollars in Amerika oder, was dasselbe ist, die Minderung des amerikanischen Warenindex ist durch den jeweiligen Abstand der beiden Kurven, Dollarkurs und Realpreis des Dollars dargestellt. Es zeigt



sich deutlich, wie sich die Kaufkraft bei gleichzeitigem Sinken der Markvaluta, d. h. Steigen des Dollarkurses, hebt und zurzeit in den veranschaulichten Monaten den höchsten Stand erreicht hat.

Kurse deutscher und fremder Staatsanleihen.

Kurs am	3 1/2 % Reichs- anleihe (in Berlin ¹⁾)	4 1/4 % Liberty Loan (in New York)	4 % Victory Loan (in London)	5 % franz. Rente (in Paris)	5 % Staats- anleihe von 1915 in Amsterdam	Achte 5 % Mobilisa- tionsanleihe von 1917 in Zürich
1920						
Ende April	74,50	86,10	74,00	88,70	85,75	85,25
" Mai	63,60	87,50	79,50	87,90	85,07	85,25
" Juni	62,90	85,70	76,25	88,30	87,07	79,80
" Juli	59,60	85,00	78,00	88,75	85,75	79,00
" Aug.	60,80	85,10	77,00	87,50	87,38	78,75
" Sept.	62,75	87,02	74,88	85,67	84,19	77,25
" Okt.	66,25	89,80	73,50	86,45	80,50	73,50
" Nov.	68,40	86,06	73,25	85,20	82,00	76,50
" Dez.	65,90	85,70	72,25	85,20	82,00	80,50
1921						
Ende Jan.	67,00	86,84	76,75	85,20	84,81	81,50
10. Febr.	66,80	86,70	76,25	83,95	86,00	84,00
21. "	67,30	87,00	76,78	83,95	86,63	84,00
28. "	67,25	86,78	77,00	83,95	86,63	83,70
10. März	67,50	86,70	76,00	83,95	86,44	84,25
21. "	66,75	87,13	77,00	83,95	88,00	85,25
31. "	67,60	87,18	77,50	83,95	87,18	86,25
11. April	67,00	.	76,75	83,95	86,00	.

¹⁾ Einzige an ausländischen Börsen notierte Reichsanleihe. Die 3 1/2 %ige Reichsanleihe notierte in Berlin am 11. April 65,10, die 4 1/4 %ige 68,60 und die 5 %ige 77,50.

Der Postscheckverkehr im Deutschen Reich ist im Februar 1921 in Gesamtumsatz und Zahl der Buchungen beträchtlich hinter dem des Vormonats zurückgeblieben; die Zahl der Postscheckkunden hat einen Zugang um 13 474 zu verzeichnen. 81,0 v. H. des umgesetzten Betrages, d. s. 61 Mill. M., wurden bargeldlos beglichen gegenüber nur 80,3 v. H. im Januar. Das durchschnittliche Gesamtguthaben der Postscheckkunden sank von 7,5 auf 6,7 Milliarden Mark. Einen Vergleich mit dem Postscheckverkehr in früheren Monaten zeigt nachstehende Übersicht:

Monat	Zahl der Konten am Monatsschluß in Tausend	Gut- u. Lastschriften			Durchschnitt- liches Gesamt- guthaben Mill. M.
		Stückzahl in Tausend	Betrag davon bargeld- los beglichen %		
1920					
April	480	27 947	53 137	77,6	4 454
Mai	496	25 989	53 971	78,0	4 611
Juni	514	25 935	54 835	78,9	4 337
Juli	528	26 784	54 300	78,2	4 354
Aug.	539	24 646	51 254	77,4	4 302
Sept.	553	26 796	59 962	77,3	4 746
Okt.	574	29 979	71 731	77,6	5 918
Nov.	599	30 863	76 250	78,7	6 598
Dez.	622	34 920	84 765	77,9	7 110
1921					
Jan.	645	34 059	83 986	80,3	7 500
Febr.	658	30 773	75 259	81,0	6 705

Bewegung der Wechselkurse.

Zeit	Wechselkurse ¹⁾ in Berlin auf				
	New York	London	Paris	Amsterdam	Zürich
Parität:	1 \$ = 4,20 M	1 £ = 20,43 M	100 Fr. = 81,00 M	100 Fl. = 168,74 M	00 Fr. = 81,00 M
Durchschnitt					
" April 1920	59,64	235,62	370,12	2213,81	1072,02
" Mai	46,48	179,22	317,64	1698,63	824,20
" Juni	39,13	154,24	308,48	1408,94	708,93
" Juli	39,47	152,80	320,51	1379,07	694,40
" August	47,74	172,49	341,90	1562,98	790,33
" Sept.	57,98	203,61	390,71	1814,19	939,21
" Okt.	68,17	236,65	445,42	2103,04	1080,86
" Nov.	77,24	265,03	464,14	2327,72	1195,44
" Dez.	72,99	254,85	432,28	2255,36	1121,70
" Jan. 1921	64,90	242,46	416,02	2127,23	1015,27
" Februar	61,30	237,43	438,44	2093,39	1000,23
" März	62,45	244,17	440,84	2151,25	1063,37
11. April	61,80	242,12	442,00	2188,00	1072,00
21. "	66,00	258,75	487,50	2287,55	1152,50

Zeit	Wechselkurse auf Berlin in				
	New York	London	Paris	Amsterdam	Zürich
Parität: 100 M. =	23,82 \$	97,9 Sh	123,45 Frs	59,26 Fl.	123,45 Frs
Anf. April 1920	1,43	7,17	21,50	3,80	8,00
" Mai	1,74	9,09	29,00	4,80	9,80
" Juni	2,61	13,20	34,25	6,95	14,10
" Juli	2,63	13,25	32,00	7,45	14,65
" August	2,27	12,42	30,75	6,95	13,92
" Sept.	2,02	11,36	29,25	6,30	12,80
" Okt.	1,63	9,35	24,50	5,22	10,30
" Nov.	1,27	7,45	20,50	4,20	8,22
" Dez.	1,44	8,25	23,50	4,77	9,32
Ende Jan. 1921	1,56	9,05	23,00	4,80	10,70
" Febr.	1,58	8,23	22,75	4,70	9,62
10. März	1,58	8,20	22,37	4,60	9,40
21. "	1,62	8,33	23,50	4,75	9,55
31. "	1,59	8,14	22,75	4,62	9,22
11. April	1,62	8,26	22,75	4,70	9,40

Zeit	Wechselkurse in New York auf				
	London ²⁾	Paris	Kom	Amsterdam	Zürich
Parität:	1 £ = 4,86 1/2 \$	1 Fr. = 19,30 cts.	1 Lire = 19,30 cts.	1 Fl. = 40,20 cts.	1 Fr. = 19,30 cts.
Ende April 1920	3,84	5,99	4,49	36,50	17,79
" Mai	3,88	7,72	5,97	36,63	17,76
" Juni	3,95	8,20	5,93	35,63	18,25
" Juli	3,72	7,62	5,33	34,38	17,09
" August	3,57	6,96	4,67	32,00	16,47
" Sept.	3,47	6,64	4,17	31,25	16,08
" Okt.	3,45	6,30	3,70	30,50	15,75
" Nov.	3,49	6,06	3,67	30,50	15,72
" Dez.	3,53	5,87	3,45	31,32	15,21
" Januar 1921	3,85	7,06	3,67	33,94	16,00
" Februar	3,86	7,12	3,63	34,10	16,53
10. März	3,90	7,15	3,68	34,40	16,88
21. "	3,91	6,97	3,94	34,42	17,36
31. "	3,92	7,01	4,10	34,42	17,36
11. April	3,92	7,13	4,52	35,62	17,30

¹⁾ Mittelkurse für Auszahlung in Berlin. ²⁾ Cable Transf.

Einnahmen des Reichs

an Steuern, Zöllen, Ausfuhrabgaben und aus der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltung bis Ende Februar 1921.

Bezeichnung der Einnahmen	Es sind aufgekomen			Im Entwurfe des Reichshaushaltsplans sind für 1920/21 veranschlagt
	im Monat Februar 1921 Mill. M.	im Monat Januar 1921 Mill. M.	vom 1. April 1920 bis Ende Febr. 1921 Mill. M.	
A. Steuern und Zölle insges.	6 501,2	6 480,1	37 162,9	36 967
1. Direkte und Verkehrssteuern . . .	5 452,1	5 557,5	27 748,9	27 820
darunter:				
Einkommensteuer	1 237,3	1 321,6	8 243,9	12 000
Körperschaftsteuer	0,2	0,7	4,2	900
Kapitalertragst.	212,2	56,1	815,8	1 300
Reichsnotopfer	1 553,0	2 226,6	7 672,7	3 500
Besitzsteuer	1,1	0,7	8,0	100
Erbschaftst.	38,9	38,0	215,8	620
Umsatzsteuer	1 294,9	760,0	3 061,1	3 650
Reichsstempelabgaben	144,0	181,2	1 534,5	400
Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs	624,4	677,9	2 474,9	4 500
2. Zölle und Verbrauchssteuern . . .	1 049,1	922,6	9 414,0	9 147
darunter:				
Zölle u. Aufgeld	256,7	230,1	1 930,7	2 500
Kohlensteuer	402,1	347,7	4 149,9	4 500
Tabaksteuer	174,3	187,7	1 542,8	1 000
Zigarettentst.	0,0	0,0	146,5	
Biersteuer	16,1	17,4	137,0	130
Weinsteuer	57,3	65,9	566,6	250
Zuckersteuer	8,1	7,6	110,1	160
Zündwarenst.	5,3	3,3	57,1	50
B. Ausfuhrabgaben . . .	218,1	261,0	2 093,6	1 093
C. Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung . . .	339,2	497,3	3 979,1	4 075
D. Reichs-Eisenbahnverwaltung . . .	1 447,7	1 482,7	14 963,2	14 963
Summe A—D	8 506,2	8 721,1	58 198,8	57 098

Stand der schwebenden Schuld in Millionen Mark.

Art der Schulden	31. 3. 21	21. 3. 21	10. 3. 21	28. 2. 21
a) DiskontierteSchatzanweisungen und Schatzwechsel . . .	166 329,2	164 992,9	163 461,9	161 654,9
b) weit. Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen u. Schatzwechseln	14 212,1	.	.	9 387,8
c) Sicherheitsleistung m. Schatzanweisungen und Schatzwechseln	3 585,8	.	.	4 686,5
Zusammen	184 127,1	.	.	175 729,2

Die Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Deutschen Reich haben auch im März eine weitere Abnahme gegenüber dem Vormonat erfahren. Einen Vergleich der Neugründungen und Kapitalerhöhungen in den drei ersten Monaten des Jahres 1921 zeigt die folgende Übersicht:

Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Deutschen Reich.

Monat	Aktien-Gesellschaften		G. m. b. H.		Zusammen
	Zahl der Gesellschaften	Beanspruchtes Kapital nomin. in Mill. M. im Kurswert von Mill. M.	Zahl der Gesellschaften	Beanspruchtes Stammkapital in Mill. M.	
1921					
1	2	3	4	5	6
Neugründungen					
Januar	73	334,5	364,0	1 060	1 336,7
Februar	70	298,4	300,2	984	112,9
März	58	128,3	132,5	888	110,6
Kapitalerhöhungen					
Januar	259	1 368,1	1 787,2	253	173,0
Februar	258	1 635,8	1 927,0	228	158,4
März	173	1 087,3	1 244,2	192	79,8

Während das für Neugründungen beanspruchte Kapital hiernach im März eine Abnahme um 41 v. H. gegenüber dem Februar zu verzeichnen hat, sank das für Kapitalerhöhungen angeforderte Kapital nur um 37 v. H. Der gesamte Kapitalbedarf fiel von 3 660,9 Millionen M. im Januar auf 2 498,5 „ „ M. „ Februar und auf 1 567,1 „ „ M. „ März.

Das für die Gründungen der Aktien-Gesellschaften im März erforderliche Kapital wurde beschafft durch Ausgabe von

nominell 126,1 Mill. M. Stammaktien im Kurswert von 130,3 Mill. M. und
nominell 2,2 Mill. M. Vorzugsaktien im Kurswert von 2,2 Mill. M.;

für die Kapitalbeschaffung zum Zwecke der Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften wurden

nominell 982,5 Mill. M. Stammaktien im Kurswert von 1 137,4 Mill. M. und
nominell 104,8 Mill. M. Vorzugsaktien im Kurswert von 106,8 Mill. M.

ausgegeben.

Unter den Neugründungen sind die größten die der „Rhein-Versicherungs-A.-G.“ in Köln mit 12 Mill. und die der Sächsisch-Thüringischen Versicherungs-A.-G. in Leipzig mit 10 Mill. M.; besonders erwähnenswert ist die Gründung der „Treuhandverwaltung für das Deutsch-Niederländische Finanzabkommen, G. m. b. H.“ in Berlin, mit einem Stammkapital von 4 Mill. M. Von dem für Kapitalerhöhungen beanspruchten Nominal-Kapital entfallen 125 Mill. M. auf den Norddeutschen Lloyd in Bremen, 100 Mill. M. auf die Daimler Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Untertürkheim, 89 Mill. M. auf die Ostpreussische Kraftwerke A.-G. in Königsberg und 52 Mill. M. auf die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank in München.

Die Zahl der neu eröffneten Konkurse im Deutschen Reich ist nach der Zusammenstellung auf Grund der Veröffentlichungen im „Reichsanzeiger“ im März 1921 um 26 v. H. gegenüber dem Februar gestiegen. Sie betrug in den Monaten Dezember 1920 bis März 1921

	1920	1921		
	Dez.	Jan.	Febr.	März
Konkurse insgesamt	151	212	233	294
Die Konkurse betrafen:				
Natürliche Personen und				
Einzelfirmen	83	139	164	196
Nachlässe	26	33	23	37
Gesellschaften	40	35	40	55
hiervon G. m. b. H.	25	15	27	31
" offene Handels-				
gesellschaften	10	14	9	17
Eingetragene Genossen-				
schaften	2	4	6	6
Andere Gemeinschuldner				
(z. B. Vereine)	—	1	—	—

Die Zahl der Konkurse belief sich hiernach im ersten Vierteljahr 1921 auf 739 gegenüber nur 451 im vierten Vierteljahr 1920.

Die Zulassungen von Wertpapieren zum Börsenhandel im Februar betrugen bei Aktien nominell 125,8 Mill. M., bei Obligationen 89,5 Mill., gegenüber 212,2 und 242,0 Mill. M. im Vormonat. Bei beiden Gruppen von Effekten ist demnach gegenüber dem Januar ein starker Rückgang festzustellen. Wie im Vormonat sind auch diesmal Werte, die bereits bei einer Börse in einem früheren Monat zugelassen waren, nicht nachgewiesen, und Werte, die bei verschiedenen Börsen im selben Monat zugelassen wurden, nur einmal enthalten.

Der bedeutendste Betrag der zugelassenen Aktien entfällt wie im Januar — gemäß nachstehender Übersicht — auf Maschinenfabriken und Eisen- gießereien; von den hier in Betracht kommenden 47,2 Mill. sind 29,7 in Berlin zugelassen worden. 12 v. H. der Aktien kommen auf Zucker- und Schokolade-Fabriken — infolge der Zulassung von 8,0 Mill. M. Aktien der Schwartauer Honigwerke an der Hamburger und 7,2 Mill. M. Aktien der Zuckerfabrik Offstein (Pfalz) an der Münchner Börse —, 10 v. H. auf die Industrie der Steine und Erden — hier ist die Zulassung von 3,9 Mill. M. Aktien der Vereinigten Portland-Zementwerke Schimischow in Berlin zu erwähnen — und 9 v. H. auf Versicherungsgesellschaften aller Art.

Bei den festverzinslichen Werten ist zunächst die Zulassung der 4½ prozentigen 12,5 Mill.-Anleihe der Provinz Oberhessen an der Berliner Börse und der 4prozentigen 10 Mill.-Anleihe der Stadt Magdeburg an der Frankfurter Börse anzuführen. 20 Mill. M. 4½prozentige Hypotheken-Schuldverschreibungen der Generaldirektion der Grafen Henckel von Donnersmarck-Beuthen, 15 Mill. M. 4½prozentige

Teilschuldverschreibungen der Rheinischen Stahlwerke (Meiderich) und 7,0 Mill. M. 4½ prozentige Teilschuldverschreibungen der Dyckerhoff & Widmann A.-G. (Biebrich) wurden in Berlin zugelassen. Ausländische Effekten wurden im Februar an deutschen Börsen nicht neu zugelassen.

Die Zulassungen von Wertpapieren zum Börsenhandel im Februar 1921.

Ausgebende Stellen	Januar		Februar	
	Aktien	Obligationen	Aktien	Obligationen
	Mill. M.		Mill. M.	
Provinz., Städte usw.	—	109,0	—	22,5
Hypothek. u. Pfand-	—	65,0	—	—
briefbanken	—	65,0	—	—
Gewerbliche Unter-	212,2	68,0	125,8	67,0
nehmungen insges.				
Davon:				
Banken	15,0	20,0	3,0	—
Bergbau, Hütten u. Salinen	32,0	—	6,0	22,5
Industrie d. Steine u. Erden	3,8	—	12,7	—
Metallverarbeitung, Fein-	—	—	—	—
mechanik	13,8	—	4,5	3,0
Maschinenfabriken, Eisen-	—	—	—	—
gießereien	58,7	2,0	47,2	19,0
Elektrizitätswerke, Elektro-	—	—	—	—
technik	46,0	43,0	—	—
Chemische Industrie . . .	6,5	3,0	—	—
Textilindustrie	1,7	—	6,3	—
Papier- u. Zellulosefabriken	1,6	—	5,5	—
Lederindustrie, Schuh-	—	—	—	—
fabriken	—	—	3,5	5,0
Gummifabriken, Asbest-	—	—	—	—
werke	6,7	—	—	—
Industrie der Holz- und	—	—	—	—
Schnitzstoffe	—	—	4,8	—
Brauerien u. Mälzereien	1,8	—	3,0	—
Zucker- und Schokolade-	—	—	—	—
fabriken	3,0	—	15,2	2,5
Sonstige Industrie d. Nahr-	—	—	—	—
ungs- und Genußmittel . .	7,4	—	—	—
Bauunternehmungen, Ter-	—	—	—	—
raingesellschaften	3,0	—	2,5	7,0
Polygraphische Gewerbe .	1,2	—	—	—
Versicherungsgesell-	—	—	—	—
schaften	—	—	11,6	—
Straßen- u. Kleinbahnen .	—	—	—	8,0
Schifffahrt und Reederei .	10,0	—	—	—
Insgesamt	212,2	242,0	125,8	89,5

Weitaus der größte Teil der neuen Zulassungen im Februar wurde in Berlin vorgenommen. Es wurden dort 68,7 Mill. M. für Aktien und 65,0 Mill. M. für Anleihen und Obligationen neu beansprucht. In Frankfurt a. M. wurden Aktien im Werte von 17,5 und festverzinsliche Papiere für 17,0 Mill. M. zugelassen, in München 15,0 und 2,5, in Dresden 5,75 und 5,0 und in Hamburg 8,0 Mill. M. für Aktien von Zuckerfabriken.

Unter den Werten, die im Februar an deutschen Börsen zugelassen, in der Monatsübersicht aber nicht oder nur einmal nachgewiesen sind, da sie bereits in früheren Monaten an anderen Börsen oder im Februar an mehreren Börsen zugelassen wurden, sind besonders die Aktien des Köln-Neuessener Bergwerksvereins, der Köln-Rottweil A.-G., der Lech-Elektrizitätswerke, der Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe und der Schles. Textilwerke Methner und Frabne A.-G. zu erwähnen.

GEBIET UND BEVÖLKERUNG

Die Bewegung der Bevölkerung im Deutschen Reich während des zweiten Vierteljahrs 1920.

Wie im ersten Vierteljahr 1920 hat auch im zweiten Vierteljahr die Zahl der Eheschließungen die der Friedenszeit bedeutend überragt. Der hier folgende Vergleich der Heiratsziffern im zweiten Vierteljahr 1913 und im zweiten Vierteljahr 1920 läßt erkennen, daß die für die Eheschließungen des zweiten Vierteljahres 1920 abgeleitete Heiratsziffer im Reich fast doppelt so groß ist als die Heiratsziffer für das zweite Vierteljahr 1913. In Sachsen, Thüringen, Hessen, Braunschweig, Anhalt und Lippe ist die jetzige Heiratshäufigkeit sogar mehr als das Doppelte der Heiratshäufigkeit im Friedensjahr, während Preußen, Baden, Oldenburg und besonders die Hansestaaten Hamburg und Bremen eine

Vergleich der Heirats-, Geburten- und Sterbeziffern
im 2. Vierteljahr 1913 und im 2. Vierteljahr 1920.

Länder	Auf 1000 Einwohner entfallen					
	Heiraten		Geburten		Sterbefälle	
	1913	1920	1913	1920	1913	1920
Preußen	8,96	17,00	28,80	27,22	15,78	14,96
Bayern ohne Coburg	8,84	17,16	29,65	28,16	18,85	16,35
Sachsen	9,21	19,03	25,94	26,72	15,01	13,49
Baden	9,00	17,37	26,99	26,67	15,81	14,91
Thüringen ohne Gotha	9,09	19,72	27,43	27,73	15,86	14,73
Hessen	8,04	18,05	25,58	26,13	14,44	13,29
Hamburg	9,36	16,76	22,41	22,50	13,69	13,12
Braunschweig	8,61	18,19	22,97	27,00	14,92	16,41
Oldenburg	12,80	20,02	31,98	28,24	13,42	14,60
Anhalt	9,12	19,68	24,89	28,50	16,44	15,96
Bremen	10,11	17,62	26,94	26,18	14,65	14,08
Lippe	6,17	14,52	24,31	25,84	13,15	13,56
Lübeck	8,81	16,79	23,92	23,89	14,81	16,55
Waldeck	8,41	15,41	24,86	20,41	13,58	13,07
Schaumb.-Lippe	12,51	18,64	21,89	23,56	13,35	13,37
Deutsches Reich ohne Württemberg und Mecklenburg	8,93	17,34	28,30	27,17	15,96	14,94

geringere Zunahme aufweisen. Die Gesamtzahl der Eheschließungen des zweiten Vierteljahrs ist wie üblich beträchtlich größer als die des ersten Vierteljahrs; denn die Monate April und Mai pflegen neben dem Monat Oktober die höchsten Heiratsziffern aufzuweisen, während im Februar verhältnismäßig wenig Ehen geschlossen werden. Im Jahre 1913 betrug die Zahl der Ehen im Februar 25 347, dagegen im Mai 58 704 und im April 55 778. Es entspricht den alljährlich ge-

machten Erfahrungen und bedarf keiner weiteren Erklärung, daß die Heiratszahl des zweiten Vierteljahrs um etwa 40 v. H. größer ist als die des ersten Vierteljahrs. Daß die Erhöhung der Heiratsziffer gegenüber 1913 hauptsächlich dem Nachholen von Ehen, die während des Krieges nicht geschlossen werden konnten, zuzuschreiben ist und voraussichtlich nicht lange anhalten wird, ist in dem Aufsatz über die Bewegung der Bevölkerung im ersten Vierteljahr 1920 („Wirtschaft und Statistik“ Nr. 1, S. 41) ausführlich besprochen worden.

In Sachsen sind über den Umfang der Nachholungen besondere Berechnungen angestellt worden, über deren Ergebnisse in einem für die Zeitschrift des Sächsischen Stat. Landesamts bestimmten Bericht u. a. folgendes mitgeteilt wird:

Während in der letzten Vorkriegszeit in jedem Halbjahr etwa 20 000 Ehen in Sachsen geschlossen wurden, hat diese Zahl in der ersten Hälfte des Jahres 1919 bereits 24 400, im zweiten Halbjahr 34 600, im ersten Halbjahr 1920 sogar 37 000 und im zweiten Halbjahr immer noch 34 400 betragen. Es fragt sich, auf wie lange hinaus noch eine Fortsetzung der Eheschließungshochflut zu erwarten ist. Zur Beantwortung dieser Frage gibt die Statistik folgenden Anhalt.

Die Heiraten der Nachkriegszeit unterscheiden sich in solche, die auch unter normalen Verhältnissen in der gleichen Zeit geschlossen worden wären, und in Nachholungen von durch den Krieg verzögerten Ehen; eine dritte Gruppe bilden möglicherweise Eheschließungen von solchen jüngeren oder älteren Leuten, die unter gewöhnlichen Verhältnissen noch nicht oder nicht mehr geheiratet haben würden. Im ganzen sind während und infolge des Krieges in Sachsen 60 000 Ehen weniger geschlossen worden. Nach der Rückkehr der Truppen konnte ein Teil von diesen nachgeholt werden. Als unwiederbringlicher Verlust sind aber die Ehen zu buchen, die der Kriegstod des Mannes verhindert hat. Unter den gefallenen unverheirateten Männern — ihre Zahl beträgt nach den bisherigen Feststellungen für Sachsen 75 400, neben 50 000 verheirateten oder verheiratet gewesen — hätten nach der gewöhnlichen Norm 10 500 in der Zeit von Anfang des Krieges bis Ende 1918 und 6000 im folgenden Jahre 1919 geheiratet. Die letztere Zahl ist von der sonst zu erwartenden Normalheiratszahl abzuziehen, d. h. es wären im Jahre 1919 34 000 Heiraten zu erwarten gewesen. Nun sind aber in dieser Zeit 59 000 Ehen eingegangen worden. Daraus ergibt sich ein Mehr von 59 000 — 34 000 = 25 000. Bei diesem Mehr sind 18 600 als Nachholungen und 6400 als Abweichungen von den

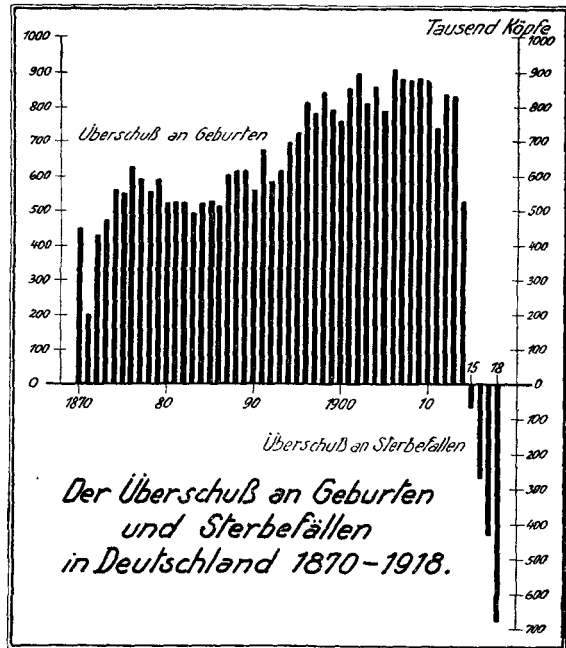
normalen Heiratsgewohnheiten (Früh- bzw. Spät-heiraten) aufzufassen. Dieses Ergebnis wird durch einen Vergleich der Heiratszahlen der einzelnen Altersjahre mit Unterscheidung des Familienstandes in den Jahren von 1911 bis 1919 erhalten. Die Gesamtzahl der nachholbaren Eheschließungen stellt sich auf 45 500. Mithin bleiben Ende 1919 noch 30 900 nachzuholende Eheschließungen übrig. :

Das Jahr 1920 bringt insgesamt 71 469 Eheschließungen. Unter normalen Verhältnissen wären 1920 nur 33 550 Heiraten zu erwarten gewesen, da die Verminderung durch die Kriegsverluste mit 6450 in Rechnung zu ziehen ist. Mithin ergibt sich für das Jahr 1920 ein Mehr von 37 900 Eheschließungen. Wenn diese analog 1919 auch nur zu einem Teil als Nachholungen aufzufassen und zum anderen Teil auf die Verstärkung der Heiratslust zurückzuführen sind, so ist doch mit einem baldigen Abebben der Heiratshochflut zu rechnen.

Die Zahl der Geborenen hat sich im zweiten Vierteljahr nicht auf der Höhe gehalten, die sie im ersten Vierteljahr erreicht hatte, sondern ist um etwa 8 v. H. herabgegangen, so daß auch die Geburtenziffer, die im ersten Vierteljahr ihren Höchststand von 29,50 erreicht und damit die entsprechende Geburtenziffer vom Friedensjahr 1913 etwas überholt hatte, jetzt auf 27,17 herabgesunken ist und unter der entsprechenden des Jahres 1913 liegt. Verhältnismäßig hohe Geburtenziffern weisen Bayern, Oldenburg und Anhalt auf, während sich recht niedrige für Hamburg, Lübeck und Schaumburg-Lippe ergeben. Wie in Nr. 1 von „Wirtschaft und Statistik“ S. 42 nachgewiesen ist, geben aber jetzt die Geburtenziffern keinen richtigen Maßstab für die wirklich vorhandene Geburtenhäufigkeit; die Zahl der Geburten ist tatsächlich geringer, als man nach der Geburtenziffer erwarten müßte.

Die Zahl der Sterbefälle war im zweiten Vierteljahr 1920 verhältnismäßig gering. Auf je 1000 der Bevölkerung kamen im Durchschnitt des Reichs nur 14,94 Todesfälle, während das erste Vierteljahr noch die Sterbeziffer 20,37 ergab. Der Grund für diese starke Herabminderung der Sterbeziffer ist zunächst in dem Ausbleiben von epidemischen Krankheiten zu finden.

Die Grippe, welche in den Jahren 1918 und 1919 und auch noch im ersten Vierteljahr 1920 eine große Zahl von Opfern gefordert hatte, trat im zweiten Vierteljahr nicht mehr auf. Ein weiterer Grund für die verhältnismäßig geringe Sterbeziffer ist in der hohen Sterblichkeit der vorausgegangenen Jahre zu finden. Lebensmittelpnot und Krankheiten hatten in den Kriegsjahren sowie im Jahre 1919 und in dem ersten Viertel des Jahres 1920 ungewöhnlich viele Sterbefälle zur Folge. Dadurch hat gewissermaßen eine Auslese stattgefunden, indem schwächere Naturen, die den Mühsalen nicht standhalten konnten, frühzeitiger als sonst starben und für die Folgezeit weniger Personen, die den auftretenden Todesursachen leicht erliegen, vorhanden waren. Zahlenmäßig läßt sich der Einfluß einer solchen Auslese nicht darstellen, aber gewiß ist, daß durch sie die Sterbeziffer verringert werden muß, ohne daß dadurch eine Besserung der Sterblichkeitsverhältnisse angezeigt wird. (Übersicht folgt in Nr. 5.)



Die hauswirtschaftliche Tätigkeit nach der Berufszählung von 1907.

Die deutschen Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907 erkennen für die Berufsstatistik als Beruf im wesentlichen nur die auf Erwerb gerichtete Tätigkeit an und verstehen im besonderen unter dem Hauptberuf diejenige erwerbende Tätigkeit, von der das gesamte Einkommen oder dessen größter Teil herrührt und auf der hauptsächlich

die Lebensstellung beruht. Für die Tätigkeit der Frau¹⁾ im Haushalt trifft, soweit es sich dabei nicht um eine bezahlte Tätigkeit handelt, weder das Merkmal der Entgeltlichkeit noch im allgemeinen das der Lebensstellung zu. Die Haus-

¹⁾ Von der hauswirtschaftlichen Tätigkeit des Mannes soll im folgenden nicht gesprochen werden.

frauentätigkeit war damit in der bisherigen Berufsstatistik der unmittelbaren Erfassung entzogen. Nun wird man der im Haushalt unentgeltlich tätigen Hausfrau die Eigenschaft, einen Beruf zu besitzen, die Tatsache, einen Beruf auszuüben, nicht absprechen dürfen. Dies ist wohl auch nie getan worden. Die hohe Bedeutung, die der Hausfrauentätigkeit innerhalb der Volkswirtschaft zukommt, ist niemals, auch nicht von den Statistikern, bezweifelt oder gar bestritten worden. Nur ist die Frage, verpflichtet diese Erkenntnis zu dem Unterfangen, diese Tätigkeit ihrem Umfang und ihrer Art nach mit einer Berufszählung unmittelbar zu ermitteln? Es ist bisher — und wohl auch mit gutem Grunde — geleugnet worden, daß die Möglichkeit der besonderen Heraushebung bei einer statistischen Erfassung der Berufe besteht, und daß sich die Zweckmäßigkeit eines solchen Versuches begründen oder gar beweisen lasse. Möglich ist selbstverständlich ohne weiteres — und es stößt das auf keine besonderen technischen Schwierigkeiten —, auf dem Erhebungsbogen der Berufszählung, also der Haushaltungsliste, die Frage nach der hauswirtschaftlichen Tätigkeit zu stellen. Die Schwierigkeit beginnt nur dort, wo die Aufgabe des Statistikers aufhört. Voraussetzung für die Beantwortung einer solchen Frage ist nämlich die Möglichkeit, die hauswirtschaftliche Tätigkeit irgendwie praktisch als solche abzugrenzen, anzugeben, in welchen Fällen denn, d. h. bei Ausübung welcher Handgriffe und Tätigkeiten eine hauswirtschaftliche Tätigkeit vorliegt. Genügt z. B. die allabendliche oder auch nur unregelmäßig vorgenommene abendliche Teebereitung zur Annahme einer hauswirtschaftlichen Berufstätigkeit? Ist eine solche Abgrenzung nicht durchführbar, ist also eine Hausfrau beruflich nicht eben so sicher als solche wie z. B. ein Tischler, Schuhmachermeister oder Mediziner als solcher zu erkennen, so muß der Versuch einer Erfassung scheitern, oder aber es wird dabei sicherlich nicht mehr ermittelt, als man schon ohne besondere Erhebung aus den Angaben über Erwerbstätigkeit, Geschlecht, Alter und Familienstand errechnen kann. Im folgenden soll kurz versucht werden, aus den Ergebnissen der Berufszählung von 1907 zu ermitteln, wie viele weibliche Personen als hauswirtschaftlich tätige Personen angesehen werden können.

Bei der Erhebung von 1907 wurden 31 259 429 weibliche Personen festgestellt. Von diesen waren 10 227 656 Angehörige unter 16 Jahren. Diese sollen für die Bemessung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit ausscheiden. Es wird damit nicht ganz der Wirklichkeit entsprochen; denn auch Kinder von weniger als 16 Jahren werden hauswirtschaftlich tätig sein können. Doch dürfte der Fehler nicht von Belang sein.

Von den restlichen 21 031 773 waren 10 035 705 bereits hauptberuflich erwerbstätig. Diese verteilen sich nach dem Familienstande wie folgt:

Ledig unter 16 Jahren	884 068
Ledig über 16 Jahren	4 155 808
Verheiratet und getrennt lebend .	2 950 329
Verwitwet und geschieden . . .	2 045 500

Außerdem waren 1 249 383 als Dienende im Haushalt ihrer Herrschaft lebend gezählt worden. Letztere und die unter 16 Jahre alten ledigen Erwerbstätigen haben für die unentgeltliche hauswirtschaftliche Tätigkeit ebenfalls auszuschneiden, wenngleich auch hier die restlose Ausscheidung nicht ganz den wahren Verhältnissen entsprechen mag. Die 4 995 829 verheirateten und getrennt lebenden, verwitweten und geschiedenen Frauen wird man ohne Bedenken als im Nebenberuf (Hauptberuf ist ihre Erwerbstätigkeit) hauswirtschaftlich tätig annehmen dürfen. Desgleichen die 4 155 808 Ledigen über 16 Jahre. Nur dürfte es zweckmäßig sein, die letzteren als nur in der Hauswirtschaft helfende Personen zu betrachten, im Gegensatz zu den ersteren, die, wenn auch nur nebenberuflich, doch wohl zum größten Teil als wirklich einen Haushalt besorgend, ihn führend angesehen werden müssen.

Danach bleiben noch 9 746 685 über 16 Jahre alte weibliche Angehörige aufzuteilen. Von diesen waren nach der Berufsstatistik von 1907 7 862 616 verheiratete und getrennt lebende Frauen und 434 305 verwitwete und geschiedene Frauen. Diese 8 296 921 Frauen sind, ohne daß große Fehler begangen werden, als hauptberuflich und zum größten Teil alleinberuflich hauswirtschaftlich tätig anzusehen. Als weibliche Angehörige über 16 Jahre waren 9 746 685 festgestellt worden. Es verbleiben also nach Abzug der soeben ermittelten Summe hauptberuflich hauswirtschaftlich tätiger Hausfrauen noch 1 449 764 ledige weibliche Personen in einem Alter von über 16 Jahren. Ein Teil von diesen, aber sicher nur ein kleiner, wird selbständig einen Haushalt besorgen; ein anderer Teil wird mitbesorgend tätig sein, und zwar teils unter Hingabe der ganzen freien Zeit und der verfügbaren Arbeitskraft, teils nur in mehr oder weniger nebensächlicher Form; ein dritter und letzter Teil wird hauswirtschaftlich nicht tätig sein. Wie ist die wahre Verteilung? Bestimmt läßt sie sich nicht angeben. Es werden aber die restlichen 1 449 764 ledigen Angehörigen ohne große Fehler den beiden Gruppen, den nebenberuflich hauswirtschaftlich tätigen und den nur helfend hauswirtschaftlich tätigen Personen ungefähr je zur Hälfte überwiesen werden können. Wenn diese Zahlen in dieser Zuteilung etwas zu groß erscheinen mögen,

so muß berücksichtigt werden, daß dadurch, daß die Gesamtzahl der verheirateten, verwitweten und geschiedenen Frauen den hauptberuflich hauswirtschaftlich Tätigen zugerechnet wurde, ein Fehler entstanden ist, der dem soeben gemachten Fehler eine gewisse Ausgleichung entgegengesetzt. Es ist dadurch gleichzeitig beachtet, daß auch von den Ledigen ein Teil hauptberuflich hauswirtschaftlich tätig ist. Entsprechendes gilt dafür, daß früher schon die Zahl der unter 16 Jahre alten weiblichen Personen voll ausgeschieden wurde. Das Zuviel oder Zuwenig in dem einen oder anderen Fall wird immer durch ein Zuwenig oder Zuviel an anderer Stelle und sicherlich hinreichend ausgeglichen.

Zusammengefaßt können folgende Verhältnisse als ermittelt gelten. Nach der Berufszählung von 1907 waren vorhanden:

8 297 000 hauptberuflich hauswirtschaftlich tätige weibliche Personen,
5 721 000 nebenberuflich hauswirtschaftlich tätige weibliche Personen,
4 881 000 nur helfend hauswirtschaftlich tätige weibliche Personen,
also insgesamt:
18 899 000 hauswirtschaftlich tätige weibliche Personen.

Das sind 60,5 v. H. der gesamten weiblichen Bevölkerung oder 94,5 v. H. der weiblichen Bevölkerung im Alter von 16 Jahren und darüber.

Neue Bevölkerungszahlen.

Volkszählungen, über die schon zuverlässige Berichte vorliegen, haben in letzter Zeit in der Schweiz, in Japan, Brasilien, der Tschecho-Slowakei, Bulgarien und Sowjet-Rußland stattgefunden.

In der Schweiz ergab die Volkszählung vom 1. Dezember 1920 eine Gesamtbevölkerung von 3 884 700 Einwohnern. Gegenüber dem Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 (3 765 000 Einwohner) bedeutet dies eine Zunahme der Bevölkerung von 3,2 v. H. Das Geschlechtsverhältnis hat sich auch in diesem Lande zugunsten des weiblichen verschoben. Der Anteil der Frauen ist von 50,8 v. H. auf 51,9 v. H. gestiegen. Zürich zählte 207 026 Einwohner gegenüber 190 100 am 1. Dezember 1910. Die verhältnismäßig geringe Zunahme in dem zehnjährigen Zeitraum ist zu einem beträchtlichen Teil auf die Abwanderung von Fremden zurückzuführen. Während 1910 die Fremden fast 15 v. H. der gesamten Bevölkerung ausmachten, waren es 1920 nicht viel mehr als 10 v. H. der Bevölkerung.

In Japan wurden am 31. Oktober 1920 77 005 570 Einwohner gezählt. Auf das eigentliche Japan entfallen davon 55 961 100, auf Korea 17 284 207 und auf Formosa 3 654 398 Einwohner. Gegenüber 1913 nahm durchschnittlich jährlich das eigentliche Japan um 0,7 v. H., Korea gegenüber 1906 um 5,5 v. H., Formosa gegenüber 1905 um 1,3 v. H. zu. In den Anteilen der Frauen und Männer an der Gesamtbevölkerung ist keine wesentliche Verschiebung eingetreten, beide Geschlechter sind auch jetzt noch annähernd gleich stark vertreten. Die Hauptstadt Tokio hat 2 173 000 Einwohner (1913: 2 050 126). Die Zahl der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern ist auf 16 (1913: 11) gestiegen.

Die Bevölkerung Brasiliens beträgt nach der Volkszählung vom 1. September 1920 30 553 509 Einwohner gegen 17 318 556 bei der letzten Volkszählung im Jahre 1900.

Die Zunahme beziffert sich also auf 76,4 v. H. oder durchschnittlich jährlich auf 3,8 v. H.

In der Tschecho-Slowakei ist, nachdem in der Slowakei allein schon im November 1919 eine Volkszählung stattgefunden hatte, am 15. Februar 1921 eine allgemeine Volkszählung durchgeführt worden. In Böhmen wurden dabei 6 663 131 Ein-

wohner gezählt. Am 31. Dezember 1910 enthielt dieses Gebiet 6 769 548 Einwohner, also 1,6 v. H. mehr. Ein Gesamtergebnis ist noch nicht bekannt. 1910 waren auf dem Gebiet der heutigen Tschecho-Slowakei 13 636 390 Einwohner vorhanden.

In Bulgarien hat am 31. Dezember 1920 eine Volkszählung stattgefunden. Nach den vorläufigen Ergebnissen beträgt die Bevölkerung von Sofia 154 415 gegen 102 812 im Jahre 1910. Die Einwohnerzahl der 24 Städte über 10 000 Einwohner belief sich auf 658 674 gegen 537 211 im Jahre 1910, die der 51 Städte unter 10 000 Einwohner auf 254 410 gegen 232 805 1910. Die Zunahme in den kleineren Städten ist also eine auch verhältnismäßig viel kleinere (9,3 v. H. gegen 22,6 v. H.) gewesen als in den größeren Städten.

Volkszählung in Sowjetrußland. Nach größeren vorbereitenden Arbeiten wurde in Sowjetrußland im August 1920 eine allgemeine sowjetrussische Volkszählung veranstaltet. Teilzählungen der Bevölkerung einzelner Gebiete und Städte sind unter dem bolschewistischen Regime schon früher durchgeführt worden, doch ist von ihren Ergebnissen wenig bekannt geworden. Die bolschewistischen amtlichen Äußerungen schrieben ihnen außerdem keine nennenswerte Bedeutung zu mit der Begründung, daß das technische Rüstzeug für jene Teilzählungen allzu ungenügend gewesen sei. Immerhin ließ sich dem hierdurch zu Tage geförderten Material entnehmen, daß insbesondere die Bevölkerung der Städte eine beträchtliche Abnahme erfahren hatte.

Von den Ergebnissen der letzten allgemeinen Volkszählung im Rätereich im August 1920 erwartet die Sowjetregierung dagegen wertvolle Aufschlüsse über die Bewegung der Bevölkerung zu erhalten. In der amtlichen Wirtschaftszeitung „*Ekonomitscheskaja Shisn*“ wird hervorgehoben, daß die Volkszählung vom wissenschaftlichen Standpunkt aus befriedigend verlaufen sei und Anspruch auf Zuverlässigkeit erheben dürfe. Einzelne vorläufige Daten werden u. a. in der „*Ekonomitscheskaja Shisn*“ vom 26. Februar 1921 veröffentlicht. Hiernach liegen die Ergebnisse für 22 Gouvernements Sowjetrußlands bereits abgeschlossen vor, desgleichen soll auch das Material über die Zählung in 40 Gouvernements-

städten und in 50 Provinzstädten mit mehr als 15 000 Einwohnern aufgearbeitet vorliegen. Die bisherigen Daten ergeben, daß die Landbevölkerung in 22 Gouvernements im Vergleich zu 1916/1917 von 15 386 000 auf 15 919 000 Köpfe gestiegen ist, daß sie sich mithin um nur 533 000 Köpfe oder 3,5 v. H. vermehrt hat. In einzelnen Gebieten mußte sogar eine absolute Abnahme der Bevölkerung festgestellt werden, wie z. B. im Kreise Tscheljabinsk im Uralgebiet um 11,6 v. H. und im Gouvernement Moskau um 6,7 v. H. In den Städten ist der Rückgang jeweils noch erheblicher. So hat z. B. in den 40 Gouvernementsstädten, über die das Material gesichtet und verarbeitet vorliegt, die Bevölkerung während der Zeit von 1917 bis 1920 eine Abnahme

um 32,8 v. H. erfahren. In den 50 Provinzstädten mit mehr als 15 000 Einwohnern beträgt der Rückgang w. g. d. i. 16,2 v. H. In diesen 90 Städten zusammen bezifferte sich die Abnahme der Bevölkerung auf insgesamt 2 363 678 Personen. In Petersburg verminderte sich die Einwohnerzahl um 51,5 v. H., in Moskau um 44,5 v. H., in Jaroslaw um 43,2 v. H., in Pskow (Pleskau) um 34,2 v. H. Moskau und Petersburg verloren innerhalb der letzten drei Jahre etwa die Hälfte ihrer Bevölkerung, andere Städte annähernd ein Drittel.

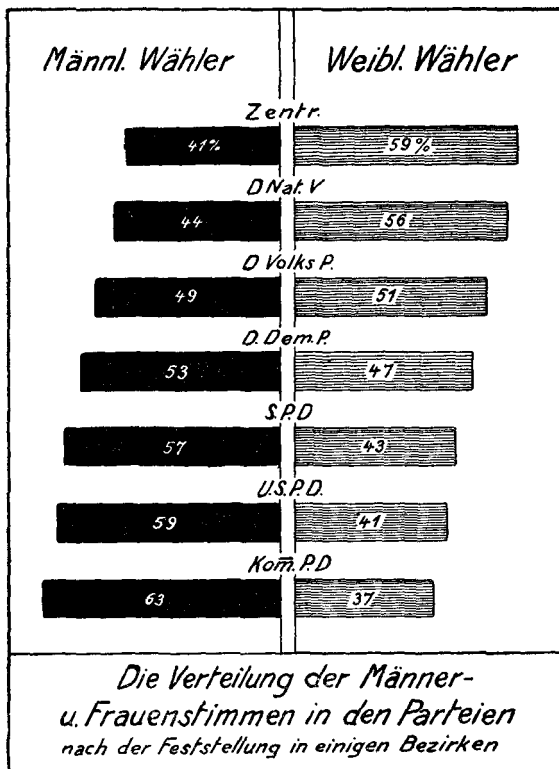
Sobald das gesamte Material der Volkszählung verarbeitet vorliegen wird, soll es — wie die Sowjet-Regierung erklären läßt — ohne Rücksicht auf seine Ergebnisse amtlich veröffentlicht werden.

VERSCHIEDENES

Der Anteil der männlichen und weiblichen Wähler an der Wählerschaft der Parteien, über den in Heft 3 S. 150 auf Grund von Feststellungen in einigen Wahlbezirken bei der letzten Reichstagswahl berichtet wurde, zeigt in seiner Höhe eine solch ausgesprochene Abhängigkeit von dem Charakter der Parteien, daß es interessant schien, diese Beziehung zwischen den Zahlen der Frauenstimmen und der

Betonung des nationalen und christlichen Gedankens im Bild wiederzugeben.

In der graphischen Darstellung sind die Parteien nach der Höhe des Anteils der Frauen geordnet. Die Darstellung läßt den im vorigen Heft festgestellten Zusammenhang in anschaulicher Weise erkennen.



Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamts im Deutschen Reichsanzeiger

in der Zeit vom 22. März bis 18. April 1921.

Weinmosternte 1920: Nr. 68 vom 22. März 1921.

Braustoffverbrauch, Bierversteuerung usw. in den Brauereien der Biersteuergemeinschaft (3. Vierteljahr des Rechnungsjahres 1920): Nr. 69 vom 23. März 1921 (Wirtsch. u. Statistik S. 160).

Kohlenproduktion des Deutschen Reichs im Monat Februar 1921: Nr. 70 vom 24. März 1921. (Wirtschaft u. Statistik S. 161.)

Fangergebnisse der deutschen Seefischerei und Bodenseefischerei im Februar 1921: Nr. 74 vom 31. März 1921. (Wirtschaft u. Statistik S. 159.)

Nachweisung der Rohsolleinnahmen an Reichsstempelabgabe für Gesellschaftsverträge und für Wertpapiere im Februar 1921: Nr. 85 vom 13. April 1921.

Nachrichten über den Stand der Herbstsaaten im Deutschen Reich Anfang April 1921: Nr. 87 vom 15. April 1921. (Wirtschaft u. Statistik S. 159.)

Marktverkehr mit Vieh auf den 36 bedeutendsten Schlachtviehmärkten Deutschlands im Monat März 1921: Nr. 88 vom 16. April 1921.

Einfuhr von Tabak, Zigarren und Zigaretten in das deutsche Wirtschaftsgebiet (3. Vierteljahr des Rechnungsjahres 1920): Nr. 89 vom 18. April 1921. (Wirtschaft u. Statistik S. 167.)